

Die Bedingungen der Möglichkeit von Partizipation im sozialen Raum: am Beispiel der Stadtentwicklungsprozesse in Hamburg-Wilhelmsburg

Dogan, Semra

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Dogan, S. (2008). *Die Bedingungen der Möglichkeit von Partizipation im sozialen Raum: am Beispiel der Stadtentwicklungsprozesse in Hamburg-Wilhelmsburg*. (ExMA-Papers). Hamburg: Universität Hamburg, Fak. Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, FB Sozialökonomie, Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien (ZÖSS). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-193265>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Semra Dogan

Die Bedingungen der
Möglichkeit von
Partizipation im
sozialen Raum-

Am Beispiel der
Stadtentwicklungsprozesse in
Hamburg- Wilhelmsburg

ZÖSS
ZENTRUM FÜR ÖKONOMISCHE...
UND SOZIOLOGISCHE STUDIEN

ExMA-Papers
Exemplarische MasterArbeiten
ISSN 1868-5005/17
Hamburg 2008

Die Bedingungen der Möglichkeit von Partizipation im sozialen Raum

Am Beispiel der
Stadtentwicklungsprozesse in Hamburg -
Wilhelmsburg

Semra Dogan

ExMA-Papers
Exemplarische MasterArbeiten
ISSN 1868-5005/17
[Dogan LG4-LW2]
Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien
Universität Hamburg
August, 2008

Impressum:

Die ExMa-Papers (Exemplarische MasterArbeiten) sind eine Veröffentlichung des Zentrums für Ökonomische und Soziologische Studien (ZÖSS). Sie umfassen ausgewählte Arbeiten von Studierenden aus dem Masterstudiengang Ökonomische und Soziologische Studien, am Department Wirtschaft und Politik der Universität Hamburg.

Herausgeber/Redaktion:

Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien (ZÖSS)
Andreas.Merkens@wiso.uni-hamburg.de
Department Wirtschaft und Politik
Universität Hamburg – Fakultät WISO
Von-Melle-Park 9
D – 20146 Hamburg

Download der vollständigen ExMa-Papers: <http://wiso.uni-hamburg.de/zoess>

Abstract

Der folgende Aufsatz befasst sich mit den Bedingungen der Möglichkeit von Partizipation, die exemplarisch an den aktuellen Stadtsanierungsprozessen im Rahmen der Internationalen Bauausstellung (IBA) in Hamburg-Wilhelmsburg dargelegt werden.

Die Sozialraum-Theorie Pierre Bourdieus wird als theoretischer Rahmen bemüht, da sie eine präzise Abbildung der Herrschaftsbeziehungen zwischen den unterschiedlichen Segmenten des sozialen Raumes erlaubt. In Anlehnung an das Sozialraummodell Bourdieus konnte die quantitative Dimension, das Kapitalvolumen des Stadtteils, das den Umfang des Bestandes der verschiedenen Kapitalsorten angibt, als defizitär eruiert werden, woraus sich angesichts der unterdurchschnittlichen Nutzung des Beteiligungsangebotes der IBA die Frage stellt, ob die geringe Ressourcenausstattung der Bewohnerinnen und Bewohner als Bestimmungsfaktor für diesen Umstand auszumachen ist. Zu diesem Zweck wurde der Untersuchungsstadtteil Hamburg-Wilhelmsburg in Form einer quantitativen Sekundäranalyse deskriptiv narrativ analysiert und mit der Leitbildstrategie des Hamburger Senats als auch mit dem Bürgerbeteiligungsangebot der IBA reflektiert.

Es zeigte sich zum einen, dass das Leitbild „Hamburg- wachsende Stadt“ eine Top-down-Strategie verfolgt und zum anderen, dass von Seiten der IBA Partizipation zwar als Schlüsselinstrument für die Realisierung der Projekte dargestellt wird, jedoch lediglich ein minimaler Handlungsspielraum zur Verfügung gestellt wird, der den Betroffenen zudem bestimmte Fähigkeiten abverlangt. Um den erheblichen Teil der nicht-partizipierenden Wilhelmsburgerinnen und Wilhelmsburger in den Stadtentwicklungsprozess einzubinden, sie zu befähigen, erwies sich schließlich die Methodologie Amartya Sens als äußerst aufschlussreich, da er die Bevölkerung bereits unmittelbar in den Prozess der Kriterienauswahl für die Analyse der Verwirklichungschancen mit einer Bottom-up-Perspektive einbezieht.

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	6
Tabellenverzeichnis:.....	7
1. Einleitung.....	8
1.1. Einführung in das Problemfeld	10
1.2. Aufbau und Zielsetzung	12
2. Partizipation- begriffliche Annäherung und thematische Eingrenzung	13
2.1. Die Determinanten von Partizipation.....	14
2.2. Partizipation und Sozialpolitik.....	15
3. Die Bedingungen der Möglichkeit von Partizipation im Sozialraummodell P. Bourdieus	17
3.1. Sozialer Raum.....	17
3.1.1. Sozialraum als mehrdimensionales Raumgebilde	17
3.1.2. Differenzierte Kapitalformen	19
3.2. Das Verhältnis von physischem und sozialem Raum - oder der Kampf um die Aneignung des Raumes	21
4. Stadterneuerung in Problemvierteln	24
4.1. Die Ambivalenz der Betroffenheit.....	26
4.2. Individualisierung der Beteiligung.....	27
4.3. Gentrification	27
4.4. Bürgerbeteiligung in der Stadtpolitik	29
5. Wilhelmsburg in ausgewählten Strukturdaten	30
5.1. Bevölkerung und Sozialstruktur	32
5.2. Wohnen, Infrastruktur und Kriminalität	33
5.3. Zusammenfassung und Kritik	37
6. Wilhelmsburg im Kontext des Leitbildes „Hamburg-wachsende Stadt“	38
6.1. Die Ziele und Handlungsfelder der Leitbildstrategie	38
6.2. Der „Sprung über die Elbe“	40

6.3.	Die Internationale Bauausstellung (IBA)	41
6.3.1.	Bürgerbeteiligungsgremium der IBA und IGS	44
6.3.2.	Der Bürgerdialog der IBA und IGS.....	45
7.	Schlussbetrachtung	46
Literaturverzeichnis:		50
Anhang:		54
 <u>Tabellenverzeichnis:</u>		
Tabelle 1: Bevölkerung und Sozialstruktur.....		35
Tabelle 2: Wohnen/Infrastruktur		36
Tabelle 3: Ergänzende Daten (Jeweils Stadtteil Wilhelmsburg und Hamburg).....		37
 <u>Abbildungsverzeichnis:</u>		
Abbildung 1: Raum der Möglichkeiten		5

1. Einleitung

Der vorliegende Beitrag ist die zweite *Lernwerkstatt-Arbeit*¹ des Masterstudienganges *Ökonomische- und Soziologische Studien*. Die Überschrift „*Metropolregion Hamburg: Soziale Ungleichheit und 'neues Prekariat'*“ konturiert dabei den forschungsleitenden Rahmen des vierten Lehrganges.

In der angestrebten Master-Thesis² wird der Versuch unternommen, einen *Raum der Möglichkeiten* für Partizipation zu entwickeln, der die aktuellen Diskussionen um eine allgemeine Raumtheorie und eine Soziologie des Raumes zur Frage nach dem Verhältnis zwischen dem Öffentlichen als dem Raum des Politischen und dem sozialen Raum berücksichtigt. Es geht um die Frage, wie sich gesellschaftliche Akteure aus den Begrenzungen des sozialen und politischen Raumes gewissermaßen *befreien* und einen Zwischenraum des Handelns, einen *Raum der Möglichkeiten* entwickeln können.

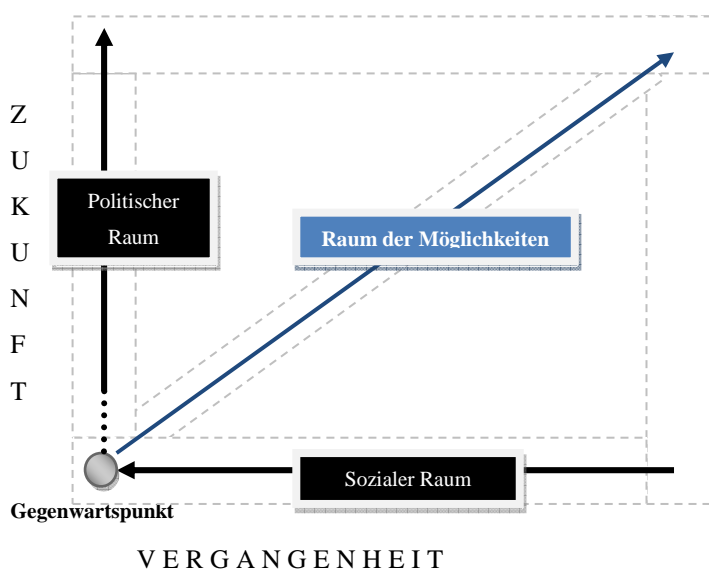
Um die Semantik dieser Terminikonzeption zu verdeutlichen, wird die *Zeitpfeillogik* (Abb.1) von Hannah Arendt (1998: 204) in Kombination mit dem Geschichtsbegriff Walter Benjamins (1991: 697-703) bemüht.³ In diesem Verständnis ist der *Raum der Möglichkeiten* der *Gegenwartspunkt*, das *Jetzt*. Ein *Dazwischen* also, dessen Ursprung zwischen Vergangenheit und Zukunft zu lokalisieren ist, als Diagonale, als dritte Linie, die erst die Dreidimensionalität des Raumes entstehen lässt.

¹ Die Lernwerkstattarbeit ist gleichzusetzen mit einer Semester-Abschlussarbeit.

² Die Master-Thesis bildet die Abschlussarbeit des Studienganges. An ihr sind die Semesterarbeiten orientiert. Der vorliegende Beitrag ist die zweite von insgesamt drei Semesterarbeiten.

³ Im Gegensatz zu Hannah Arendt, die den Gegenwartspunkt, das *Jetzt*, durch das Aufeinanderprallen von Vergangenheit und Zukunft aus den Zeitstrukturen herauspringen sieht, verbleibt nach Benjamin die *Jetztzeit* innerhalb des Zeitkontinuums, sie steht lediglich für einen Moment still. Das *Jetzt* ist nach ihm nicht *zeitleerer* Raum, vielmehr jener Moment, in dem die Geschichte in einer ungeheuren Abkürzung zusammengefasst und in die Zukunft hineingetragen wird. Es findet also kein Zusammenprall antagonistischer Kräfte statt, wie Arendt das Verhältnis von Vergangenheit und Zukunft beschreibt, sondern es ist *ein* Zusammenhang, *ein* Ereignis (keine Kette von Begebenheiten wie im Historismus behauptet), das zu einer Masse von Fakten führt, die mit ungeheurer Kraft in die Zukunft drängen. Und die Zukunft drängt nicht zurück, wie im Arendtschen Modell. Sie (die Zukunft) leistet keinen Widerstand und folglich kein Zusammenprall von Vergangenheit und Zukunft. Desweiteren zielt Benjamin anders als Arendt auf kein *Gedanken-Ereignis* im *Jetzt* ab. Es ist ein *historisches Ereignis*, das sich im politischen Raum entfaltet. Und daher ist es ein Ereignis *in der Zeit*.

Abbildung 1: Raum der Möglichkeiten



(Quelle: eigene Darstellung)

In Orientierung an die geplante Master-Thesis werden in dem vorliegenden Beitrag die *Bedingungen der Möglichkeit von Partizipation* im sozialen Raum, welcher auf der Linie der *Vergangenheit*⁴ zu verorten ist, untersucht. Die dritte *Lernwerkstatt-Arbeit* wird sich daran anknüpfend mit den *Bedingungen der Möglichkeit von Partizipation* im politischen Raum beschäftigen, der in der Arendtschen Zeitpfeillogik auf der Linie der *Zukunft*⁵ liegt.

Mit dem Ziel, einen realpolitischen Bezug herzustellen, wurden im vorliegenden Beitrag die Stadtentwicklungsprozesse in Hamburg-Wilhelmsburg in den Blick genommen, um anhand derer den etwaigen Determinanten von Partizipation auf die Spur zu kommen.

Das klassische Gegenüber von Regierung, die entscheidet, und der Gesellschaft, über die entschieden wird, hat sich insbesondere im Bereich Stadtentwicklung stark gewandelt.

Im wissenschaftlichen Diskurs spricht man in diesem Zusammenhang auch von „*Urban Governance*“ (Häußermann/Läpple/Siebel: 2008: 349). Mit dem *Governance*-Ansatz wird die Aufmerksamkeit wieder auf die lokale Politikarena gelenkt, dessen *Netzwerk* nun erweitert ist um verschiedene Akteure aus dem öffentlichen und privaten Bereich. Hier soll der Bürger aktiv in den Entwicklungsprozess integriert werden. Die Frage ist nur, und diese Frage ist nach Häußermann, Läpple und Siebel die zentrale Frage von *Urban Governance*, wer gehört dazu, und wer ist ausgeschlossen? Was sind ggf. die Ein- und Ausschlusskriterien von Partizipation?

⁴ Der soziale Raum ist auf der Linie der Vergangenheit verortet, da er durch die primäre und sekundäre Sozialisation des je einzelnen bzw. der Gruppen konstituiert ist. In diesem Verständnis leiten sich soziale Bedingungen von historischen Strukturen ab.

⁵ Dass der politische Raum auf der Linie der Zukunft liegt, ist in Anlehnung an Hannah Arendt insbesondere durch die Lokalisation des Handelns im politischen Raum begründet.

1.1. Einführung in das Problemfeld

Obwohl diverse politische Milieustudien (z.B. Neugebauer: 2007) von einer allgemeinen Politikverdrossenheit sprechen, ist ein wachsendes Interesse an direkter Beteiligung in lokalen Angelegenheiten zu beobachten, was sicher auf den jeweils individuell direkten Bezug zum Problemfeld zurückzuführen ist. Entsprechend wird Bürgerbeteiligung im Bereich lokaler Politik im 21. Jahrhundert höchste Bedeutung beigemessen (Häußermann/Läpple/Siebel 2008: 271). Die Administration der aktivierenden Stadtpolitik handelt im Sinne dieses Trends und stellt bestimmte Beteiligungsinstrumente zur Verfügung. So werden neben den dauerhaften Beteiligungsinstrumenten wie *Ausländer- und Seniorenbeiräte*, *Kinder- und Jugendparlamente*, *Bürgerhaushalt* und *Agenda 21* auch punktuelle, also an konkreten Projekten ausgerichtete Beteiligungsformen zur Verfügung gestellt: Darunter sind *Bürgerforen*, *Mediationsverfahren*, *Perspektivenwerkstätten*, *Open Space*, *E- Democracy*, *Bürgerversammlungen* und *-Befragungen*, sogenannte *Planungszellen*, *Bürgerbegehren* und *Bürgerinitiativen* subsumiert.

Die ersten Anzeichen für diese Formen aktivierender Stadtpolitik gehen bereits auf die frühen 1990- er Jahre zurück. Man reagiert in Deutschland mit der Programmatik der *Sozialen Stadt* (*-entwicklung*) und einer gezielten sozialraumbezogenen Strategie sowie Förderpolitik auf die räumliche Konzentration von sozial und ökonomisch benachteiligten sozialen Gruppen in den Städten. In Großbritannien, den Niederlanden und Frankreich, die schon rund zwanzig Jahre zuvor entsprechende Politiken installiert hatten, finden sich die Vorbilder für diesen quartiersbezogenen Ansatz. Das Programm der sozialen Stadtentwicklung, dessen Vorbild das Modell der europäischen Stadt des 20. Jahrhunderts ist⁶, setzt auf einen veränderten planerischen Umgang mit bestimmten sozialräumlichen Problemlagen und hat gleichzeitig sozialintegrative Aufgaben implizit, die gesamtstädtisch von der Kommunalpolitik zu bedienen sind (Altrock/Schubert: 2004: 69f).

Diverse Autoren wie Dangschat (1999), Häußermann (2000), Häußermann/Kronauer/Siebel (2004) und Heitmeyer (1997) sprechen der Integrationsfähigkeit der Stadt angesichts der verfestigten Ungleichheitsstrukturen und Segregationstendenzen große Schwächen zu.

So soll nach Reimann (2005: 279) die Stadt der Zukunft ihr Handeln vordergründig an den Zielen einer gestärkten Demokratie und der Bürgerorientierung sowie der Stärkung der lokalen Verantwortung und den Leitgedanken der Integration ausrichten. In der deutschen Großstadtpolitik wird das Augenmerk insbesondere auf Quartiere mit einer hohen

⁶ In diesem Modell wird Stadt als kollektive Versorgungseinrichtung konstituiert und fußt auf einem Integrationsmodell, das aufgrund ökonomischen Wachstums viele am Fortschritt teilnehmen lassen konnte (Reimann: 2005; Bahrdt: 1998).

Arbeitslosenquote und einem niedrigen Bildungsniveau gelegt. Quartiere also, in denen die lokale Wirtschaft brach liegt und das Gros der dort beheimateten Menschen in höchst prekären sozialen Verhältnissen lebt.

Vor diesem Hintergrund wendet man sich einer sozialraumbezogenen Arbeit zu, dessen handlungsleitende Maxime sich in Begriffen wie *Quartiersmanagement*, *horizontale- und vertikale Kooperationen*, *Ressourcenbündelung* und *Bürgeraktivierung* ausdrückt (ebd.).

Nach Bettina Reimann vom *Deutschen Institut für Urbanistik in Berlin* (ebd. 289) erstreckt sich die Einbindung von aktiven Bürgergruppen jedoch vornehmlich auf die „[...] *Rationalisierung und Legitimitätssteigerung politischer Entscheidungen durch zivilgesellschaftlich getragene Öffentlichkeiten* [...]“ (ebd.).

Hamburg ist im Gegensatz zu den *schrumpfenden* Städten Deutschlands, deren Potentiale die Transformation von einer industriellen zu einer wissensbasierten Ökonomie laut Altrock und Schubert (2003) nicht erfolgreich kompensieren konnten, eine *wachsende* Stadt.

Als *wachsende* Stadt steht sie in der ständigen Konkurrenz mit anderen Städten und Regionen. Um hinsichtlich der Auszeichnung zum besten Wirtschaftsstandort bestehen zu können, bedarf es eigener Regulationsformen und flexibler Handlungsspielräume.

Aus diesem Prozess heraus entwickeln sich Leitbilder, wie das des Hamburger Senats, das die *wachsende* Stadt nicht aus einer emergenten Eigendynamik heraus entstehen lassen soll, sondern vielmehr den Prozess der Stadtentwicklung hinsichtlich hervorragender Ranking-Plätze im Bereich wirtschaftlich erfolgreicher Großstädte von Politik und Wirtschaft maßgeblich zu steuern fordert (Alisch: 2003: 69).

Mit dem Handlungsfeld *Steigerung der internationalen Attraktivität* (Kap.6) der Leitbildstrategie Hamburgs gerät der ehemalige Arbeiterstadtteil Hamburg-Wilhelmsburg, der gemessen an dem Stadtdurchschnitt über äußerst niedrige soziale Standards verfügt, in den Fokus der Stadtentwicklung. Mit einer Internationalen Bauausstellung (IBA)⁷, die nach sieben Jahren Projektarbeit 2013 in Wilhelmsburg eröffnet werden soll, ist das Ziel verknüpft, den als *Ghetto* stigmatisierten Stadtteil aufzuwerten. Neben der Realisierung neuer Wohnformen steht die Installierung neuer Arbeitswelten im tertiären Sektor an den ehemaligen Hafenindustriestandorten auf dem Programm (Hansestadt Hamburg Staatliche Pressestelle: 2003: 74).⁸

⁷ Die IBA findet zeitgleich mit der Internationalen Gartenschau (IGS) auf den Elbinseln Veddel und Wilhelmsburg statt. Im Interesse dieser Arbeit steht aber insbesondere die IBA, da sie maßgeblich für die Stadtentwicklung ist.

⁸ Mehr zum Programm der IBA in Kap. 6.3. dieser Arbeit

Um die Bürgerinnen und Bürger an dem Entwicklungsprozess ihres Stadtteils partizipieren zu lassen, werden verschiedene Beteiligungsformen (Bürgerbeteiligungsgremium und Bürgerdialog) angeboten. Dennoch gibt es insgesamt eine eher unterdurchschnittliche Beteiligung. (Hellweg: 2007: 172).

Entsprechend tut sich die Frage auf, warum das Potential des Teilhabe- und Teilnahmeangebotes von Seiten der Bevölkerung nicht ausgeschöpft wird.

So wird z.B. in einer kürzlich für das sozialwissenschaftliche Institut der Evangelischen Kirche in Deutschland herausgegebenen qualitativen Studie mit dem Titel „*Ausgegrenzt und abgefunden*“ die Teilhabegewohnheiten der *Armen*⁹ in Wilhelmsburg untersucht. Als Indikator für die Nicht-Teilhabe konnte schließlich der Mangel an persönlichen Ressourcen herausgestellt werden (Schulz: 2007).

Auch im aktuellen Armuts-und Reichtumsbericht des DIW (2006) wird sich im Themenfeld *Partizipation* der Thematik der Teilhabe von Menschen mit Armutserfahrung angenommen. Ausgehend von Amartya Sens Konzept der Verwirklichungschancen wird nach den relevanten Lebenslagen gefragt. Armut wird nach diesem Verständnis gleichgesetzt mit einem Mangel an Verwirklichungschancen, welche wiederum als Determinanten für Beteiligungserfahrung ausgemacht werden (ebd.: 8).

1.2. Aufbau und Zielsetzung

Die Vorgehensweise, Partizipationsdeterminanten konkret an den aktuellen Stadtentwicklungsprozessen in Hamburg-Wilhelmsburg zu untersuchen, ist zum einen dem Anspruch gezollt, durch konkret realpolitischen Bezug über einen gesellschaftstheoretischen Beitrag hinaus zu reichen und zum anderen darin begründet, dass Stadtpolitik alternative partizipatorische Handlungsspielräume bereitstellt, die den Bürgerinnen und Bürgern eines Sanierungsstadtteils als direkt Betroffenen konstituieren. Durch die direkte Betroffenheit werden emotionale Bezugssysteme angesprochen, die in der Regel beispielsweise beim bloßen Wählen von Abgeordneten als defizitär eingeschätzt werden können, da hier die Folgen für die je einzelnen Bürgerinnen und Bürger in den meisten Fällen nicht direkt erfahrbar sind.

Das Ziel des folgenden Beitrages ist einerseits, die Defizite in der Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger innerhalb der Bürgerbeteiligungsprozesse herauszuarbeiten sowie anschließend danach zu fragen, was die Ein- und Ausschlusskriterien von Partizipation sind.

⁹ Im Folgenden wird der Armutsbegriff an Amartya Sen (2000) angelehnt, nachdem Armut gleichbedeutend ist mit einem Mangel an Verwirklichungschancen.

Beginnend mit einer begrifflichen Annäherung an den Terminus Partizipation im zweiten Kapitel, der im Hinblick auf den realpolitischen Bezugsrahmen dieser Arbeit auf Sozialpolitik respektive Stadtpolitik zugespitzt wird, stehen in Kapitel drei die *Bedingungen der Möglichkeit von Partizipation* im Sozialraummodell Pierre Bourdieus im Zentrum.

Der Rückgriff auf das Bourdieusche Begriffsschema der ökonomischen, sozialen und kulturellen Kapitalausstattung lässt eine getrennte Betrachtung von ökonomischen und ethnisch-kulturellen Faktoren der Segregation zu, die sich dann differenziert in Beziehung setzen lassen.

Kapitel vier gibt einen Einblick in den wissenschaftlichen Diskurs von Stadtentwicklung in Deutschland.

Im Anschluss daran wird in Kapitel fünf der Untersuchungsstadtteil Hamburg-Wilhelmsburg in Form einer quantitativen Sekundäranalyse mit bereits erhobenen Daten deskriptiv narrativ präsentiert.

Das sechste Kapitel setzt sich mit Wilhelmsburg im Kontext der Leitbildstrategie der Hansestadt auseinander, wobei hier besonderes Augenmerk auf die Internationale Bauausstellung (IBA) gelegt wird, da diese die Stadtteilsanierung maßgeblich steuert. Schließlich werden im Fazit die erarbeiteten Erkenntnisse zusammengefügt und unter kritischer Perspektive ausgewertet.

2. Partizipation- begriffliche Annäherung und thematische Eingrenzung

Eine allgemeine begriffliche Einordnung des Begriffs der Partizipation gestaltet sich problematisch, auch dann, wenn man es phänomenologisch vor dem Hintergrund der athenischen Polis, des Genfer Sozialstaates zu Zeiten Rousseaus oder des modernen Sozialstaates betrachtet, da hier die Reichweite von Partizipation von den Strukturbedingungen des jeweiligen politischen Systems abhängt, was aber einem Partizipationsverständnis widerspricht, dass die Handlungen aller Bürger, ob einzeln oder in Gruppen, mit dem Ziel verknüpft, Entscheidungen auf verschiedenen Ebenen des politischen Systems zu beeinflussen oder selbst zu treffen (Kohout: 2002: 38).¹⁰

Nach S. Benhabib (1999) ist politische Partizipation im Zeitalter der Globalisierung als „*universalistische und universalisierende*“ Norm einer selbstbestimmten Beteiligung aller

¹⁰ Zu einer umfassenden Lektüre zum Thema Partizipation sei hier insbesondere Gerhard (2007) empfohlen.

Bürger zu begreifen, für die es keiner „[...] verfassungsrechtlich garantierten politischen Teilnehmerrechte bedürfe.“ (zitiert nach Lambrecht: 2008: 1)

Zwar ist partizipatives Handeln auch unter den Rahmenbedingungen der repräsentativen Demokratie zu verorten, jedoch geht es prinzipiell um eine zusätzliche Einwirkungsmöglichkeit von Bürgern und Organisationen auf jeweils verschiedenen Stufen des politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesses, die sich nur im Hinblick auf Letztentscheidungen der demokratischen Methode bedienen muss. Kurz gesagt, obwohl Partizipation ohne Demokratie nicht möglich ist, ist Partizipation nicht gleich Demokratie. Diese Gleichsetzung würde uns einen äußerst diffusen Begriff von Partizipation hinterlassen, zumal die Heterogenität, also die verschiedenen *Formen und Grade*¹¹ von Partizipation auf legitimatorische Teilnahmerechte reduziert blieben (ebd. 38f).

Im Folgenden wird vielmehr ein Verständnis von Partizipation forciert, welches das Gewicht verstärkt auf die *Teilhabe* an der Zivilgesellschaft¹² legt. Außerdem muss Partizipation als *Teilnahme* am politischen Entscheidungsprozess grundsätzlich immer auch als Intervention möglich sein.

2.1. Die Determinanten von Partizipation

Zunächst lassen sich als Determinanten für Partizipation persönlichkeitsbezogene Faktoren benennen. Neben den individuellen Merkmalen kommen noch Gesichtspunkte sozialer Einbindung als kontextuelle Faktoren hinzu, da diese unterschiedlich intensive Mobilisierungsprozesse bewirken. Beispielsweise die Eingebundenheit in den intermediären Sektor (Organisationen auf Freiwilligenbasis), der auch als *Dritter Sektor* bezeichnet wird, steigert die politische Aktivität (Naßmacher: 2004: 28f). Vor allem aber wird der sozioökonomische Status der Bürger (Schulabschluss, Beruf und Einkommen) als die wichtigste Determinante von Teilnahme und Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben konstituiert. „*Sekundärmerkmale*“ (Bourdieu : 1987 :176f) wie Alter, Geschlecht, ethnische Zugehörigkeit und soziale Herkunft haben aber ebenfalls erheblichen Einfluss auf die Möglichkeiten der Teilhabe. Nach Bourdieu funktionieren sie als subtile Auslese- und Ausschlussprinzipien. Im Anschluss an Bourdieu belegen auch neuere Untersuchungen, dass persönliche Merkmale sowie das persönliche Umfeld jeweils als erleichternde beziehungsweise als erschwerende Bedingungen für Partizipation konstituierend sind (Naßmacher: 2004: 29).

¹¹ Eine ausführliche Darstellung der einzelnen Formen und Grade von Partizipation würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen und wird daher vernachlässigt. Eine vertiefende Auseinandersetzung findet sich bei Vilmar (1983) und Buse/Nelles (1975)

¹² *Zivilgesellschaft* verstanden als einen Bereich innerhalb der Gesellschaft, der zwischen staatlicher, wirtschaftlicher und privater Sphäre entstanden ist. Nach Habermas ist Zivilgesellschaft die soziale Grundlage autonomer Öffentlichkeiten (Habermas: 1999: 288)

Es wäre also zu kurz gegriffen, die Determinanten von Partizipation lediglich auf die sozioökonomische Ressourcenausstattung der Bürger zu reduzieren. Die jeweiligen Bedingungen, an die relevanten Ressourcen zu gelangen, respektive die Möglichkeitsräume von *Verwirklichungschancen* (Sen: 2000) müssen ebenfalls Bestandteil entsprechender empirischer Untersuchungen sein, um daran anknüpfend (bottom-up) Handlungskonzepte zu entwickeln. In der Schlussbetrachtung wird das Konzept der *Capabilities* (Verwirklichungschancen) von Amartya Sen näher in den Blick genommen werden.

2.2. Partizipation und Sozialpolitik

Im Bereich der Sozialpolitik geht es vornehmlich darum, Menschen Zugänge zu Entscheidungsstrukturen in Form von Bürgerbeteiligung und Sozialraumorientierung (stadtteilbezogen) zu eröffnen (Boeckh: 2007: 6). Grob handelt es sich um eine beteiligungsoffene Organisation zur Wahrung von Mitsprache mit dem Zweck, die Betroffenen in Entscheidungsstrukturen, die sie zum Teil unmittelbar betreffen, einzubinden. Insbesondere in der sozialen Arbeit spielen partizipative Elemente im Hinblick auf das Handlungsprinzip der Lebensweltorientierung eine große Rolle, da hier das Augenmerk auf die individuellen, sozialen und politischen Ressourcen, also auf soziale Netze und lokale respektive regionale Strukturen gelegt wird. Angesichts der angestrebten Förderung von Empowerment¹³ seitens der staatlichen Institutionen sind sozialpolitische Interventionen in Richtung einer Ressourcenbündelung von Personen, Gruppen, Stadtteile und Organisationen notwendig. Die marktliberale Ausrichtung des einstigen deutschen Fürsorgestaates verleiht dem Partizipationsbegriff eine neue inhaltliche Bestimmung. So soll sich nicht mehr der Staat vorrangig um die Lösung sozialer Probleme und Konflikte kümmern, sondern die Akteure selbst, die mit dem Problem in unmittelbarer Beziehung stehen, also direkt betroffen sind.

In Analogie des Subsidiaritätsprinzips der katholischen Kirche wird die Bearbeitung einer sozialen Aufgabenstellung an die jeweils kleinste soziale Einheit delegiert (ebd. 7). Die öffentlichen Institutionen haben lediglich dafür zu sorgen, dass die jeweils nachgeordnete Ebene dieser Verantwortung auch gerecht werden kann, d.h. es müssen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Dieser Ansatz wurde unter anderem 2004 von der Rot/Grünen Regierung in ihrem Programm der Agenda 2010 unter dem Slogan „*Fordern und fördern!*“

¹³ Wörtlich übersetzt aus dem Englischen bedeutet Empowerment *Ermächtigung* oder *Bevollmächtigung*. Empowerment bildet in der Sozialpädagogik/psycho-sozialen Arbeit einen Arbeitsansatz ressourcenorientierter Intervention. Im Umfeld politischer Bildung und demokratischer Erziehung wird Empowerment als Instrument betrachtet, die Mündigkeit des Bürgers/der Bürgerin zu erhöhen. Empowerment ist auch ein Schlüsselbegriff in der Diskussion um die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. Auch verstanden als Konzept, das sich durch eine Abwendung von einer defizitorientierten hin zu einer stärkenorientierten Wahrnehmung auszeichnet, findet sich zunehmend auch in Managementkonzepten, in der Erwachsenen- und Weiterbildung, in der narrativen Biografiearbeit und der Selbsthilfe.

festgeschrieben. Um den Bürger nicht in eine Sackgasse des Forderns zu katapultieren, ist es aber im Sinne von Lebensweltorientierung und Empowerment unabdinglich, Verantwortung an den sozialen Akteur nur in Kombination mit der Ausstattung relevanter Ressourcen weiterzureichen.

„Denn wer sich im Verteilungsstreit und Interessenkampf unserer Gesellschaft beteiligen soll, wer hier eine (gewichtige) Stimme erheben will, der/die benötigt dafür ein Mindestmaß an sozialen, kulturellen und materiellen Ressourcen.“ (Bourdieu: 1983)

Die Realität zeigt aber leider, dass Menschen in prekären Lebenslagen im Laufe der Zeit gerade von diesen relevanten Ressourcen ausgesperrt werden, und somit die Chance für eine gesellschaftliche Teilhabe auf Augenhöhe von vorneherein konterkariert wird (Boeckh: 2007: 7). Partizipation besteht nach Boeckh aus vier Elementen: *Demokratisches Prinzip, Lebensweltorientierung, Empowerment und Subsidiarität*. Wird Partizipation auf ein oder mehr Einzelteile verkürzt, werden eher Strukturen befördert, die nicht zur Teilhabe, sondern im Gegenteil zu Ausgrenzung führen (ebd.).

Dieser Vorschlag erweckt den Eindruck, als könne es sich um eine im Weberschen Sinne idealtypische, also eher theoretische Verwendung des Begriffs Partizipation handeln.

Wie aber sieht es in der Praxis aus? Ist dieser Anspruch zu halten oder ist er lediglich schillerndes Etikett des politischen Diskurses?

Um der Frage, wie sich partizipatorisches Handeln in der Wirklichkeit abbildet, auf die Spur zu kommen, bedarf es empirischer Untersuchungen, die die Verteilung der Chancen auf Partizipation in Augenschein nehmen. Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (2005) sowie der 2. Freiwilligensurvey des Bundesfamilienministeriums haben sich dieser Thematik angenommen. Die Autoren stellen fest, dass Faktoren wie Bildung und sozioökonomischer Status in Kombination mit der individuell verfügbaren Zeit die Chance auf Partizipation determinieren (Bundesregierung 2005: 138; Boeckh: 2007: 8). Obwohl hier freilich noch weitere Kriterien auszumachen sind, wie unter anderem Amartya Sen (2000) mit seinem Capability-Ansatz deutlich macht, indem er die Menge an Verwirklichungschancen in sein Untersuchungssample integriert, wird bereits unter diesen Prämissen deutlich, dass die Zieldimension des Begriffs der Partizipation mit dem Anspruch verknüpft sein muss, an den unterschiedlichen Bereichen der Gesellschaft (Bildung, Politik, Arbeitsleben etc.) teilnehmen und teilhaben zu können. Zum anderen muss die Möglichkeit, potentiell neue Handlungsmöglichkeiten zu erschließen und damit Strukturen verändern zu können, ins Blickfeld gerückt werden. Ein solcher Partizipationsbegriff enthält folglich immer auch eine politische Dimension. Angesichts dessen ist es wichtig, strukturell-

gesellschaftliche Ungleichheiten, die die Möglichkeiten der gesellschaftlichen Partizipation einschränken, von vorne herein in gemeinwesenorientierte Partizipationskonzepte (bottom up) aufzunehmen.

3. Die Bedingungen der Möglichkeit von Partizipation im Sozialraummodell P. Bourdieus

Bourdieu's Raum Konzeption bietet einen außerordentlich profunden Zugang zu der Thematik innerstädtischer Spaltungseffekte. Mit Bezug auf die verschiedenen Kapitalformen wird die Möglichkeit eröffnet, die verschiedenen Milieus des sozialen Raumes differenziert in den Blick zu nehmen, um anhand dessen nach dem jeweiligen Einfluss, nach den Bedingungen und den Möglichkeiten von Partizipation zu schauen.

3.1. Sozialer Raum

Die Konstruktion von sozialem Raum basiert auf der Vorstellung von Soziologie als eine Art Sozialtopologie, die für sich beansprucht, die soziale Welt in einem mehrdimensionalen Raum abzubilden. Akteure, Gruppen oder Klassen sind anhand ihrer relativen Stellung innerhalb dieses Raumes definiert (1985: 9f). Insofern alle heranziehbaren Eigenschaften des sozialen Raumes wirksam sind, lässt sich dieser als ein Kräftefeld beschreiben, das sich verstanden als Ensemble objektiver Kräfteverhältnisse- gegenüber allen in das Feld Eintretenden als Zwang auferlegt und dabei weder auf die individuellen Intentionen der Einzelakteure noch auf deren direkte Interaktionen zurückführbar ist (1985: 10).

Bourdieu schließt seine praxeologische Erkenntnisweise in seine Theorie des sozialen Raumes ein und unternimmt den Versuch, die im wissenschaftlichen Diskurs als Antagonismen gedachten Termini Objektivismus und Subjektivismus wieder miteinander zu verknüpfen. In diesem Sinne wird die Klassentheorie Marx' durch die Wertedimension Webers ergänzt und zusammengefasst erweitert, wie im Folgenden anhand des Bourdieuschen Sozialraum-Modells deutlich gemacht werden soll.

3.1.1. Sozialraum als mehrdimensionales Raumgebilde

Zunächst wird der Raum der objektiven sozialen Positionen durch ein zweidimensionales Koordinatensystem konstruiert: *Kapitalvolumen*, *Kapitalstruktur* und *soziale Laufbahn*¹⁴ (Bourdieu 1987:195f). Die quantitative Dimension, das Kapitalvolumen, gibt den Umfang des

¹⁴ Die soziale Laufbahn wird unter die Zeit-Dimension gefasst.

Bestandes der verschiedenen Kapitalsorten (ökonomisches, kulturelles und soziales Kapital)¹⁵ an, wodurch die vertikale Ausrichtung des Modells begründet ist.

Dieses abstrakte Modell erlaubt es, Individuen und Gruppen, die im Sozialraum platziert sind, innerhalb des Koordinatensystems entsprechend zu verorten.

Um die verschiedenen Indikatoren für die soziale Position in diesem Modell darzustellen, nimmt Bourdieu zwei weitere Modifizierungen vor: Er unterscheidet zwischen dem „*Raum der sozialen Position*“ und dem „*Raum der Lebensstile*“ (1987: 373). Die sozialen Positionen werden anhand der Berufe ermittelt, die Lebensstile umfassen insbesondere Kategorien wie Musikgeschmack, Ernährungsgewohnheiten, Freizeitaktivitäten etc.

Soziale Position und *Lebensstil* sind aufs engste miteinander verbunden. Die „*Homologie*“ (ebd.) derselben ist durch den Habitus, und den in ihm angelegten ästhetischen Klassifikations-, Bewertungs- und Handlungsschemata, vermittelt.

Jene Bewertungs- und Handlungsschemata (Geschmack) sind laut der Bourdieuschen Sozialraumtheorie der Indikator für den speziell individuell bzw. kollektiv gelebten Lebensstil, der aufgrund der Ressourcenausstattung möglich ist (Schwingel: 1995: 109ff).

Um diese gegenseitige Abhängigkeit ebenfalls zu abstrahieren, fügt er sie als sich einander bedingend in sein Modell ein. Demzufolge pflegen Menschen mit ähnlichen Berufsbildern einen ähnlichen Lebensstil zu praktizieren.

So lässt sich ablesen, dass Menschen, die mit einem unterdurchschnittlichen Kapitalvolumen ausgestattet sind und dessen Kapitalstruktur fast ausschließlich aus ökonomischem Kapital besteht insbesondere dem Berufsfeld der Landwirte angehören, Schaumwein trinken, einen Renault 4 fahren und, wenn überhaupt, lesen sie Liebesgeschichten und sind politisch *links* orientiert. Menschen mit einem eher überdurchschnittlich ausgestatteten Kapitalvolumen und einer Kapitalstruktur, die in der Hauptsache aus kulturellem Kapital besteht, gehören häufig zum Berufsfeld der Künstler oder Hochschullehrer, besuchen Galerien, hören Musik von Bach, lesen Brecht, spielen Schach und unterstützen eine konservative Politikausrichtung (Bourdieu: 1987: 212f).

Natürlich darf bei der Beurteilung und Anwendung dieser Untersuchung nicht außer Acht gelassen werden, dass sie in den 1970- er Jahren und zudem in Frankreich durchgeführt wurde. Seitdem hat sich einiges verändert; insbesondere der Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft sorgte in großen Städten für einem enormen Anstieg der Arbeitslosigkeit. Folglich gestaltet es sich in Anbetracht der dominanten Ausweitung des tertiären Sektors und den damit verbundenen Folgeerscheinungen höchst problematisch, von

¹⁵ Die vierte Kapitalform, das symbolische Kapital, nimmt eine Art Sonderstellung (Kap.: 3.1.2).

gleichem Beruf und gleichem Einkommen auf eine nahezu identische Lebensführung, auf ähnliche Konsumstile und ähnliche Einstellungen zu Politik und Gesellschaft zu schließen (Häußermann/Läpple/Siebel: 2008: 183).

Dennoch hat das Bourdieusche Sozialraum-Modell im Bezug auf die Analyse sozialer Positionen sowie der Offenlegung der relationalen Verteilung im gesellschaftlichen Raum einen universellen, gewissermaßen einen *zeitlosen* Gehalt, erlaubt dieses doch -gestützt durch eine ausdifferenzierte Kapitaltheorie- die Herrschaftsbeziehungen zwischen den unterschiedlichen Segmenten des sozialen Raumes präzise abzubilden.

3.1.2. Differenzierte Kapitalformen

Um dem Verständnis der inhaltlichen Gestaltung des Bourdieuschen Sozialraum-Modells Rechnung zu tragen, ist es notwendig, die verschiedenen Kapitalformen näher in den Blick zu nehmen. Im Folgenden werden deshalb die einzelnen Kapitalformen im Sinne einer reinen Darstellung der zentralen Begrifflichkeiten skizziert. Auf eine kritische Diskussion dieser wird hinsichtlich des Umfangs dieser Arbeit verzichtet, zumal es für die konstatierte Fragestellung an dieser Stelle nicht von Interesse ist.

Als theoretische Referenz für seine Kapitaltheorie bemüht Bourdieu Marx, allerdings erweitert er dessen Kapitalbegriff, der sich ausschließlich auf ökonomisches Kapital begrenzt, und überträgt diesen auf alle gesellschaftlichen Felder. Dahinter verbirgt sich die Bourdieusche Erkenntnis, dass die soziale Welt kein Universum des Glücksspiels, also kein Raum „*vollkommener Konkurrenz und Chancengleichheit*“ (Bourdieu: 1983, 183) ist, sondern sich hinter gesellschaftlicher Welt akkumulierte Geschichte verbirgt, sie sich also gewissermaßen einer Art (historischem-) Apriori verdankt.

Die *Macht* über den Raum, die Kapitalbesitz in seinen verschiedenen Varianten vermittelt, äußert sich im angeeigneten physischen Raum in Gestalt einer spezifischen Beziehung zwischen der räumlichen Struktur der Verteilung der Akteure auf der einen und der räumlichen Struktur der Verteilung von Gütern und Dienstleistungen privater oder öffentlicher Herkunft auf der anderen Seite.

Die Fähigkeit, den Raum zu beherrschen, ist also per se durch die Aneignung der seltenen, begehrten Güter bestimmt (Bourdieu: 2005: 118-120).

Die Kapitalarten Bourdieus treten in drei grundlegenden Arten auf, wobei die jeweils erscheinende Gestalt von dem entsprechenden Anwendungsbereich sowie den mehr oder weniger hohen Transformationskosten, die Voraussetzung für sein wirksames Auftreten sind, abhängt (Bourdieu: 1983: 185).

1. *Ökonomisches Kapital*

Die verschiedenen Formen des materiellen Reichtums (Geld) werden unter dem Begriff des ökonomischen Kapitals subsumiert (Bourdieu 1983:185). Diese Kapitalform verfügt aufgrund seiner Form als generelles Tauschmedium (Geld) grundsätzlich über die *Macht*, sich in andere Kapitalformen zu transformieren.

Bourdieu spricht angesichts dessen von der „*tendenziellen Dominanz des ökonomischen Feldes*“ (Bourdieu 1985:11).

2. *Kulturelles Kapital*

Es werden drei Erscheinungsformen des kulturellen Kapitals unterschieden. Beginnend mit dem sogenannten *inkorporierten Kapital* sind die dauerhaften Dispositionen des Organismus, also die objektivierten mentalen Strukturen angesprochen. Kulturelle Güter wie Bilder, Bücher, Instrumente oder Maschinen verdanken sich dem *objektivierten kulturellen Kapital*, und schlussendlich ist das Bildungssystem mit samt seiner Titelvergabe dem *institutionalisierten kulturellen Kapital* zuzuordnen (Bourdieu: 1983: 186). Nach Bourdieu ist die Akkumulation des kulturellen Kapitals stark von der sozialen Herkunft abhängig, die sich in dem Dispositionssystem, dem Habitus der Akteure niederschlägt.

3. *Soziales Kapital*:

Bourdieu definiert soziales Kapital als:

„die Gesamtheit der aktuellen und potentiellen Ressourcen, die mit dem Besitz eines dauerhaften Netzes von mehr oder weniger institutionalisierten Beziehungen gegenseitigen Kennens oder Anerkennens verbunden sind; oder, anders ausgedrückt, es handelt sich dabei um Ressourcen, die auf der Zugehörigkeit zu einer Gruppe beruhen“ (1983:190).

Dieses Beziehungsnetz ist das Produkt individueller wie auch kollektiver, bewusster und unbewusster Investitionsstrategien, dessen Ziel es ist, Sozialbeziehungen zu schaffen, die einen persönlichen oder kollektiven unmittelbaren Nutzen versprechen. Für den Aufbau und die Reproduktion dieses Beziehungs- oder Netzwerkkapitals muss unaufhörliche Beziehungsarbeit in Form von ständigen Austauschakten geleistet werden, durch die sich die gegenseitige Anerkennung immer wieder aufs Neue bestätigt (ebd. 192f).

4. *Symbolisches Kapital*

Dem symbolischen Kapital kommt in der Bourdieuschen Terminologie keine eindeutige Rolle zu. Im Gegensatz zu den drei grundlegenden Kapitalsorten nimmt es gewissermaßen eine Sonderstellung ein. In seinem Werk *„Theorie der Praxis“* verbindet Bourdieu das soziale mit dem symbolischen Kapital, indem er die Reproduktion bestehender Beziehungen von ersterem hervorhebt und sie mit der wahrgenommenen legitimen Form aller Kapitalien

zusammenbringt (Bourdieu: 1979: 335, 1985: 11). So können unter symbolischem Kapital Begriffe wie Prestige, Renommee, soziale Anerkennung und Wertschätzung gefasst werden.

Das Bourdieusche Modell des sozialen Raumes offenbart sich im konkreten Raum, im geografischen Ort, den er den *physischen Raum* nennt. Im folgenden Kapitel soll deshalb der Prozess der Einschreibung sozialer Wirklichkeiten in die *natürliche* Welt im Zentrum stehen.

3.2. Das Verhältnis von physischem und sozialem Raum - oder der Kampf um die Aneignung des Raumes

Es liegt in der Natur der Sache, dass Menschen als Körper stets ortsgebunden sind. Angesichts dessen nehmen sie einen konkreten Platz ein. Dieser Ort kann als absoluter Punkt im physischen Raum definiert werden, an dem sich der Akteur sichtbar lokalisiert. In relationaler Sicht können die einzelnen Lokalisierungen als Positionen bzw. als Rang in einer Ordnung definiert werden (Bourdieu: 2005: 117).

Durch ihre angeeigneten Ressourcen, also ihr Eigentum, werden die gesellschaftlichen Akteure an einem konkreten Ort des Sozialraums angesiedelt. Der Sozialraum bringt sich im physischen Raum zur Geltung, indem sich die Struktur des Sozialraums in den verschiedensten Kontexten in Gestalt räumlicher Opposition zum Ausdruck bringt, d.h. dass der bewohnte -also angeeignete Raum- nach Bourdieu (ebd. 118) wie eine Art „[...] *spontane Symbolisierung des Sozialraums funktioniert*.“

Die *Sichtbarmachung* von sozialen Positionen im physischen Raum, schließlich die dauerhafte Einschreibung sozialer Wirklichkeiten in die *natürliche* Welt, geht jedoch in maskierter Manier vor sich; diese

„*Von der geschichtlichen Logik erzeugte Differenzen können solcherart als in der Natur liegend erscheinen.*“ (ebd.)

In diesem Sinne wird die *Macht über den Raum*¹⁶ gewissermaßen verschleiert. Die Beziehung zwischen der Verteilung von Akteuren und der Verteilung von Gütern im Raum ist durch den jeweiligen Wert der unterschiedlichen Regionen des objektivierten Sozialraums manifestiert. Bourdieu bezeichnet die verschiedenen physisch reifizierten sozialen Räume auch als Felder (ebd. 119). Der Unterschied zwischen Raum, der wie in bereits erläutelter Weise in physischen und sozialen Raum formal-analytisch zu trennen ist, und Feld äußert sich darin, dass der soziale Raum die verschiedenen sich teilweise überlagernden Subfelder, die als jeweils einzelne physisch objektivierten Sozialräume mit eigenen Macht-Strukturen verstanden

¹⁶ Das Streben nach Macht über den Raum ist durch die Struktur des sozialen Raumes selbst vermittelt, die durch die Verteilung der verschiedenen Kapitalien festgelegt ist. Diese Struktur ist jedoch nicht statisch, sie kann immer wieder aufs Spiel gesetzt und damit verändert werden. Dies geschieht in symbolischen Auseinandersetzungen. So ist der soziale Raum Schauplatz immerwährender Kämpfe. Dabei geht es um die Definitionsmacht der legitimen Gliederungsprinzipien des sozialen Raumes bzw. der jeweiligen Felder (Bourdieu: 1985: 27).

werden können, gewissermaßen umgreift, und zwar in Analogie zu den verschiedenen Regionen, die einem physisch-geographischen Raum immanent sind (Bourdieu: 1992: 139).

Die verschiedenen physisch objektivierten sozialen Räume, dessen *mentale* Strukturen sich in objektive Feld-Strukturen, also im physischen Raum vergegenwärtigend, transformiert haben, tendieren dazu, sich zu überlagern. Angesichts dessen kommt es zu Konzentrationen von Akteuren und ihren angeeigneten höchst seltenen Gütern an bestimmten Orten des physischen Raumes (z.B. Fifth Avenue), die sich in jeglicher Hinsicht bestimmten Vorstädten und sogenannten *Ghettos* entgegensetzen (ebd. 119).

Diese Orte hoher Konzentration positiv wie negativ stigmatisierender Eigenschaften veranlassen den Beobachter nur allzu leicht in die Lage, die vorgefundene Dichotomisierung als gegeben, als *natürlich* hinzunehmen, was grundsätzlich für die gesellschaftliche Reproduktion dieser Verhältnisse auszumachen ist. Diese sozial konstruierten Gegensätze neigen dazu, sich im Denken und *performativen Handeln*¹⁷ der Akteure in Gestalt konstitutiver Oppositionen von Wahrnehmungs- und Distinktionsprinzipien niederzuschlagen, wodurch sie sich selbst zu Kategorien der Wahrnehmung und Bewertung manifestieren. Die Zementierung binärer Oppositionen (wie *arm/reich*, *schön/hässlich*, *Metropole/Region* etc.) strukturiert folglich alles Handeln und reproduziert die existierenden Machtverhältnisse (ebd.).¹⁸ Dadurch, dass sich der Sozialraum nicht nur in die räumlichen Strukturen, sondern auch in die Denkstrukturen der Akteure einschreibt, ist er Ort, an dem sich Macht behauptet und manifestiert. Die Orte und Plätze des verdinglichten Sozialraums und die in ihnen angelegten Profite sind innerhalb der verschiedenen Felder selbst Gegenstand von Kämpfen. In diesen Kämpfen geht es um die symbolische Aneignung, kurz, um die Beherrschung des

¹⁷ Unter performativem Handeln im Sinne einer Reproduktion der vorgefundenen Strukturen ist der Prozess der primären und sekundären Sozialisation (Bourdieu setzt die primäre Sozialisation für die Bildung eines mentalen Dispositionssystems, den Habitus, des Akteurs als bestimmend voraus) zu verorten, der bestimmt ist von der Internalisierung und Externalisierung des Erlernten, wobei die Externalisierungsleistung als Bestimmungsmoment für performatives Handeln auszumachen ist. Dazu grundlegend: Berger/Luckmann: 2003 sowie Bourdieu: 1987 u. 1987b

¹⁸ An dieser Stelle ist es von notwendig -zumindest exkursiv-, das Dispositionssystem der Akteure, den *Habitus*, im Bezug auf die Reproduktionstechniken zu skizzieren. Das Habituskonzept ist während der frühen Forschungen Bourdieus in Algerien entstanden. Ziel seiner empirisch gestützten theoretischen Anstrengung war es, das Denken und Tun des gesellschaftlich geprägten Akteurs wissenschaftlich zu fassen, wobei er sich damit strikt gegen Sartres Auffassung von einem reflexiven Bewusstsein des handelnden Subjektes wendet (Bourdieu: 2001: 82). Wenn wir dieses Konzept auf die gesellschaftliche Reproduktion der herrschenden Verhältnisse anwenden, ist unter Habitus die Haltung des Individuums in der sozialen Welt angesprochen, worunter seine Dispositionen, seine Gewohnheiten, seine Lebensweise, seine Einstellungen und seine Wertvorstellungen zu subsumieren sind (Fuchs-Heinritz/König: 2005: 113). Der Habitus produziert verschiedene Schemata, die als Rahmen des Denkens und Handelns der einzelnen Akteure zu verstehen sind. Mit Hilfe der Denkschemata werden Wahrnehmungen geordnet und interpretiert. So werden beispielsweise kulturelle Produkte und Praktiken mit Hilfe internalisierter ethischer Ordnungs- und Bewertungsmuster sowie ästhetischer Maßstäbe verinnerlicht und entsprechend externalisiert. Durch den Habitus vermittelt sind die Akteure in der Lage, am sozialen Leben teilzunehmen sowie gleichzeitig durch ihre *Performance* soziale Praxis hervorzubringen. Insofern ist der Habitus nicht nur strukturierende, d.h. die Praxis wie deren Wahrnehmung organisierende Struktur, sondern auch *strukturierte Struktur* (Bourdieu: 1987: 279). Er ist eine Vermittlungsinstanz, welche die erfahrene soziale Strukturierung in eine strukturierende Struktur überführt. Damit handelt der Habitus aktiv und wird zu einem *modus operandi*, zu einer generativen Formel und er ist dies, weil er zugleich *opus operatum* oder *strukturierte Struktur* ist. Erst die Existenz und Funktionsweise der zugleich „*strukturierten und strukturierenden Struktur*“ in den Individuen erlaubt es, an den Institutionen zu partizipieren, sie sich anzueignen, um sie gewissermaßen am Leben zu erhalten. Die habituelle Praxis der Individuen ist per se Ausdruck und Ergebnis der hierarchischen Konstellationen von *Klasse* im Raum der sozialen Ungleichheit (Krais: 1989: 50, 51; Krais/Gebauer: 2002: 34). Zur näheren thematischen Auseinandersetzung: Bourdieu: 1979:164ff., 1987: 277ff. und 1987b:97ff.

Raumes. Es geht darum, an den seltenen öffentlichen und privaten Gütern zu partizipieren. Die Teilhabe ist jedoch durch den Kapitalbesitz determiniert.

Mittels Akkumulation der jeweils erforderlichen Kapitalien schaffen sich die Akteure resp. Klassen¹⁹ die Möglichkeit, den Spielraum, unerwünschte Personen oder Sachen auf Distanz zu halten und sich gleichzeitig angesichts ihrer Verfügung über Kapital, gewünschten Personen und Sachen zu nähern (ebd.120f). Hierbei werden, und das ist ein zusätzlicher Vorteil, die zur Aneignung von Kapital nötigen Ausgaben, insbesondere die Zeit, minimiert, denn wie bereits an anderer Stelle ausgeführt, erlaubt die Nähe im physischen Raum die Nähe im Sozialraum, was die Akkumulation von Sozialkapital begünstigt. Zweifelsohne sind die durch die Nähe im Sozialraum geknüpften Sozialkontakte nicht per se eine Kapitalie, die gewinnbringend gegen andere Kapitalien eingesetzt werden kann; ist der Akteur beispielsweise in einem sozialschwachen Vorort angesiedelt, werden sich seine Kontakte in der Regel auf Menschen beschränken, die sich in einer ähnlich prekären sozialen Situation befinden, wohingegen die in prestigeträchtigen Gebieten lebenden Menschen durch die Akkumulation von Sozialkapital in der Lage sind, ihre Profite sogar zu multiplizieren (ebd.121).²⁰

„Umgekehrt werden aber die Kapitallosen gegenüber den gesellschaftlich begehrtesten Gütern, sei es physische, sei es symbolisch, auf Distanz gehalten. Sie sind dazu verdammt, mit den am wenigsten begehrten Menschen und Gütern Tür an Tür zu leben. Der Mangel an Kapital verstärkt die Erfahrung der Begrenztheit: Er kettet an einen Ort.“ (ebd.)

Die räumliche Anhäufung einer in ihrer Besitzlosigkeit homogenen Bevölkerung kann folglich die Wirkung haben, den prekären Zustand zu verdoppeln, insbesondere in kulturellen Angelegenheiten.

Der Erfolg eines Ortswechsels hängt von den verschiedenen Formen des verfügbaren Kapitals ab. Außerdem bestimmen die Aneignungsfähigkeiten und – möglichkeiten (materieller und kultureller Natur) ganz entschieden die Aneignungschancen. Jene Fähigkeiten werden gewissermaßen stillschweigend vorausgesetzt, allen voran ist ein angemessener Habitus notwendig, um sich seiner prekären Lage zu entledigen, sich also an einem anderen Ort niederzulassen. Die Teilhabe und Teilnahme an diesem neuen Ort ist demzufolge wieder –wie zuvor- in erster Linie durch die herrschende Kapitalstruktur bedingt, d.h. nur, wenn ich über die dort erforderlichen Kapitalien verfüge, eröffnet sich die Chance auf Integration und somit

¹⁹ Im Bourdieschen Sinne sind Klassen lediglich im Sinne konstruierter Klassen zum Zwecke der theoretischen Analyse zu verstehen. Er spricht auch von ihnen als „Klassen auf dem Papier“.

²⁰ Für die Opposition zwischen prestigeträchtigen Räumen und jenen sozialschwachen Siedlungsgebieten postuliert Bourdieu zwei Raumeffekte: Einerseits nennt er den „Klub-Effekt“ geschlossener, exklusiver Räume, die lediglich mit einem erheblichem Maß von kulturellem, ökonomischen und sozialem Kapital zu betreten sind. Und andererseits, entgegengesetzt konstituiert er den „Ghetto-Effekt“, der mittellose und exkommunizierte homogene Akteure und Gruppen in segregierten Quartieren zusammenpfercht und sie als Bewohner des segregierten Ghettos ebenso degradiert wie stigmatisiert (Bourdieu: 1991: 32).

nicht nur die Möglichkeit der Teilnahme am öffentlichen Leben, sondern auch der Teilhabe, der Interventionsmöglichkeit an den räumlichen Strukturen (2005: 121).

Der Prozess der Ausgrenzung setzt im Bourdieuschen Modell im Innern der Gesellschaft ein und wird von deren institutionellen Formen vorangetrieben. Ausgrenzung führt in dieser Semantik an den Rand der Gesellschaft respektive an die Ränder der Städte, und das trifft sowohl für den sozialen als auch für den geographischen Raum zu (Reimann: 2005: 283; Häußermann/Kronauer/Siebel: 2004).

Rekurrierend auf die Frage nach den Bedingungen der Möglichkeit von Partizipation im Bourdieuschen Sozialraummodell, kann zusammenfassend festgehalten werden, dass die Aneignungsfähigkeiten von Ressourcen, die wiederum von der jeweiligen Kapitalausstattung abhängen, der entscheidende Indikator für die Teilhabe und Teilnahme am gesellschaftlichen Leben sind. Die Ressourcen werden nicht mehr vom Staat zur Verfügung gestellt, sondern müssen sich in der Bourdieuschen Terminologie erkämpft werden.

Angesichts dessen besteht ein fundamentaler Widerspruch in der bestehenden Gesellschaftsordnung darin, dass sie immer mehr dazu tendiert

„[...] allen alles zu bieten, besonders was den Konsum materieller oder symbolischer oder gar politischer Güter angeht, dies allerdings in der fiktiven Gestalt des Scheins, des Trugbilds oder der Nachahmung, als ob darin das einzige Mittel läge, einigen wenigen den wirklichen und legitimen Besitz dieser Exklusivgüter vorzubehalten.“ (Bourdieu: 2005: 287)

4. Stadterneuerung in *Problemvierteln*

Angesichts des exemplarischen Bezugs dieser Arbeit, ist es notwendig, einen Blick in den aktuellen wissenschaftlichen Diskurs der Stadterneuerung zu richten. Das 2008 erschienene Buch von Häußermann, Läßle und Siebel mit dem Titel *„Stadtpolitik“* bietet eine hervorragende Zusammenfassung der elementaren Faktoren und bildet daher die theoretische Grundlage dieses Kapitels.

Stadterneuerung ist ein staatlich initiiertes und gesteuerter Prozess mit Bezug auf einen städtischen *Teil-Raum* (Baugesetzbuch, Besonders Städtebaurecht §136-171). Die zu verändernden städtebaulichen *Missstände* beziehen sich auf die Erneuerung der Bausubstanz (*Substanzsanierung*) respektive auf eine *Funktionssanierung*, die darauf abzielt, unrentabel gewordene Nutzungsräume wie Wohnungen und kleinere Gewerbebetriebe gegen modernere Funktionsträger auszutauschen (Häußermann/ Läßle/Siebel: 2008: 113-114).

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde die marode Bausubstanz der ehemals vernachlässigten Wohnquartiere mit dem Zweck der Anpassung an die Anforderungen einer *modernen* Stadtstruktur entweder direkt beseitigt oder bei Eignung modernisiert. Die

Anbindung einst abgehängter verarmter Stadtquartiere verdankt sich jedoch auch anderer Beweggründe. So galt es, das politische Risiko der einkommensschwachen Quartiersbevölkerung im Zaum zu halten. Heute heißt diese Form der Sanierung: *Sozialstruktursanierung* (ebd. 115).

Mit dem *Städtebauförderungsgesetz* wurde 1971 die soziale Dimension städtischer Entwicklungen zum ersten Mal formell im Instrumentarium der Stadtplanung verankert (StBauFG). § 180 des Sozialplans fasst die Vorstellungen seitens der Institutionen dahingehend zusammen, dass die Betroffenen in den Erneuerungsprozess eingebunden werden sollen, um nachteilige Auswirkungen möglichst präventiv zu kompensieren (ebd. 124). Allerdings gestaltete sich der institutionell formulierte Wille der Beteiligung schon damals in der Praxis schwierig, kollidierte er in gewisser Weise doch mit den konstituierten *Sanierungstatbeständen*, die die Rückständigkeit der im Quartier beheimaten Unterschicht proklamierten. Folglich ist die Verbesserung der Sozialstruktur der ausgewiesenen *Problemviertel* die meist genannte Begründung von Sanierungsmaßnahmen. Unter Umständen wird dieses Ziel auch erreicht, allerdings rekurriert es nicht auf dem Aufstieg der *Unterschichtsangehörigen* in den Mittelstand, sondern ist in der Regel darauf zurückzuführen, dass sie durch die Sanierungsmaßnahmen anders über das Stadtgebiet verteilt wurden.

Mit Sanierung soll also ein Problem baulich gelöst werden, das soziale Ursachen hat (ebd. 127f). Der mangelnde Erfolg der städtebaulichen Idealvorstellungen und die aufkommenden Bürgerinitiativbewegungen der 1970-er Jahre führten schließlich dazu, dass die Gemeinden ihre klassischen Sanierungsstrategien zugunsten *vorsichtiger Modernisierungs- und Erhaltungsmaßnahmen* aufgeben mussten. *Vorsichtig* ist hier im Sinne von frühzeitiger Information und Beteiligung der Bürger zu verstehen. Sie sollen noch im Planungsprozess an der Zielformulierung beteiligt werden, damit die Sanierung *sozialverträglich* durchgeführt werden kann, was nichts anderes heißt als Widerstand präventiv zu vermeiden (ebd. 132ff).

Um die sogenannte *Sozialverträglichkeit* zu gewährleisten, wird die Akzeptanz und Bereitschaft der Betroffenen, sich zu beteiligen, nun als wesentliche Voraussetzung für den Erfolg einer Maßnahme gedeutet, obwohl diese bürgerzentrierte Ausrichtung keineswegs ihre negative Konnotation einbüßt; seitens der Institutionen werden unter dem Begriff *sozial* bis heute im wesentlichen die Kategorien *Kosten* und *Restriktionen* subsumiert.

Nichtsdestotrotz wird Planung als *soziale Entwicklungsplanung* an die Öffentlichkeit kommuniziert. Den Disziplinen Städtebau, Architektur und Technologie wird so die Kompetenz zugeschrieben, sozialen Wandel durchsetzen zu können (ebd. 133f).

Mit der Internationalen Bauausstellung (*Altbau IBA*) 1981 wurde das *Modell der behutsamen Stadterneuerung* dann endgültig etabliert. Die Probleme der Quartiere sollten fortan in den Quartieren selbst gelöst werden, was zu einer Stadterneuerung ohne Verdrängung führen sollte, indem der Versuch unternommen wurde, die *rückständige* Bevölkerung an moderne Lebensstile zu assimilieren. Jedoch fühlten sich vor allem statushöhere, nicht unbedingt einkommenshöhere Gruppen von den Partizipationsmodellen angezogen und konnten sich besser durchsetzen als bildungsfernere Bewohner.

Angesichts dessen wird deutlich, dass nicht nur die Verfügung über ökonomisches Kapital entscheidend für Partizipation ist, sondern zu einem großen Teil determinieren soziale und kulturelle Kapitalien respektive Ressourcen die Möglichkeit der Teilhabe an dem Beteiligungsangebot (ebd. 230ff). Hinsichtlich dieser Ambivalenz von Betroffenheit schlagen Häußermann, Läßle und Siebel vor, den Begriff der Betroffenheit neu auszuleuchten.

4.1. Die Ambivalenz der Betroffenheit

Was heißt eigentlich Betroffenheit? Wer ist Betroffen? Alle, die im Stadtteil leben? In welchen Aspekten ihrer Lebenssituation werden Menschen durch Sanierungspraxis benachteiligt? Im Sozialgesetzbuch gilt als betroffen, wer im Gebiet wohnt, arbeitet und Eigentum besitzt (Ansatz der individuellen Betroffenheit). Die ökonomische Bedeutung von Sanierung als Eingriff in den Wohnungsmarkt, was mit dem Resultat der Mietsteigerung zu einem zwangsweisen Umzug der einkommensschwachen Bevölkerung führt, wird dabei konsequent vernachlässigt (ebd. 128-131).

Dem Umstand der Sanierungsfolgen ist jedoch nicht genüge getan, wenn lediglich zwischen direkt und indirekt Betroffenen unterschieden wird, wie im Sozialgesetzbuch gehandhabt, sondern ebenso sollte die unterschiedliche Intensität der Betroffenheit berücksichtigt werden:

„Je weniger ökonomische, soziale und kulturelle Ressourcen zur Verfügung stehen, desto härter ist die Betroffenheit, denn diese Ressourcen entscheiden über die Möglichkeiten der politischen Gegenwehr, des Ausweichens, der Substitution respektive Kompensation.“ (ebd. 131)

Nicht nur monetäre Defizite verstärken den Grad der Betroffenheit; durch Sanierung werden bestimmte soziale Bindungen, die an einzelne Aspekte des Sanierungsgebietes geknüpft sind, aufgebrochen oder zumindest doch einschneidend verändert. Diese Folgeprozesse sind größtenteils auf Mietsteigerungen zurückzuführen, die infolge der Sanierung stattfinden. Einschlägige Studien belegen eine positive Korrelation zwischen sanierungsbedingten Aufwertungsbestrebungen und einer Mietpreissteigerung (ebd. 128ff). Denn wer sollte in Stadtteile mit einem *Negativ-Image* investieren, wenn nicht mit einer Rendite zu rechnen ist?

4.2. Individualisierung der Beteiligung

Bei der Beteiligung der Bewohner zeigt sich im Verlauf der letzten vier Jahrzehnte ein Wandel von den einstigen Formen einer kollektiven Interessenvertretung zu Formen, die individueller Aushandlungen bedürfen. Entsprechend entscheidend sind dann auch individuelle Ressourcen der betroffenen Bewohner in den Sanierungsgebieten (ebd. 238).

Die Individualisierung der Beteiligung in Stadtentwicklungsprozessen formiert sich zu einem hochselektiven Prozess, der geprägt ist von einer Interessenheterogenität seitens der Initiatoren, so dass die Entstehung kollektiver Willensbildungsprozesse von vorneherein verhindert wird (ebd. 240).

Dass vor allem Studierende und Hochschulabsolventen an den bereitgestellten Beteiligungsprozessen teilnehmen, ist eine Folge dieser Transformation. Ihre sozialen und kulturellen Fähigkeiten ermöglichen, den Erneuerungsprozess in ihrem Interesse zu beeinflussen. Menschen mit einem niedrigen Bildungsniveau hingegen, was in der Regel mit einem Mangel an ökonomischem Kapital einhergeht, sind den Entwicklungsprozessen ihres Stadtteils mehr oder weniger ausgeliefert. Im Gegensatz zu den Studenten und Akademikern können sie ihr soziales Kapital nicht gewinnbringend für sich im Bezug auf den Modernisierungsprozess einsetzen, da sich ihre sozialen Beziehungsgeflechte in ähnlich prekären Lebenssituationen befinden.

Soziale Netzwerke sind aber für die Durchsetzung der eigenen Interessen von höchster Priorität. Mehr und mehr kommt es auf individuelles Verhandlungsgeschick an, was zu einer Verdrängung von sozial und kulturell weniger kompetenten Bewohnern führt. War der Staat in Zeiten der fordistischen Stadterneuerung noch verantwortlich für den Interessenausgleich zwischen Bewohnern und Investoren, so ist er heute im Zuge von finanziell bedingten Privatisierungen öffentlicher Leistungen von privaten Investoren abhängig. Die Zusammenarbeit mit privaten Investoren (Public Privat Partnership- PPP) ist zur *Normalform* der Stadtpolitik geworden, so dass die Betroffenen nicht mehr auf eine kollektive Interessenvertretung zählen können. Das Kapital, das sie für den Kampf um ihren Raum einsetzen können, sind einzig ihre individuellen Fähigkeiten und reichen diese nicht aus werden sie zu Opfern von *Gentrification* (ebd. 238-242, 246).

4.3. Gentrification

Die britische Soziologin Ruth Glass führt 1964 den Begriff „*Gentrification*“ ein, um die Transformation von Arbeiter- und Armenvierteln zu Stadtteilen urbanen Chics zu erklären.

“Once this process of ‘gentrification’ starts in a district it goes on rapidly until all or most of the original working class occupiers are displaced and the whole social character of the district is changed.” (Glass: 1964)

Mit diesem Statement beschreibt sie die britische Situation der 1960-er Jahre. Deutschland verfügt zwar damals schon- im Gegensatz zu den USA und Großbritannien- über einen Mieterschutz, jedoch sind auch andere Faktoren für die Verdrängungsprozesse zu entlarven.

Häußermann, Läßle und Siebel (2008: 242) schlagen folgende Definition dieses Terminus vor:

„Mit Gentrification wird die bauliche Aufwertung eines Quartiers mit nachfolgenden sozialen Veränderungen bezeichnet, die in der Verdrängung einer statusniedrigen sozialen Schicht durch eine höhere resultieren.“

Studenten und Künstler gelten im wissenschaftlichen Diskurs als *Pioniere* der Aufwertung. In den 1970- er Jahren sind erstmals derartige Aufwertungs- und Verdrängungsprozesse in Deutschland zu beobachten, als sich eben diese *Pioniere* in leerstehende Wohnungen und Gewerbegebäude einrichten, womit sie die kulturellen und ökonomischen Aktivitäten des Milieus nachhaltig verändern. Der daraus resultierende Wandel von einem *Negativ-Image* zu einem *Positiv-Image* löst einen Investitionszyklus aus, der dazu führt, dass das Quartier letztlich überwiegend in den Händen überdurchschnittlich gut verdienender Haushalte liegt, die vornehmlich im hochwertigen Dienstleistungssektor beschäftigt sind. Die sogenannten *Pioniere*, dessen Agitationen die städtische *Revitalisierung* erst herbeiführte, versuchen nun, den kulturell aufgewerteten Raum gegen die hereinströmenden *Gentrifizierer* zu verteidigen, denn auch sie werden neben den *normalen* Bewohnern von den Verdrängungsinvestitionen bedroht (ebd. 242f).

Um die Mieter zu schützen, erlassen die Stadtverwaltungen eine „*Erhaltungs- bzw. Milieuschutzsatzung*“, die den baulichen Investitionen des Sanierungsgebietes eine Genehmigungspflicht auferlegt (§172/ I Baugesetzbuch). So wird mit dem Erhaltungsgesetz die Sozialstruktur eines Quartiers gewissermaßen unter Denkmalschutz gestellt. Folglich wird dem Interesse der Allgemeinheit die Markmacht finanzstarker Dienstleister entgegengestellt. Allerdings wird der *Gentrifizierungsprozess* dadurch nur verlangsamt, verhindert werden kann er schließlich nicht, denn das Erhaltungsgesetz erlaubt in seinen Formulierungen Spielräume, die dann vor den Verwaltungsgerichten definiert werden müssen, wie beispielsweise der Vorbehalt, eine Versagung der Baugenehmigung müsse wirtschaftlich zumutbar sein. Dazu kommt, dass sich längst nicht alle Städte veranlasst sehen, die Wohnbevölkerung innerstädtischer Gebiete vor derartigen Investitionen zu schützen.

Angesichts der Tatsache, dass eine bauliche Erneuerung von Stadtteilen ohne öffentliche Förderung stattfindet, werden die unerfreulichen Konsequenzen für sozial schwache Haushalte schon mal in Kauf genommen. Zuweilen wird der Erneuerungsprozess sogar gezielt unterstützt, um die sozialstrukturell *problematische* Bewohnerschaft zugunsten finanziell gutsituierter Leute auszutauschen, denn jene sind in der Lage, mit ihrer Kaufkraft die Entwicklung der Infrastruktur anzustoßen, was wiederum durch die gestiegene Attraktivität der Stadt im Sinne eines Multiplikatoreffektes weitere Angehörige der neuen Dienstleistungsberufe in die Innenstadt zieht (ebd. 244f).

Heute zeigt sich, dass die staatlich initiierten juristisch gestützten Interventionen hinter wirtschaftlichen Interessen zurückbleiben und schließlich positivistisch zugunsten einer *Win-Win-Situation* aufgedröselt werden. „*Stadterneuerung ohne Steuerung- das ist voraussichtlich der Regelfall von Stadterneuerung in postmodernen, postfordistischen Zeiten.*“ (ebd. 245)

4.4. Bürgerbeteiligung in der Stadtpolitik

Die ersten Partizipationsbegehren entstehen in den 1960-er Jahren mit dem Widerstand gegen modernistische Stadtzerstörung. Mit der Implementierung der bürgerlichen Begehren können Widerstände von vorneherein ausgehebelt werden. Mit dem Begriff der *Bürgerkommune* wird der Bürger nach dem Leitbild der kundenorientierten Verwaltung behandelt. Der Bürger also „[...] *als Kunde, als Mitgestalter und als Auftraggeber der Verwaltung.*“ (Häußermann, Läßle und Siebel 2008: 242). Eine höhere Bürgerzufriedenheit ist das Ziel sowie dessen Demokratisierung durch eine stärkere Beteiligung, außerdem sollen die Unterstützungsnetzwerke also die Solidarität zwischen den Bürgern gesteigert und gefestigt werden. Nicht zu vergessen ist natürlich die dadurch folgende Entlastung der kommunalen Haushalte, da sie ihre politischen Ziele nun durch die präventive Einbeziehung der Haushalte effizienter verwirklichen können (ebd. 273).

In jüngster Zeit erfährt die Definition von Bürgerbeteiligung jedoch eine gänzlich neue Richtung. So wird das Erreichen staatlicher Ziele vom Bürgerengagement abhängig gemacht. Es hat eine semantische Transformation des Bürgerbegriffs im Hinblick auf dessen Funktion im Beteiligungsprozess stattgefunden. Er soll nicht mehr länger nur *Kunde* öffentlicher Einrichtungen sein oder gar Fürsorgeempfänger. Vielmehr soll er selbst an der Produktion von Dienstleistungen mitarbeiten.

„*Nicht Partizipation, sondern Koproduktion nennt man dieses Konzept.*“ (ebd.)

Es geht heute in erster Linie darum, leerstehende Gebäude oder brach liegende Flächen in abgehängten Stadtteilen wieder neu zu nutzen sowie die dort lebende überwiegend aus dem Arbeitermilieu stammende Bewohnerschaft in den postfordistischen Arbeitsmarkt einzubetten. Des Weiteren soll die wachsende Zahl von Migranten in die Gesellschaft integriert werden. Diese hoch gesteckten Ziele lassen sich nicht top down lösen, zumal den Kommunen dafür das Geld fehlt. Mit der produktiven Einbeziehung der Stadtbewohner sollen aus Problemen Ressourcen genesen. Die ersten Probleme dieses Konzeptes, das im Wissenschaftsjargon auch „*Urban Governance*“ (ebd. 349f) genannt wird, tauchen bereits bei den kulturellen Voraussetzungen der Stadtbewohner auf, denn die Mehrheit kann keinen höheren Schulabschluss aufweisen, Sprachdefizite der Migranten kommen hinzu. Diese Menschen haben häufig im Umgang mit Behörden demütigende Erfahrungen gemacht, so dass sich eine Aktivierung jener doppelt schwer gestaltet.

„Für die Partizipation, die zur Integration führen soll, ist die Integration selbst die wichtigste Voraussetzung“ (ebd. 275,276).

Um einem *circulus virtuosus* entgegenzuwirken, bedarf es sensibler individueller Konzepte, die sich explizit an den Fähigkeiten der Bewohner orientieren.

Freilich darf nicht unerwähnt bleiben, dass sich ein Teil der Menschen im Quartier von dem Partizipationsangebot angesprochen fühlt. Es sind jene Bewohner, die zum einen aufgrund ihres Alters, ihrer sozialen Position und ihres Bildungsabschlusses bereits die Erfahrung gemacht haben, durch eigene Anstrengung etwas bewirken zu können. In Anbetracht der sozialstrukturellen Situation der Sanierungsstadtteile jedoch wird schnell deutlich, dass damit nur ein geringer Teil der Bevölkerung einbezogen wird. In der Regel ist die Bereitschaft zu Engagement und politischer Mitbestimmung in marginalisierten Quartieren aus oben genannten Gründen per se weniger stark ausgeprägt als in privilegierten Räumen (ebd. 274f).

Um anhand der vorangegangenen theoretischen Anstrengungen einen realpolitischen Bezug zu der Thematik herzustellen, wird im folgenden Kapitel der Stadtteil Hamburg-Wilhelmsburg in ausgewählten Strukturdaten vorgestellt, um einen Einblick in die soziale Beschaffenheit des Stadtteils zu eröffnen.

5. Wilhelmsburg in ausgewählten Strukturdaten

Über Jahrzehnte hinweg war die *Elbinsel* für die Wilhelmsburger zentraler und prosperierender Wirtschaftsraum, der ihnen ihren Lebensunterhalt sicherte. Da die Tätigkeiten der Industrie seit den 1960-er Jahren überwiegend von Zuwanderern ausgeübt wurden, ist der Anteil der *nicht-deutschen* Bewohner im Quartier verhältnismäßig hoch. Durch die

Deindustrialisierung wurde aus dem ehemaligen Wohngebiet der Arbeiterschaft ein Stadtteil, dessen Arbeitslosenquote seit den 1980-er und 1990-er Jahren unaufhörlich anstieg.

Mit dem Strukturwandel im Hafen und auf den Werften, mit der Verlagerung entscheidender Hafenteile in den Westen, mit Hamburgs Wandel zur Dienstleistungsmetropole können die Wilhelmsburger, die überwiegend als Hafenarbeiter beschäftigt waren, nicht Schritt halten.

Im Wissenschaftsjargon wird der radikale Abstieg ehemaliger Arbeiterquartiere auch „*Fahrstuhleffekt*“ (Häußermann, Läßle/Siebel. 2008: 198) genannt, da diese Stadtteile in der Sozialskala der Städte gleichsam im Fahrstuhl ein Stockwerk tiefer rutschen.

Im Folgenden soll der Frage nach den Merkmalen sozialer Standards in dem Sanierungsstadtteil Wilhelmsburg nachgegangen werden. Anhand bereits erhobener quantitativer Struktur-Daten wird die sozialstrukturelle Beschaffenheit Wilhelmsburgs in Form einer Sekundäranalyse in den Blick genommen. Zu diesem Zweck werden die Daten der „*Hamburger Stadtteil-Profile 2007*“ (Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein: 2008) des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein herangezogen. Die Querschnittsveröffentlichung des Statistischen Amtes liefert eine Zusammenstellung von soziodemografischen Merkmalen in den Hamburger Stadtteilen, Bezirken sowie ausgewählten Quartieren im Untersuchungszeitraum 2007. Die Tabellen sind so ausgewählt, dass sie einen Vergleich des Stadtteils mit der Gesamtstadt Hamburg zulassen, wobei damit nicht bezweckt wird, die Hamburger Gesamtstadt als Maßstab für eine *richtige* oder *bessere* Sozialstruktur zu konstituieren. Die Möglichkeit des Vergleichs wird eröffnet, um deutlich zu machen, dass der Stadtteil Wilhelmsburg alle Kriterien zu erfüllen scheint, die im öffentlichen Diskurs als Bestimmungsfaktoren für die Konstruktion von sogenannten *Sozialen Brennpunkten*, von *Ghettos*, eben von *sanierungsbedürftigen Stadtteilen* konstituiert werden.

Ergänzend wird die Analyse der GAL Bürgerschaftsfraktion (2008) zur sozialen Situation in den Hamburger Stadtteilen in Teilen bemüht. Unter dem Titel „*Die soziale Spaltung Hamburgs*“ wurden alle 104 Stadtteile nach zwölf soziodemografischen Parametern wie dem Anteil der Schulabbrecher, der Arbeitslosenquote, der Wohnraumgröße, dem besonderen Sprachförderbedarf und der Zahl der Hartz-IV-Bezieher untersucht und ausgewertet. Die Daten beziehen sich auf den Untersuchungszeitraum von 2005 bis 2006. Sämtliche Stadtteile wurden anhand dieser Kriterien in eine Rangfolge gebracht. Der zu untersuchende Stadtteil Wilhelmsburg schneidet dabei als einer der *prekärsten* Quartiere ab.

5.1. Bevölkerung und Sozialstruktur

Wie Tabelle 1 zeigt, leben überdurchschnittlich viele junge Menschen in Wilhelmsburg. 22,6% der Bewohner sind unter 18 Jahren. Das sind im Vergleich zum Hamburger Durchschnitt rund 7% mehr. Die Rate der sogenannten *Ausländischen Schülerinnen und Schüler* im Stadtteil liegt bei 45% (Tabelle 2). In Hamburg insgesamt beläuft sich der Wert auf 15,6%. Das ist rund ein Drittel des Anteils in Wilhelmsburg.

Die Zahlen der Schulabbrecherquoten von 2005 und 2006 (Tabelle 3) zeigen ein alarmierendes Bild. So verlassen 23,1% der männlichen und 17,9% der weiblichen Schulabgänger die Schule ohne Schulabschluss. Dieser Umstand korreliert freilich mit den Zahlen der 15 bis 25- jährigen Jugendlichen, die in Wilhelmsburg zu 4,5% nach SGB II Hartz IV- Empfänger sind. In Hamburg insgesamt beläuft sich der Wert laut GAL- Studie auf 2,2% (Tabelle 3). Allerdings muss bei diesen Daten berücksichtigt werden, dass ein Teil der Schülerinnen und Schüler in der 7. oder 8. Klasse in eine Berufsvorbereitungsklasse geht und somit aufgrund des vorzeitigen Verlassens der Schule in die Berechnung mit eingeht. In diesen Berufsvorbereitungsklassen gibt es natürlich die Möglichkeit im Laufe der vorgesehenen Zeit (in der Regel ein Jahr) nachträglich ein Schulzertifikat zu erwerben (Hamburger Abendblatt 2004).

Die Bildungssituation in Wilhelmsburg wird generell als schlecht bezeichnet, da ein hoher Anteil der Schulabgänger, wobei die Nationalität hier keine Rolle spielt, die Schule ohne Abschluss verlässt. Es gibt im Vergleich zum Hamburger Durchschnitt deutlich weniger Abiturienten und einen erheblich größeren Anteil von Schülern mit Hauptschulabschluss. Zudem sind im Westen der *Elbinsel* herausragend hohe Zahlen in der Verfügung von Hilfen zur Erziehung vorhanden, was von einer Erziehungs-Überforderung seitens der Familien zu zeugen scheint (Zukunftskonferenz Wilhelmsburg: 2002).

Das schlechte Image der Schulen und die weit unterdurchschnittlichen Bildungsergebnisse, die von der Zukunftskonferenz Wilhelmsburg herangezogen werden, sind derzeit noch ein häufig genannter Grund für den Wegzug vieler Menschen von der *Elbinsel*. Wer es sich leisten kann, kehrt Wilhelmsburg spätestens, wenn die Kinder in die Schule kommen, den Rücken. Das gilt gleichermaßen für deutsche wie für Einwandererfamilien, die an einer *guten* Ausbildung und an Zukunftschancen ihrer Kinder interessiert sind (ebd.).

Insgesamt 33,7 % der in Wilhelmsburg lebenden Menschen werden unter der Bezeichnung *Ausländerinnen und Ausländer* geführt. In Hamburg sind es 14,8% (Tabelle 1). Der Migrantenanteil ist angesichts dessen im Vergleich zur Gesamtstadt als verhältnismäßig hoch zu verzeichnen. Darauf zurückzuführen ist der ebenso hohe Anteil der „Kinder mit

besonderem Sprachförderbedarf“ (Tabelle 3), der in Wilhelmsburg rund ein Zehntel des Gesamtwertes (Hamburg) ausmacht. Das ist angesichts von 104 Stadtteilen ein enorm hoher Wert.

Die Strukturdaten des Statistikamtes zeigen außerdem, dass die Arbeitslosenquoten durchweg (15-65-jährige, 15- unter 25-jährige, 55- unter 65- jährige, Arbeitslose nach SGB II der 15- unter 65-jährigen, Leistungsempfängerinnen/-empfänger nach SGB II) rund doppelt so hoch sind wie in der Gesamtstadt (Tabelle 1).

Die Zahl der Sozialversicherungsbeschäftigten der 15 bis unter 65-jährigen hingegen liegt mit 40,6% nur knapp unterhalb der Zahlen von Hamburg (47,2).

Hierbei gilt zu berücksichtigen, dass der überwiegende Teil der beschäftigten Wilhelmsburger im Niedriglohnsektor angestellt ist, was sich in den Zahlen der sogenannten *erwerbsfähig Hilfsbedürftigen (EHB)* widerspiegelt: 25,5% der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren erhalten neben ihrer Erwerbsarbeit zusätzliche Transferleistungen zur Sicherung ihres Lebensunterhaltes (Tabelle 3).

Immer mehr Arbeitende sind als *Working Poor* auf ergänzende Transferleistungen angewiesen. Die Zahl der *aufstockenden* Leistungen zum Erwerbseinkommen ist zwischen 2005 und 2007 von ca. 12.500 auf fast 30.000 Personen gestiegen (Pressemitteilung GAL: 2008).

Dass bei einer ähnlich hohen Beschäftigungsquote die Arbeitslosenzahlen zwischen Wilhelmsburg (13,3%) und Hamburg (6,8%) im Erhebungszeitraum 2007 erheblich divergieren (Tabelle 2), wird auf die hohe Anzahl von Studenten in Hamburg zurückzuführen sein, die vorwiegend in anderen Stadtteilen leben und nicht unter die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten fallen, da sie ggf. Bafög beziehen und in der Regel von Sozialabgaben befreit sind, wenn sie auf *Minijobbasis* (400 Euro-Basis) arbeiten.²¹ Zum anderen verbergen sich hinter dieser Diskrepanz vermutlich die Selbständigen sowie Unternehmerinnen und Unternehmer, welche sich bevorzugt in renommierten Gegenden ansiedeln.

5.2. Wohnen, Infrastruktur und Kriminalität

Von den rund 49.000 in Wilhelmsburg lebenden Menschen sind rund ein Drittel in Sozialwohnungen beheimatet (Tabelle 2). Der Anteil der Menschen, die auf Transferleistungen (insbesondere ALG I und II gemäß SGB II sowie Grundsicherung gemäß

²¹ Im Zuge der Stadtentwicklung wird seit 2004 auf der Veddel und in Wilhelmsburg studentisches Wohnen gefördert. So wird die Differenz der geforderten Miete von der Hamburgischen Wohnungsbaukreditanstalt (WK) gezahlt. Das Projekt ist auf fünf Jahre begrenzt, jährlich können 200 000 Euro von der WK ausgezahlt werden. Hinsichtlich dieser Förderungspolitik hat sich der Anteil der Studenten an der Bevölkerung bereits erhöht.

SGB XII) angewiesen sind und aufgrund dessen Anspruch auf eine Sozialwohnung haben, ist im Vergleich zum Hamburger Durchschnitt fast doppelt so hoch (Tabelle 2).

Die Immobilienpreise für Ein- und Zweifamilienhäuser liegen 2007 mit 1568,- Euro pro qm in Wilhelmsburg im Gegensatz zu Hamburg mit 2179,- Euro pro qm noch erheblich unter dem Durchschnitt. Eigentumswohnungen sind im Vergleich zu den Preisen der Gesamtstadt um rund die Hälfte günstiger zu erwerben. Inwieweit sich die Immobilienpreise mit der Internationalen Bauausstellung (IBA) an das Hamburger Preis-Niveau angleichen werden, bleibt bis 2013 zu beobachten.

Die Kriminalitätsrate ist im Gegensatz zu den Delikten in der Gesamtstadt außerordentlich hoch. Obwohl die Bevölkerungszahl in Hamburg insgesamt etwa 30-mal so hoch ist wie in Wilhelmsburg, ist der Wert der Straftaten im Stadtteil (147) insgesamt sogar höher als der Wert in der Gesamtstadt (137). Wie die Daten in Tabelle 2 zeigen, beteiligten sich die Wilhelmsburger 2004 nur unterdurchschnittlich bei der Bürgerschaftswahl. Lediglich 58% gingen zu den Wahlurnen.

Die Fachärztedichte ist gemessen an der Größe des Stadtteils und der Einwohnerzahl unterdurchschnittlich (Tabelle 2).

Tabelle 1: Bevölkerung und Sozialstruktur

Stadtteil Wilhelmsburg		
	Stadtteil	Hamburg
Bevölkerung (2006)		
Bevölkerung	49 132	1 732 503
Unter 18-Jährige	11 123	271 448
in % der Bevölkerung	22,6	15,7
65-Jährige und Ältere	7 096	326 424
in % der Bevölkerung	14,4	18,8
Ausländerinnen und Ausländer	16 558	257 060
in % der Bevölkerung	33,7	14,8
Fläche in km ²	35,3	755,3
Einwohnerinnen und Einwohner je km ²	1 394	2 294
Sozialstruktur		
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (2006)	13 315	558 378
in % der 15- bis unter 65-Jährigen	40,6	47,2
Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Frauen	5 299	269 557
Arbeitslose (Juni 2007)	4365	80 455
in % der 15- bis unter 65-Jährigen	13,3	6,8
Jüngere Arbeitslose	384	6 436
in % der 15- bis unter 25-Jährigen	5,9	3,4
Ältere Arbeitslose	496	9 299
in % der 55- bis unter 65-Jährigen	9,8	4,7
Arbeitslose nach SGB II ¹ (Juni 2007)	3 786	60 854
in % der 15- bis unter 65-Jährigen	11,5	5,1
Leistungsempfängerinnen/-empfänger nach SGB II ¹ (März 2007)	12 914	207 663
in % der Bevölkerung	26,3	12,0
Bedarfsgemeinschaften nach SGB II ²	5 851	111 704

(Quelle: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, 2007)

Tabelle 2: Wohnen/Infrastruktur

Stadtteil Wilhelmsburg		
	Stadtteil	Hamburg
Wohnen		
Wohngebäude (2006)	4 412	234 329
Wohnungen	20 674	880 019
darunter bezugsfertig geworden	75	4 043
Durchschnittliche Wohnungsgröße in m ²	67,5	71,9
Wohnfläche je Einwohner/in in m ²	28,4	36,5
Sozialwohnungen (2007)	7 554	116 487
in % der Wohnungen insgesamt	36,5	13,2
darunter mit Bindungsauslauf bis 2012		
in % der Sozialwohnungen	8,6	19,0
Immobilienpreise (2007) in Euro für		
Ein- und Zweifamilienhäuser je m ²	1 568	2 179
Eigentumswohnungen je m ²	1 018	2 012
Infrastruktur		
Kindergärten ^{***} (2007)	27	1 090
Grundschulen (2006)	8	245
Weiterführende Schulen (2006)	6	195
Schülerinnen und Schüler insgesamt (2006)	5 682	167 306
Ausländische Schülerinnen und Schüler	2 558	26 048
in % aller Schülerinnen und Schüler	45,0	15,6
Niedergelassene Ärzte (2007)	52	3 853
Apotheken (2007)	11	462
Handwerksbetriebe (2007)	466	14 160
Kriminalität (2006)		
Straftaten insgesamt	7 204	236 547
je 1000 der Bevölkerung	147	137
Gewaltdelikte	345	8 978
je 1000 der Bevölkerung	7	5
Diebstahlsdelikte	2 795	108 846
je 1000 der Bevölkerung	57	63
Bürgerschaftswahl 2004		
Wahlbeteiligung in %	58,0	68,7
Anteil an den gültigen Stimmen in %		
CDU	43,0 ^{*)}	47,2
SPD	35,5 ^{*)}	30,5
GRÜNE/GAL	6,1 ^{*)}	12,3

(Quelle: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, 2007)

Tabelle 3: Ergänzende Daten (Jeweils Stadtteil Wilhelmsburg und Hamburg)

Erwerbsfähige Hilfsbedürftige (EHB)absolut 2006	Anteil der EHB an der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren in % 2006	Nichterwerbsfähige Hilfsbedürftige (NEHB) absolut 2006	Jüngere Arbeitslose nach SGB II (Hartz IV) 2006	Jüngere Arbeitslose nach SGB II (Hartz IV) in % der 15- bis u. 25- Jährigen 2006
8 352 147 296	25,5 10,1	4 170 55 278	294 5367	4,5 (Stadtteil) 2,2 (Hamburg)
Schulabbrecher je Stadtteil 2005- 2006 männlich gemäß Schulstandort in% aller Schulentlassenen im Stadtteil	Schulabbrecher je Stadtteil 2005-2006 männlich absolut	Schulabbrecher je Stadtteil 2005-2006 weiblich gemäß Schulstandort in% aller Schulentlassenen im Stadtteil	Schulabbrecher je Stadtteil 2005-2006 weiblich absolut	Summe ohne Abschluss Jg. 2005/2006
23,1 15,86	77 1026	17,9 14,75	46 783	123 (Stadtteil) 1809 (Hamburg)
Mittelwert ohne Schulabschluss 2005/2006	Kinder mit besonderem Sprachförderbedarf 2006	Anteil ALGI und ALG II an der Gesamtbevölkerung 2006		
20,5 15,41	144 1526	39,9 (Stadtteil) 16,8 (Hamburg)		

(Quelle: GAL Bürgerschaftsfraktion 2008- eigene Darstellung)

5.3. Zusammenfassung und Kritik

Insgesamt muss festgestellt werden, dass für Hamburg eine differenziertere Analyse mit weiteren Parametern auf der Basis der Stadtteile erforderlich ist. So müssten Dimensionen wie z.B. die gesundheitliche Lage ebenfalls Berücksichtigung finden. Die *Behörde für Soziales und Familie* hat dies im kürzlich vorgestellten Lebenslagenbericht nicht geleistet, sondern hat sich mit der Aufschlüsselung eines Teils der hier analysierten Parameter auf Bezirksebene beschränkt.

Im Vordergrund dieses Kapitels stand jedoch ohnedies, die institutionalisierten Kriterien, anhand derer ein Stadtteil ob seiner sozialen Strukturbedingungen als *sanierungsbedürftig* klassifiziert wird, erst einmal zu überprüfen, um daran anschließend eine Aussage über die quantitative Dimension des Stadtteils formulieren zu können.

Es konnte herausgestellt werden, dass Wilhelmsburg gemessen an dem Stadtdurchschnitt über äußerst niedrige Merkmale sozialer Standards verfügt (Tabelle 1-3). Sowohl die Quote der Sozialhilfebezieher und Arbeitslosen als auch der Anteil an Nicht-Deutschen Bewohnern in Verbindung mit dem hohen Anteil der „Kinder mit besonderem Sprachförderbedarf“, außerdem der eklatant hohe Wert der *Schulabbrecher* machen dieses deutlich. Insofern sind die Bestimmungsfaktoren, die ein Quartier gemessen an der Ressourcenausstattung seiner Bewohner als sozialstrukturell prekär klassifizieren, in Wilhelmsburg anzutreffen.

Rekurrierend auf das Sozialraummodell Bourdieus kann die quantitative Dimension, also das Kapitalvolumen des Stadtteils, das den Umfang des Bestandes der verschiedenen Kapitalsorten²² (ökonomisches, kulturelles und soziales Kapital) angibt, als unterdurchschnittlich eruiert werden. Im Sinne Bourdieus wäre Wilhelmsburg ein Ort mit einer hohen Konzentration negativ stigmatisierender Eigenschaften.

6. Wilhelmsburg im Kontext des Leitbildes „Hamburg-wachsende Stadt“

Bevor an dieser Stelle die Rolle Wilhelmsburgs in der Leitbildstrategie des Hamburger Senats in den Blick genommen wird, sollen zuvor die Ziele und Handlungsfelder derselben herausgestellt werden, um diese schließlich in Verbindung zu bringen mit den Fragen: Wer partizipiert an dem Aufwertungsprozessprozess? Wer soll beteiligt werden und wer wird ggf. ausgeschlossen? In diesem Zusammenhang wird dem Gliederungspunkt 6.3 besondere Beachtung zuteil, da die IBA den städtebaulichen Aufwertungsprozess in Wilhelmsburg maßgeblich durchführt und folglich die Instanz ist, die in Form von Beteiligungsprozessen an die Bürger adressiert. An wen sie adressiert, soll im Folgenden herausgearbeitet werden.

6.1. Die Ziele und Handlungsfelder der Leitbildstrategie

Mit dem Leitbild *"Metropole Hamburg - Wachsende Stadt"* (Drucksache 2002/0672) formuliert der Hamburger Senat ein Stadtkonzept, das Hamburg nach Manier des

²² Durch die Qualität der herangezogenen Daten kann lediglich eine Aussage zu den ökonomischen und kulturellen Kapitalien getroffen werden. Das Ausmaß des sozialen Kapitals konnte über das Datenmaterial nicht erfasst werden. In der Regel ist es aber so, wie in Kapitel 3.2 ausgeführt, dass soziale Netzwerke vorhanden sind, diese aber je nach sozialer Lage gewinnbringend oder restriktiv wirken.

Metropolenkonzeptes in den Olymp der wachsenden und pulsierenden Metropolen mit internationaler Ausstrahlung heben soll.

Das Leitbild verfolgt eine qualitative Wachstumsstrategie, in der verschiedene Handlungsfelder festgeschrieben sind. Primäre Zielvorstellung ist, die Metropolregion Hamburg²³ regional, national und international auszubauen, wobei insbesondere das Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum zu überdurchschnittlicher Größe gedeihen soll (Freier Landesrat für Stadtteilkultur: 2003: 1)

Nach Aussage des Oberbaudirektors der Hamburger Behörde Jörn Walter (Walter: 2003: 10-12) verdankt sich das Konzept der wachsenden Stadt zwei treibenden Faktoren: Zum einen ist es der durch die Globalisierung begründete Zwang, sich in einer immer internationaler werdenden Welt zu positionieren und zum andern – aus der demographischen Entwicklung im Allgemeinen resultierend- die Problematik der *schrumpfenden Städte*.

In der „*Fortschreibung des Leitbildes: Metropole Hamburg – Wachsende Stadt; I. Leitbildstrategie*“ (2003: 24) werden vier vorrangige Ziele formuliert:

1. *Hamburgs Funktion als Metropole weiter ausbauen und seine internationale Attraktivität stärken.*
2. *Überdurchschnittliches Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum fördern.*
3. *Die Einwohnerzahl Hamburgs erhöhen durch Reduzierung der Umlandabwanderung, Förderung von Familien und Zuwanderung qualifizierter, kreativer Arbeitskräfte aus dem In- und Ausland.*
4. *Die Lebensqualität und die Zukunft der Stadt sichern.*

„*Nachfolgende Generationen müssen in die Lage versetzt werden, Hamburgs herausgehobene Stellung in Deutschland und der Welt weiter zu entwickeln.*“ (ebd.)

Die Schwerpunkte dieser Leitbildstrategie umfassen folgende Handlungsfelder:

1. *Erhöhung der Verfügbarkeit von Wohnbau- und Gewerbeflächen, Verbesserung des Flächenmanagements und Förderung des Wohnangebots*
2. *Förderung des Wirtschafts- und Beschäftigungswachstums: Kompetenz-Cluster mit internationaler Ausstrahlung; Potenziale der Ostseeregion, Mittelstandsförderung und Arbeitsmarktpolitik*
3. *Stärkung des Bildungs- und Wissenschaftsstandortes und des Know-how-Transfers*
4. *Steigerung der internationalen Attraktivität*²⁴

²³ Die Metropolregion Hamburg umfasst rund vier Millionen Einwohner auf einer Fläche von ca. 19.000 qkm. Neben der Hansestadt Hamburg umfasst der Regionen-Verbund weitere acht Landkreise im Nordosten Niedersachsens sowie sechs Kreise in Schleswig Holstein.

²⁴ Dieser vierte Punkt der Leitbild-Handlungsfelder ist für die Stadtentwicklung in Wilhelmsburg wegweisend

5. *Stärkung der Metropolregion Hamburg*
6. *Familienförderung und Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien*
7. *Zukunftsfähigkeit und Wachsende Stadt*
8. *Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur und des Mobilitätsmanagements.*

Dieses Leitbild der Metropole Hamburg ist zweifellos ein Leitbild, das die *Starken* der Gesellschaft, die *Gewinner* der ökonomischen Transformation anspricht; zum einen sind es die jungen gutverdienenden Familienhaushalte und zum anderen die qualifizierten Zuwanderer.

„Die Strategie der wachsenden Stadt konzentriert sich auf die hochqualifizierten Köpfe, die Unternehmen, in denen sie arbeiten wollen und sollen sowie deren Anforderungen an den städtischen Raum.“ (Alisch: 2004: 71)

Die Praxis der sozialraumorientierten Programmatik setzt ihre Prioritäten augenscheinlich in einer Dimension, welche die Bedeutung sozialräumlicher Ungleichheit und Ausgrenzung außer Acht lässt. Somit steigt die Gefahr, dass benachteiligte Stadtgebiete aus dem Blick der Stadtpolitik Hamburgs geraten. Mit den sechs Leitprojekten²⁵

1. *Sprung über die Elbe*
2. *Sportstadt Hamburg*
3. *Metropole des Wissens*
4. *Welcome to Hamburg*
5. *Kulturmetropole Hamburg*
6. *Internationales Marketing*

sind die für die Hansestadt strategischen Zukunftsfelder formuliert. Das Untersuchungsfeld der vorliegenden Arbeit beschränkt sich auf den *Sprung über die Elbe*, da hier konkret die Stadtentwicklungsziele der Senatsbehörde für Wilhelmsburg formuliert sind.

6.2. Der „Sprung über die Elbe“

Die Rolle Wilhelmsburgs in der Hamburger Leitbildstrategie zeigt sich neben den sechs Leitprojekten auch unter Punkt vier der formulierten Handlungsfelder: *Steigerung der internationalen Attraktivität*. Das sozialschwache Quartier Wilhelmsburg soll sich nach sozialer und architektonischer *Restauration* neben renommierten Großprojekten, wie z.B. der *HafenCity*, dem neugestalteten *Jungfernstieg*, der *Europa-Passage*, dem *Domplatz* und den

²⁵ Nähere Informationen finden sich unter: <http://www.wachsende-stadt.hamburg.de/grafikversion/projekte/leitprojekte/>

Landungsbrücken einreihen (Freie und Hansestadt Hamburg Staatliche Pressestelle: 2003: 10). Verwirklicht werden soll das Großprojekt mit dem „*Sprung über die Elbe*“.

Schon mit dem Projekt *HafenCity* realisierte die Hansestadt nach eigener Aussage (ebd.: 75) „[...] *jeines der größten Stadtentwicklungsprozesse Europas* [...]“. Nun soll mit dem Sprung nach Süden über die Elbe das als *Ghetto* stigmatisierte Wilhelmsburg zu dem bedeutsamsten Entwicklungsprojekt des Harburger Binnenhafens werden, indem die Süderelbe überbrückt wird und somit an den Hamburger Stadtkern angebunden wird. Ein erster Grundstein wurde bereits in formaler Hinsicht gelegt. So gehört Wilhelmsburg seit dem 01. März 2008 nicht mehr zum Bezirk Harburg, sondern zum Bezirk Hamburg-Mitte.

Die Lage zwischen Hafen, Industrie, Verkehrsstraßen und Elbe isoliert die *Elbinsel* bislang noch von der Innenstadt. Die Angliederung an die nördliche Seite Hamburgs soll jedoch schon in den nächsten fünf Jahren (bis 2013) mit Hilfe von diversen Projekten der Internationalen Bau- und Gartenausstellung (IBA und IGS)²⁶ bis 2013 realisiert werden. (Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt: 2006: 6ff).

Über die angepeilten Profiteure des Aufwertungsprozess gibt die CDU- Bürgerschaftsfraktion in ihrem Rathausmagazin (01/2006) *unverblümt* Aufschluss:

„[...] *In Wilhelmsburg und auf der Veddel wird künftig statt zusätzlicher Wohnungen für Inhaber von „Dringlichkeits- und §-5-Scheinen“ die Wohnungsvergabe an sozial stabile Familien ohne Migrationshintergrund besonders gefördert.*“

6.3. Die Internationale Bauausstellung (IBA)

Der Verwaltungsrat der Deutschen Bundesgartenschau GmbH hat am 8. April 2003 entschieden, dass im Jahre 2013 auf den *Elbinseln* Wilhelmsburg und Veddel eine Gartenschau mit internationaler Beteiligung durchgeführt werden soll. Neben dem Ziel, mit besonders nachhaltigen positiven Effekten neue Grünräume und Grünverbindungen für Wohnen, Freizeit und Gewerbe nutzbar zu machen, soll die Internationale Gartenschau (IGS) als Schlüsselprojekt für das Leitbild Metropole *Hamburg- Wachsende Stadt* wesentliche wirtschaftliche und soziale Impulse für die Entwicklung der *sozialen Brennpunkte* Wilhelmsburg und Veddel geben. Noch im gleichen Jahr wurde die Behörde für Bau und Verkehr beauftragt, eine Konzeption einschließlich eines Finanzierungsplans für eine Internationale Bauausstellung (IBA) der Senatskommission für Stadtentwicklung bis zum IV. Quartal 2003 vorzulegen. Nun sollte also zeitgleich mit der IGS eine Internationale Bauausstellung stattfinden (Freie und Hansestadt Hamburg Staatliche Pressestelle: 2003: 74).

²⁶ Die IGS wird im weiteren Verlauf dieser Arbeit vernachlässigt. Der geplante Aufwertungsprozess wird primär von der IBA durchgeführt, dazu: www.iba-hamburg.de

Die Hamburger Bürgerschaft hat sich im Dezember 2005 dafür ausgesprochen, im Jahre 2013 eine Internationale Bauausstellung auf den *Elbinseln* durchzuführen (Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt: 2006: 5).

Die Internationale Bauausstellung Hamburg wird von der *IBA Hamburg GmbH* durchgeführt und ist eine 100-prozentige Tochter der Stadt Hamburg.

Die operative Struktur der IBA Hamburg wird von Experten, die im Kuratorium versammelt sind, ergänzt.²⁷ Im Dezember 2005 wurde der Rahmen für die im Jahre 2013 stattfindende Internationale Bauausstellung gesteckt. Das Ziel ist klar an der Leitbildstrategie orientiert. So stehen bauliche Projekte mit den Prädikaten *beispielhaft*, *vorbildlich*, *besonders* und *herausragend* auf dem Plan (ebd.).²⁸ Neben den visionär anmutenden Bauvorhaben sind aber auch kleinere Konzepte geplant; eine

„[...] Vielzahl von kleineren Projekten [...], die für das tägliche Handeln der Bewohner von Bedeutung sind. Dazu gehört die Weiterentwicklung und Ergänzung der Bildungseinrichtungen, Projekte zur Förderung der kulturellen Vielfalt und zur Förderung des Engagements der Bürgerinnen und Bürger [...]“ (ebd.)

Auf der Webseite der IBA²⁹ wird unter dem Reiter „Mission“ der planerische Rahmen des Projektes Elbinsel vorgestellt. Drei Leitfragen geben in diesem Zusammenhang Auskunft über Ziele und Pläne:

Unter der ersten Frage „Was zeigt die IBA?“ wird die selbsternannte Metropole Hamburg als *„[...] Schnittpunkt zwischen internationalen Kulturen und globalen Warenströmen, als Ort der Freiheit, der Möglichkeiten, aber auch der Gegensätze und Spannungen.“* konstituiert. Eigens formuliertes Ziel ist es, in einer zwar ökonomisch erfolgreichen aber kulturell verschiedenen Metropole, den Spagat zwischen „Druck der Globalisierung“ und Erhaltung von Traditionen zu vollziehen, um so ein „neues Zukunftsbild der Metropole“ zu schaffen.

„Wie lässt sich das Auseinanderfallen der Stadtgesellschaft verhindern[...]? Die Bruchstellen sind wertvoll; an den sozialen und kulturellen Grenzorten entsteht das Neue oft zuerst. Hier müssen Brücken geschlagen werden, müssen neue Verbindungen gesucht werden – hier helfen die alten Rezepte selten weiter.“

In der zweiten Leitfrage „Wo zeigt's die IBA?“ wird die Elbinsel als „die andere Seite der Metropole“ beschrieben. Besonders die Hamburger Elbinseln (Wilhelmsburg und Veddel) seien die „Baustellen“, der „Kontrast“ der Metropole. Die

²⁷ Die personelle Besetzung unter: http://www.iba-hamburg.de/2007/seiteninhalte/iba_hamburg/iba_hamburg.php

²⁸ Auf die einzelnen Projekte kann in diesem Beitrag nicht eingegangen werden, da sonst der inhaltliche und formale Rahmen gesprengt würde. Es ist aber ohnedies nicht primär relevant für die erkenntnisleitende Fragestellung dieser Arbeit, die ja nach den Teilhabechancen der in dem Quartier lebenden Menschen an den Entwicklungsprozessen ihres Stadtteiles fragt. Informationen zu den Projekten auf: http://www.iba-hamburg.de/2007/seiteninhalte/orte_und_projekte/uebersichtskarte.php

²⁹ (<http://www.iba-hamburg.de/2007/seiteninhalte/mission/rahmen.php>)

„[...] Elbinsel Wilhelmsburg, die Veddel und der Harburger Binnenhafen [sind, e. A.] beispielhaft für die andere Seite der Metropole, eine Art 'innerer Stadtrand' – ein Raum, in dem die Spannungen und Chancen der Globalisierung stärker als anderswo aufeinander treffen.“

Angeichts der beschriebenen Konfliktpotentiale sieht die IBA ihre *missionarische* Rolle darin, mit architektonischen Entwürfen, die auf dem Reißbrett beginnen und sich auf den *Freiflächen* Wilhelmsburgs verwirklichen, „[...] *Lösungen für die großen gesellschaftlichen Fragen unserer Zeit* [...]“ zu konzipieren. „*Die Möglichkeiten und Probleme*“ des aufzuwertenden Quartiers seien in Wahrheit „[...] *die Labore der Zukunft – für die ganze Gesellschaft.*“

„Die IBA Hamburg stellt sich diesen Fragen und entwirft neue Räume für die Freiheit und Möglichkeiten der Metropole. Räume, die dazu beitragen, dass die Gegensätze und Spannungen der Stadtgesellschaft ihre Reibungskraft positiv entfalten – so dass die Metropole weiter der Ort der Innovation bleibt.“

Die Verwendung des Terminus *Labor* (lat. Labor: *Mühe, Last, Arbeit*) macht deutlich, dass die Gedankenexperimente zu den Entwicklungen des Stadtteils paradigmatisch von vermeintlich *kompetenten* Experten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft durchgeführt werden. Die direkt Betroffenen, also die Bewohner des Stadtteils, sind Untersuchungsobjekt; ihr Stadtteil wird von 2007 bis 2013³⁰ vom Lebensraum zum Labor klassifiziert. Nicht ihnen obliegt die Definitionsmacht darüber, was in ihrem Stadtteil als *Potentiale* und *Aufgaben der Zukunft* konstituiert wird, sondern den Experten, den *Laboranten*, die ihr Wissen von außen nach innen tragen.

„*Wie zeigt's die IBA?*“ Unter diesem Punkt wird zuerst auf die Tradition der IBA hingewiesen, die seit 1901 stattfindet und nun das siebte Mal in Deutschland und das erste Mal in Hamburg eröffnet wird.

„Wie die meisten früheren Bauausstellungen ist auch die IBA Hamburg weit mehr als eine Ausstellung im klassischen Sinne. Es werden beispielhafte Lösungen für die drängenden Probleme der Städte gezeigt – für städtebauliche Probleme, wie auch für Fragen der städtischen Ökonomie und der Stadtgesellschaft.“

In diesem Sinne sollen die Ergebnisse der IBA weit über die gebaute Architektur hinaus gehen. So ginge es primär darum, „[...] *neue Wege des sozialen und kulturellen Miteinanders in der Stadt* [...]“ zu gehen.

Das Thema „*Kosmopolis*“ ist eines der drei Leitthemen der IBA, das auf der soziokulturellen Ebene zeigt „[...] *welchen Gewinn die internationale Stadtgesellschaft – die Kosmopolis – für eine Metropole bedeutet.*“ Auf der Ebene der Stadtgestaltung drückt sich das Bestreben in

³⁰ Diese Zeitspanne umfasst den Aktionszeitraum der IBA/IGS, der dann 2013 mit einer 6 monatigen Ausstellung endet.

dem Leitthema „*Metrozonen*“ aus, das für die Verbindung zwischen den inneren Stadträndern und dem Stadtkern steht. Mit dem dritten Themenschwerpunkt „*Stadt im Klimawandel*“ soll dem Klimaaspekt in den Bauvorhaben Ausdruck verliehen werden.

6.3.1. Bürgerbeteiligungsgremium der IBA und IGS

Die *IBA- Hamburg GmbH* hat sich die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger des Stadtteils ganz oben auf die Fahnen geschrieben.

So hat die IBA gemeinsam mit der IGS ein eigenes Gremium für die Bürgerbeteiligung installiert. Das Beteiligungsgremium speist sich personell aus 24 Bürgern und sieben Politikern aus dem IBA-Präsentationsgebiet.

Das „*aktive Begleiten*“ (so der Wortlaut der IBA)³¹ soll den Planungs- und Realisierungsprozess von IBA und IGS 2013 ergänzen.

„*So ist sichergestellt, dass die Entwürfe für die Zukunft der Metropole auf der Erfahrung und dem Wissen der Bewohner vor Ort aufbauen.*“ (http://www.iba-hamburg.org/de/02_gemeinsam/3_beteiligung/beteiligung_gremium.php)

Die *Erfahrung* und das *Wissen* der Bürger im Bezug auf ihren Stadtteil werden also vorausgesetzt. Insofern ist ein Mindestmaß an persönlichen Ressourcen, an Fähigkeiten Bedingung von Beteiligung. Das Bürgergremium soll nach Aussage der IBA dem gegenseitigen Austausch von Informationen „*[...]aller am gesamten Prozess Beteiligten [...]*“ dienen. Aber wer sind die am Prozess Beteiligten? Nur diejenigen, die sich von den IBA-Initiativen wie Hauswurfsendungen, Plakate, Internetauftritt, Bürgerdialog etc. angesprochen fühlen oder alle im Stadtteil lebenden Menschen, die Betroffenen also auch, die sich aus verschiedenen Gründen nicht beteiligen möchten oder können?

„*Das Wissen und die Erfahrung der Bürger und Bürgerinnen sollen zur Meinungsbildung in allen relevanten Fragen und Entscheidungen der beiden Großveranstaltungen beitragen.*“ (ebd.)

Laut dieses Statements scheint dem Bürger die Macht zuteil zu werden, an der Meinungsbildung maßgeblich beizutragen, was jedoch wieder unter der Prämisse von Wissen und Erfahrung zugestanden wird. Der Bürger muss also über bestimmtes Wissen verfügen, um an der Meinungsbildung mitzuwirken. Welchen Wert haben Meinungen in einem Stadtentwicklungsprozess, bei dem es *Top down* im Sinne der Leitbildstrategie *Hamburg-Wachsende Stadt* um die Realisierung von längst beschlossenen Zielen geht (Kap. 6.1.)? Wenn es darum geht, durch die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger die Projektideen

³¹ http://www.iba-hamburg.org/de/02_gemeinsam/3_beteiligung/beteiligung_gremium.php

der IBA in die Bahnen „*öffentlichkeitsfähiger Meinungen*“ (Habermas: 1990: 316) zu lotsen, dann haben sie einen enormen Wert, jedenfalls für die IBA, da sie ihre planerischen Zielsetzungen legitimieren.

Ist das Partizipation mit der Möglichkeit von Intervention oder lediglich die Legitimierung bereits durchgeplanter Projekte, was der wirtschaftsliberalen Auffassung im Bezug auf die Funktion demokratischer Willensbildung in nichts nachstehen würde.³²

Da das zwar öffentlich zugängliche Bürgerbeteiligungsgremium der IBA auf 25 Bürgerinnen und Bürger begrenzt ist, wird zusätzlich zweimal im Jahr von der IBA zu einem Bürgerdialog aufgerufen, über dessen Stattfinden mit Hauswurfsendungen, Plakaten etc. informiert wird.

6.3.2. Der Bürgerdialog der IBA und IGS

Mit dem Slogan „*Stadt im Dialog*“ ist das Kapitel Bürgerdialog auf der Web-Seite der IBA überschrieben (http://www.iba-hamburg.org/de/02_gemeinsam/2_dialog/dialog_stadtindialog.php).

„Dabei sollen mit einem komplexen Instrumentarium möglichst viele Kräfte und Interessen einbezogen werden. Denn ohne Kommunikation, Dialog und Beteiligungsmöglichkeiten für alle könnte die IBA ihre Ziele nicht umsetzen.“ (ebd.)

Jeder scheint aufgerufen zu sein, die Beteiligungsmöglichkeiten zu nutzen. So waren auf dem gut besuchten zweiten Bürgerdialog am 05. März diesen Jahres im Bürgerhaus Wilhelmsburg sogar vier Dolmetscher eingeladen, die sich um die türkischen, russischen, französischen und portugiesischen Migranten des Stadtteils als Übersetzungsinstanz kümmern sollten. Nur leider fehlten die entsprechenden Betroffenen (Bürgerdialog 2008)³³. Es scheint also Barrieren zu geben, die einen Teil der Betroffenen dazu veranlasst, derartige Beteiligungsmöglichkeiten auszuschlagen, und dieser Teil ist angesichts der Bewohnerzahlen in Wilhelmsburg sehr groß. Rund 250 Bürgerinnen und Bürger waren der Einladung der IBA und IGS gefolgt, wobei hier freilich die Expertinnen und Experten (interessierte Intellektuelle, am Prozess funktional Beteiligte wie Stiftungen, Kirche, Unternehmen etc.), die einen erheblichen Teil der Besucher ausmachen, zahlenmäßig enthalten sind.

Die IBA formuliert das Zusammenspiel von Beteiligungsgremium und Bürgerdialog, was den Umfang des Beteiligungsangebotes ausmacht, folgendermaßen:

„Ein Beteiligungsgremium von Bürgern und Politikern aus dem IBA-Präsentationsgebiet gewährleistet die Teilhabe der Betroffenen am IBA-Prozess. Ein intensiver Bürgerdialog von Seiten der IBA sorgt darüber hinaus für ein Höchstmaß an Transparenz gegenüber der Bevölkerung.“

³² Dazu exemplarisch Habermas (1999)

³³ Es wurde ein Transkript von dem Bürgerdialog angefertigt, das im Anhang dieser Arbeit beigelegt ist.

Daraus lässt sich schließen, dass einzig das Beteiligungsgremium die Teilhabe von den Betroffenen am IBA-Prozess gewährleisten soll. Der Umfang der Betroffenen reduziert sich nach dieser Aussage auf 25 Bürgerinnen und Bürger, die es in dieses Gremium geschafft haben. Es scheint sich außerdem bei der Funktion des Bürgerdialogs nicht, wie anzunehmen wäre, um die partizipative Einbeziehung der Betroffenen in den Stadtentwicklungsprozess zu handeln, sondern um eine reine Informationsveranstaltung.

In dem folgenden Zitat wird **Bürgerdialog** dann wieder zusammengebracht mit **Beteiligung** und **gemeinsamer Strategieentwicklung**:

„Die Beteiligung von Bürgern an der Stadtentwicklung ist heute längst eine Selbstverständlichkeit geworden. Auch die IBA Hamburg baut auf einen breiten Dialog mit den Bewohnern des Hamburger Südens, um gemeinsam nach Strategien für die Stadtentwicklung im 21. Jahrhundert zu suchen.“
(<http://www.iba-hamburg.de/2007/seiteninhalte/buergerdialog/willkommen.php>)

Obwohl seitens der IBA die Partizipation der ansässigen Bevölkerung als Schlüsselinstrument für die Realisierung der Projekte dargestellt wird, stellt sie lediglich einen minimalen Handlungsspielraum zur Verfügung, oder sollte man sagen, sie beschneidet präventiv die eigentlich vorhandenen Interventionsmöglichkeiten der Betroffenen, indem sie unter dem Deckmantel der Beteiligung mit dem Ziel der Legitimation in Form von Großveranstaltungen über ihre bereits auf Senatsebene beschlossenen Projekte informiert?

7. Schlussbetrachtung

Rekurrierend auf die Eingangsfragestellung, die nach den Bedingungen der Möglichkeit von Partizipation fragt, lässt sich am Beispiel Hamburg-Wilhelmsburg zeigen, dass einerseits die im Zuge der IBA/IGS bereitgestellten Beteiligungskonzepte primär einer Legitimitätsstrategie folgen und somit Partizipation als Möglichkeit von politischer Intervention eher konterkarieren als dass sie sie befördern. Desweiteren wird die Verknüpfung von Beteiligungsoptionen mit einem bestimmten Maß an *Kapitalien* (Bourdieu: 1987), *Ressourcen* oder *Fähigkeiten* (Sen: 2000) deutlich, über jene die Betroffenen verfügen müssen, um aktiv zumindest an den eingerichteten Beteiligungsverfahren teilnehmen und teilhaben zu können.

Die in Kapitel fünf ausgewählten Strukturdaten geben Aufschluss über die soziale Situation des Untersuchungsquartiers. Laut der ausgesuchten Erhebungen handelt es sich im Vergleich zu der Gesamtstadt um einen Stadtteil mit geringen sozialen Standards. Dieser Aussage kann durchaus zugestimmt werden. Die Daten lassen jedoch, wie in Kapitel 5.3 ausgeführt, keine differenzierte Auswertung zu. Gerade im Hinblick auf die geplante

Stadtteilsanierung im Rahmen der IBA sollte das Interesse der Beteiligten doch darin liegen, die Heterogenitäten, die Potentiale eines Stadtteils herauszufinden, um gemeinsam mit den Bewohnerinnen und Bewohnern das Quartier neu zu gestalten, damit es nicht nur attraktiver wird für die Leute von außen, die den *Sprung über die Elbe* wagen sollen, sondern auch für die Wilhelmsburger selbst, so dass sie nachhaltig an dem gesellschaftlichen Leben in ihrem Stadtteil partizipieren können.

Das Bürgerbeteiligungsprogramm der IBA setzt einzig auf die Bewohnerinnen und Bewohner, die bereits über jene erforderlichen Kompetenzen verfügen. Es beteiligen sich folglich diejenigen, die bereits auf eine langjährige Beteiligungserfahrung zurückblicken können. Vielmehr sollte aber nach den Gründen für die Nicht-Beteiligung gesucht werden, um daran anschließend mit entsprechenden Befähigungskonzepten, wie sie beispielsweise im Bund-Länder-Programm *Soziale Stadt* entwickelt wurden, die betroffenen Gruppen zu aktivieren. In diesem Programm

wurde die Planung und Realisierung von Raumentwicklung durch instrumentell-strategische Handlungsfelder (Ressourcenbündelung, Quartiermanagement, Aktivierung und Beteiligung. Integrierte Entwicklungs- bzw. Handlungskonzepte, Evaluierung und Monitoring) gestützt.

Bei der Realisierung der entsprechenden Maßnahmen und Projekte ging es in allen Handlungsfeldern vornehmlich darum, die unterschiedlichen Lebensrealitäten und Interessen von Frauen und Männern zu berücksichtigen ([www.sozialestadt.de /programm](http://www.sozialestadt.de/programm)).

Im 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (2005: 182f) wird noch einmal deutlich, dass die Chancen, politische Entscheidungsprozesse mitzugestalten sowie sich am kulturellen und gesellschaftlichen Leben beteiligen zu können, nicht mehr *nur* in Zusammenhang stehen mit Faktoren wie Bildung³⁴ und sozioökonomischem Status, sondern auch mit der Überwindung von Armut. Und gerade auf den *Elbinseln*, das zeigen die Zahlen, herrscht in großem Maße Armut.

Der Armutsbegriff wird in dem genannten Bericht von der materiellen um eine *nicht-materielle* Dimension erweitert, worunter die Ausgrenzung von politischem, kulturellem und gesellschaftlichem Leben gefasst wird. In welchem Umfang Menschen die gesellschaftlichen Verhältnisse in ihrer Umgebung mit beeinflussen können, hängt in diesem Verständnis einerseits von ihrer Gestaltungsfähigkeit der Lebensführung ab und beeinflusst andererseits ihre Teilhabe- und Verwirklichungschancen (ebd. 192). Freilich ist der Stadtteil Hamburg-Wilhelmsburg kein homogener Stadtteil, der auf seine niedrigen sozialen Standards zu

³⁴ Die IBA reduziert ihren Teilhabe- und Integrationsdiskurs auf den Aspekt der Bildung. Mit der sogenannten *Bildungsoffensive Elbinseln* sollen die Vielfalt und Heterogenität Wilhelmsburgs gewahrt werden (http://www.iba-hamburg.org/de/01_entwuerfe/6_projekte/projekte_querschnitt_bildungsoffensive.php), was zudem nicht den Anschein eines angestrebten *Miteinanders* vermittelt, sondern eher die *Freiheit* der einzelnen Kulturen im *Nebeneinander* wahren soll.

reduzieren ist. Die Potentiale des Quartiers liegen gerade in der Pluralität von Nationalitäten und Kulturen sowie in dem überdurchschnittlichen Anteil der jungen Bevölkerung (Tabelle 1-3). Dass hier viele Menschen unterschiedlichster Herkunft in einem Stadtteil leben, sollte als Chance für Integration begriffen werden und nicht maßgeblich für die Bezeichnung „*Problem-Quartier*“ sein. Um die Möglichkeiten für Integration und damit für Partizipation auszuschöpfen und zu erweitern, bedarf es jedoch abgestimmter *Bottom-up*-Konzepte, die den Bewohnerinnen und Bewohnern einen *Diskursraum*³⁵ zur Verfügung stellen, in dem sie miteinander und nicht nebeneinander ihre Bedarfe *aushandeln*³⁶ können.

In Anlehnung an Bourdieus Raum- und Kapitaltheorie ist davon auszugehen, dass auch jener *Diskursraum* kein herrschaftsfreier Ort sein kann und somit wieder durch eine bestimmte Kapitalstruktur gekennzeichnet sein wird. Und genau hier gilt es anzusetzen. Bevor ein gemeinsamer Ort des Handelns konstruiert werden kann, müssen die unterschiedlichen Bedarfe der Betroffenen erhoben werden, um daran anschließend nach den Verwirklichungschancen, den *Capabilities* zu fragen.

Der Begriff der Verwirklichungschancen oder auch *Capability* genannt geht auf Amartya Sen (1999) zurück. Nach ihm sind die *Capabilities* in Analogie zu einem Handlungsspielraum zu verstehen, der für die jeweils individuelle Lebensführung zur Disposition steht. Die objektive Basis dieses Handlungsspielraums sind die jeweils vorhanden Ressourcen, die in etwa zu vergleichen sind mit dem ökonomischen und kulturellen Kapital in der Bourdieuschen Terminologie. Die Ressourcen an sich sagen nach Sen noch nichts über den erreichbaren Lebensstandard aus, da sie die Verschiedenheit der Menschen nicht berücksichtigen. Auch hier eine Parallele zu Bourdieu, der beispielsweise in seiner Studie „*Die feinen Unterschiede*“ (1987) ähnlich wie Sen die objektiven Ressourcen in Bezug zu den Eigenschaften der Menschen setzt, die mit ihnen ausgestattet sind. Die Ressourcen respektive Kapitalien bilden trotz ihrer differenten Begriffserwägung sowohl bei Sen als auch bei Bourdieu die Voraussetzung, bestimmte Funktionen³⁷ verwirklichen zu können.

Das herausragende an Sens *Capability*-Ansatz ist, dass er zur Bewertung der Menge an vorhandenen Verwirklichungschancen einer Lebenssituation die je individuellen Präferenzen des jeweiligen Menschen zu Grunde legt (bottom-up) anstatt sie top-down festzulegen. Die Auswahl der Funktionen, die für die Bewertung der *Capabilities* als relevant eingeschätzt werden, sind nach Sen durch einen sozialen Prozess gekennzeichnet, welcher der

³⁵ Der vorgeschlagene *Diskursraum* ist als theoretisches Konstrukt zu verstehen; dieses jedoch verknüpft mit dem Anspruch, sich im physischen Raum niederzuschlagen.

³⁶ Der Begriff des „Aushandelns“ ist an den Handlungsbegriff von Hannah Arendt (2005) orientiert, nach der der Inbegriff von Politik (angelehnt an die griech. Polis) die Freiheit zu handeln ist

³⁷ Unter Funktionen versteht Sen Tätigkeiten, Zustände und Fähigkeiten (Leßmann: 2006: 35). In der Bourdieuschen Terminologie wären sie grob zu vergleichen mit dem Raum der Lebensstile.

öffentlichen Diskussion eines demokratischen Verständnisses sowie demokratischer Anerkennung bedürfe (Sen: 1999; 2000). Die daraus folgende schwierige Aufgabe, die jeweils *relevanten* Präferenzen³⁸ für die Analyse auszuwählen wird schließlich an der jeweiligen Fragestellung orientiert sein.

In diesem Verständnis ist Partizipation bereits in zweifacher Weise im Analyseraster Sens enthalten: Zum einen dient Partizipation als Instrumentarium für die Auswahl relevanter Dimensionen und zum anderen schreibt er Partizipation einen intrinsischen Wert zu, indem er die Verwirklichungschancen einer Person durch ihre Wahlfreiheit beeinflusst sieht (ebd.).

Im konkreten Fall der Stadtentwicklungsprozesse in Hamburg-Wilhelmsburg könnte die Methodologie Sens als handlungsleitendes Modell für die Befähigung, für das *empowern* der *nicht-teilnehmenden* Bewohnerinnen und Bewohner bemüht werden, um sie in den Stadtentwicklungsprozess einzubinden.

Empowerment³⁹ im Kontext des Capability-Konzeptes hieße vor allem, durch die *Einbeziehung des Anderen*⁴⁰ die Bedarfe der Menschen zu respektieren und anzuerkennen, die auf keine Beteiligungserfahrung zurückblicken können und die aufgrund eines Mangels an Verwirklichungschancen von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen sind.

Danach ist mit dem Ziel von Emanzipation und Freiheit⁴¹ unter Empowerment nach Sen (2000) und Nussbaum (1999) in erster Linie, die Befähigung zur Demokratie zu verstehen (Lambrecht: 2008: 2), womit in einer individualisierten Gesellschaft für das einzelne Subjekt das Moment eines sozialen Kollektivs zurückgewonnen werden könnte. Freilich ist die Konstituierung einer kollektiven Identität im Zuge einer sich mehr und mehr individualisierenden Gesellschaft keine einfache Angelegenheit. Aber gerade deswegen ist es umso wichtiger, die verbleibenden Handlungsspielräume heraus zu schälen, um mit einem demokratischen Empowerment-Konzept, die Bedingungen der Möglichkeit von Partizipation mit der Perspektive eines Bottom-up-Konzeptes in die Hände der befähigten, emanzipierten Bürgerinnen und Bürger zu legen.

³⁸ Unter Präferenzen ist die Bewertung der eigenen Lebenssituation zu verstehen.

³⁹ Wichtig ist festzuhalten, dass Empowerment in diesem Beitrag nicht verstanden wird als individuelle Anforderung an den Einzelnen, wie es beispielsweise unter dem Slogan „*Fordern und fördern!*“ von der Rot/Grünen- Regierung 2004 in den Hartz IV-Gesetzen festgelegt wurde.

⁴⁰ Unter den *Anderen* sind all` die Menschen zu fassen, die aufgrund verschiedenster Lebensumstände im *Außerhalb* stehen. Im konkreten Untersuchungsstadtteil wären darunter die „Nicht-Teilnehmenden“ zu fassen, diejenigen, die nicht partizipieren.

⁴¹ Freiheit als Sinn alles Politischen (Hannah Arendt: 2005)

Literaturverzeichnis:

- Alisch, M.: Wachsende Stadt und soziale Stadt, in: Altrock, U./ D. Schubert: Wachsende Stadt. Leitbild- Utopie- Vision?, S. 67-76, Wiesbaden 2004
- Altrock, U./ D. Schubert: Wachsende Stadt. Leitbild. Utopie. Vision?, Wiesbaden 2004
- Arendt, H.: Vom Leben des Geistes, München/Zürich 1998
- Arendt, H.: Was ist Politik, München 2005
- Bahrdt, H.-P.: Die moderne Großstadt. Soziologische Überlegungen zum Städtebau, Opladen 1998
- Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt: *Stadtmodell Hamburg*, Hamburg 2006
- Benhabib, S.: Kulturelle Vielfalt und demokratische Gleichheit. Politische Partizipation im Zeitalter der Globalisierung, Frankfurt/M. 1999
- Benjamin, Walter: Gesammelte Schriften, Bd. 1/2,
- Berger, P. L./ T. Luckmann: *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit*, Frankfurt/M. 2003
- Boeckh, J.: Partizipation- Was ist das eigentlich? In: Sozialpolitische Bilanz 2007. Partizipation. Beteiligung von Menschen mit Armutserfahrungen, Berlin 2007
- Bourdieu, P. : *Entwurf einer Theorie der Praxis auf der ethnologischen Grundlage der kabyliischen Gesellschaft*, Frankfurt a.M. 1979
- Bourdieu, P. et al.: *Das Elend der Welt-* Studienausgabe, Konstanz 2005
- Bourdieu, P.: *Die feinen Unterschiede*, Frankfurt/M . 1987
- Bourdieu, P.: *Ökonomisches, kulturelles Kapital, soziales Kapital*, in: Kreckel, R. (Hg.): Soziale Welt- Sonderband. Soziale Ungleichheiten, Göttingen 1983
- Bourdieu, P.: *Physischer, sozialer und angeeigneter Raum*, in: Wentz, M. (Hrsg.): Stadt-Räume. Die Zukunft des Städtischen. Frankfurter Beiträge, Bd. 2, Frankfurt am Main/New York 1991
- Bourdieu, P.: *Rede und Antwort*, Frankfurt/M. 1992
- Bourdieu, P.: Sozialer Raum und 'Klassen'. Leçon sur la leçon, Frankfurt/M. 1985
- Bourdieu, P.: *Sozialer Sinn*, Frankfurt/M. 1987b
- Bürgerdialog IBA/IGS: Transskript einer teilnehmenden Beobachtung, Hamburg-Wilhelmsburg 2008 (im Anhang dieser Arbeit)

- Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg: *Metropole Hamburg – Wachsende Stadt*-Drucksache 2002/0672, Hamburg 2002
- Buse, M. J./Nelles, W.: *Formen und Bedingungen der Partizipation im politisch/administrativen Bereich*. S. 41-106. In: v. Alemann., U. (Hrsg.): *Partizipation-Demokratisierung-Mitbestimmung. Problemstand und Literatur in Politik, Wirtschaft, Bildung und Wissenschaft. Eine Einführung*, Opladen 1975
- Dangschat, J.: *Modernisierte Stadt- gespaltene Gesellschaft. Ursachen von Armut und sozialer Ausgrenzung*, Opladen 1999
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: *Armut und Reichtum*, Berlin 2006
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: *Armut und Reichtum. Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung 75. Jahrgang, Heft 1/2006*, Berlin 2006
- Freie und Hansestadt Hamburg Staatliche Pressestelle: *Fortschreibung des Leitbildes: Metropole Hamburg - Wachsende Stadt*, Hamburg 2003
- GAL- Bürgerschaftsfraktion: *Die soziale Spaltung Hamburgs*, Hamburg 2008, unter: <http://www.galfraktion.de/cms/presse/dok/215/215601.html#download>, abgerufen am: 25.03.2008
- Gerhard, V.: *Partizipation. Das Prinzip von Politik*, München 2007
- Glass, R.: *Aspects of change*, in: Centre for Urban Studies, London 1964
- Göhler, G./R. Speth: *Symbolische Macht. Zur institutionentheoretischen Bedeutung von Pierre Bourdieu*, in: R. Blänkner/B. Jussen (Hrsg.): *Institution und Ereignis. Über historische Praktiken und Vorstellungen gesellschaftlichen Ordners*, Göttingen 1998
- Habermas, J.: *Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie*, Frankfurt/M. 1999
- Habermas, J.: *Strukturwandel der Öffentlichkeit*, Frankfurt/M. 1990
- Hamburger Abendblatt: *Hoher Ausländer-Anteil - weniger Schulabschlüsse?* Unter: <http://www.abendblatt.de/daten/2004/01/08/248985.html?prx=1>, abgerufen am 25.03.2008
- Häußermann, H./ M. Kronauer/ W. Siebel: *An den Rändern der Städte*, Frankfurt,M. 2004
- Häußermann, H.: Die Krise der „sozialen Stadt“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 10-11, S. 13-12, Hamburg, 2000
- Heinrichs, J.: *Logik des Sozialen. Woraus Gesellschaft entsteht*, Bonn 2005
- Heitmeyer, W.: *Was treibt die Gesellschaft auseinander? Bundesrepublik Deutschland: Auf dem Weg von der Konsens- zur Konfliktgesellschaft, Band I*, Frankfurt/M. 1997

- Hellweg, U.: Metropole: Reflexionen. Interview mit Bettina Kiehn, S. 172-173, Hamburg 2007
- Lambrecht, L.: About the need and importance of empowerment to strengthen democracy and the civil society, in: C. Henning/K. Renblad (Ed.), Empowering Methods for a Democratic Dialogue, Jönköping 2008 (in Vorbereitung).
- Landesrat für Stadtteilkultur: Dokumentation des 4. Hamburger Ratschlag Stadtteilkultur, Hamburg 2003
- Leßmann, O: Lebenslagen und Verwirklichungschancen (capability)- Verschiedene Wurzeln, ähnliche Konzepte, in: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: Armut und Reichtum. Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung 75. Jahrgang, Heft 1/2006, Berlin 2006
- Menzel, J.: Der „Sprung über die Elbe“ im Rahmen einer nachhaltigen Entwicklung, in: Zukunftsrat Hamburg, Hamburg 2004, unter: www.zukunftsrat.de, abgerufen am 24.03.2008
- Naßmacher, H.: Politikwissenschaft, München/Oldenburg 2004
- Neugebauer, G.: Politische Milieus in Deutschland. Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2007
- Pressemitteilung GAL unter: http://www.gal-fraktion.de/cms/presse/dok/216/216581.cdusozialpolitik_zuruecklehnen_und_abwar.html, abgerufen am 25.03.2008
- Reimann, B.: Perspektiven der Stadtgesellschaft: Partizipation, Integration und Ausgrenzung, in: Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.): Zukunft von Stadt und Region. Band I: Integration und Ausgrenzung in der Stadtgesellschaft- Beiträge zum Forschungsverbund „Stadt 2030“, S. 279-303, Wiesbaden, 2005
- Rolf, J.R.: *Urbane Globalisierung*, Wiesbaden 2006
- Schubert, K. /M. Klein: Das Politiklexikon, Bonn 2006
- Schulz, C.: Ausgegrenzt und Abgefunden. Innenansichten der Armut. Eine empirische Studie, Hamburg 2007
- Sen, A.: *Commodities and Capabilities*, Oxford 1999
- Sen, A.: *Ökonomie für den Menschen. Wege zur Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft*, München/Wien 2000.
- Senat der Freien und Hansestadt Hamburg/ Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein: Monitor Wachsende Stadt Bericht 2007, Hamburg 2007

- Soziale Stadt- Bundestransferstelle: Bund-Länder-Programm Soziale Stadt, unter: <http://www.sozialestadt.de/programm/>, abgerufen, am 24.03.2008
- Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein: *Hamburger Stadtteil-Profile 2007*, Hamburg 2008, unter: <http://www.statistik-nord.de/index.php?id=516>, abgerufen am 25.03.2008
- Walter, J.: Metropole Hamburg – Leitbild einer Wachsenden Stadt, in: Landesrat für Stadtteilkultur: Dokumentation des 4. Hamburger Ratschlag Stadtteilkultur, Hamburg 2003
- Zukunftskonferenz Wilhelmsburg: *Wilhelmsburg – Insel im Fluss – Brücken in die Zukunft Weissbuch. Bericht der Arbeitsgruppen: Mai 2001 bis Januar 2002*, Hamburg 2002, unter: http://www.pure-stuff.de/_Forum_Wilhelmsburg/weissbuch/main.htm, abgerufen am 20.03.2008

Anhang: Bürgerdialog der IBA/IGS am 05. März 2008-08-24

Eine Teilnehmende Beobachtung (Audioaufzeichnung)

transkribiert von Semra Dogan

Moderatorin: Ja, vielleicht die letzten Gäste, die sich noch dort hinten befinden, möchte ich Sie auch bitten, sich noch einen freien Platz zu suchen. Ja, und damit möchte ich Sie auch schon ganz herzlich begrüßen. Guten Abend sehr verehrte Damen und Herren, sehr verehrte Podiumsgäste, liebe Wilhelmsburgerinnen und Wilhelmsburger. Ich begrüße Sie ganz herzlich zum Zweiten Bürgerdialog der internationalen Gartenschau und internationalen Bauausstellung MITDENKEN, MITREDEN, MITGESTALTEN. Mein Name ist Petra Bäuerle, und ich freue mich, Sie heute durch diesen Abend begleiten zu dürfen. Dieser zweite Bürgerdialog begründet schon so etwas, wie eine kleine Tradition. Er soll auch in Zukunft jedes Jahr zweimal stattfinden. Und vielleicht haben einige von Ihnen ja bereits den ersten Bürgerdialog besucht? Der hat im März letzten Jahres stattgefunden, und dort haben Ihnen die beiden Gesellschaften in ihrem Auftaktjahr, in ihrer Tätigkeit hier auf den Inseln, ihre Vorhaben für den Wirkungszeitraum 2007 bis 2013 präsentiert. Das war zum einen die internationale Gartenschau mit dem Volkspark neuen Typs, der hier in der geographischen Mitte Wilhelmsburg seine Pforten im Jahr 2013 öffnen soll, und die Internationale Bauausstellung mit ihren städtebaulichen klima- und bildungspolitischen Vorhaben, die hier an verschiedenen Orten der Inseln modellhafte Lösungen für die Entwicklungen der Metropole des 21. Jahrhunderts erproben will. War das also das Ziel des ersten Bürgerdialogs, also Vorhaben zu präsentieren, so geht es heute darum, sie zu konkretisieren, und zwar mit Ihnen, d.h., Ihre Anregung, Ihre Ideen, Ihre Meinung sind heute gefragt, genauso aber Ihre Kritik und Ihre Befürchtung. Es soll ein lebendiger, ein offener Dialog werden. Alles darf gesagt werden, es gibt keine Tabu-Themen, keine Denkverbote; gerade auch, ich sag `mal diese struppigen Meinungen und Ideen haben ja meistens sehr viel Kraft. Und insofern, beide Gesellschaften wünschen sich diesen offenen Dialog. Sie möchten das kreative und kritische Potential für das ja die Wilhelmsburgerinnen und Wilhelmsburger bekannt und berühmt sind, für den Entwicklungsprozess der Projekte nutzen, damit sie am Ende mit einem breiten Konsens auch umgesetzt werden können, denn, wenn Sie so wollen, was nützt ein Volkspark neuen Typs ohne Volk.

Und was nützen visionäre Plätze und Bauten, die am Ende kein Mensch beleben mag? Insofern, also hier die große Ermutigung: Reden Sie mit! Denken Sie mit! Gestalten Sie heute mit! Vom Ablauf sieht es so aus, dass wir zunächst starten mit zwei 20 minütigen Powerpoint-Präsentationen, die Ihnen den aktuellen Planungsstand von IGS und IBA geben. Danach haben wir eine Stunde Zeit, von 19-20 Uhr, in thematisch gebundenen Arbeitsgruppen zu verschiedenen Aspekten dieser Vorhaben zu diskutieren. Wir machen danach dann eine viertel Stunde Pause bis 20.15 Uhr. Kommen dann wieder hier im Plenum zusammen, tragen kurz die Arbeitsgruppenergebnisse vor und haben dann nochmal die Möglichkeit, all' die Meinungen einzusammeln, die in den Arbeitsgruppen noch nicht gesagt werden konnten. Und um 21 Uhr soll dann die Veranstaltung geschlossen werden. Wir haben auch für die nicht-deutsch-sprachigen Bürger Dolmetscher, haben die Veranstalter engagiert, und die wollte ich jetzt ganz kurz bitten, hier zu mir auf das Podium zu kommen. Namentlich für die türkisch sprachigen Bürger Herr Ötzgür, für die französischen Frau Marie Antoine, für die russisch-sprachigen Holger Glasnost und für die portugiesischen Barbara Messbar. Alle vier können natürlich nicht in allen Arbeitsgruppen sein, aber stehen zur Verfügung für die Menschen, die sich dann in den Arbeitsgruppen efinden und dort einer Übersetzung bedürfen. Und dann wollte ich Sie bitten, sich kurz in Ihren Landessprachen vorzustellen. 00:06:25-0

(Die vier Übersetzer stellen sich kurz vor) 00:07:31-5

Moderatorin: Ganz herzlichen Dank. Ja, und damit kommen wir eigentlich auch schon zum ersten Programmpunkt, den 20- minütigen Powerpoint-Präsentationen zum aktuellen Planungsstand IBA und IGS, und dazu möchte ich Ihnen die beiden Vortragenden vorstellen. Sie sind beide in Personalunion gleichberechtigte Geschäftsführer, sowohl der internationalen Gartenschau als auch der Internationalen Bauausstellung, aber ich denke, dass ihre klingenden Namen schon ein Stück weit die fachliche Zuständigkeit verraten und möglicherweise auch das Programm, für das sie stehen. Ich freue mich sehr, Ihnen vorstellen zu dürfen ganz außen den Geschäftsführer der internationalen Gartenschau Herrn Heiner Baumgarten und den Geschäftsführer der Internationalen Bauausstellung Herrn Uli Hellweg. Und wir möchten starten mit Herrn Baumgarten und mit seiner Präsentation der Vorhaben der IGS. 00:08:43-2

(Die Präsentation IGS beginnt) 00:31:14-9

Moderatorin: Herzlichen Dank Herr Baumgarten. Und damit hat auch schon Herr Hellweg das Wort. 00:31:25-9

Herr Hellweg, Geschäftsführer der IBA: Ja, vielen Dank, Frau Bäuerle. Meine Damen und Herren, jetzt kriegen Sie nochmal 'nen Input, und dann haben Sie, glaube ich, wirklich genug Stoff zum diskutieren gleich. (Beamer-Probleme halten die Präsentation auf) So, ich fang` aber schon mal an. Die Internationale Bauausstellung, die IBA, meine Damen und Herren, hat ja im vergangenen Jahr eine Reihe von Veranstaltungen, auch schon einzelne Projekte, einzelne Themen vorgestellt. Es ist auch jetzt in diesem Rahmen gar nicht möglich, alle 25 Projekte im Detail vorzustellen. Vielleicht kann man ja auch auf das eine oder andere Projekt auch nochmal nachher in der Diskussion etwas genauer eingehen. deswegen möchte ich mich eigentlich auf so `n paar Projekte, von denen ich glaube, dass sie vielleicht besonders, auf besonders viel Interesse stoßen, hier etwas genauer eingehen. In diesem Plan, nur mal als Überblick, sind mit den ganzen farbigen Punkten diese Projekte alle mal dargestellt. Wie gesagt, die Projekte, die wir jetzt im Detail gar nicht durchgehen können. Sie können sehen, sie gehen im Grunde über die ganze Insel, wobei der grüne Osten etwas draußen vorbleibt. Ich denke, dass ist auch mit, mit Recht so, weil dort woll'n wir natürlich nicht bauen, und dort soll der Landschaftsraum natürlich auch weiter erhalten bleiben. Auch im Bereich des öffentlichen Wilhelmsburgs, wo wir gerade in einem sehr interessanten Verfahren sind bei den Kirchdörfer Wiesen, die ja auch eines dieser großen umstrittenen Projekte, wo wir immer gesagt haben, hier sind wir absolut ergebnisoffen. Hier wollen wir nur etwas realisieren, wenn es wirklich innovativ ist, wenn es wirklich etwas Neues darstellt. Die IBA ist kein Bauträger, der auf jeden, um jeden Preis bauen muss, sondern wir wollen zukunftsweisende Projekte realisieren. Ob das eines werden wird, werden wir sehen. die letzten Gutachten laufen noch, und ich denke, dieses Verfahren schließen wir im April dann auch ab. Der Schwerpunkt der Projekte liegt, das sehen Sie einfach auch anhand der Verdichtung der Punkte in der Wilhelmsburger Mitte. Und das, glaube ich, ist auch noch mal ein ganz wichtiger Aspekt für den Sprung über die Elbe. Wir haben nach gut über einem Jahr

Beschäftigung mit Wilhelmsburg sind wir bei der IBA eigentlich zu dem Ergebnis gekommen, dass der Sprung über die Elbe nicht an den Rändern stattfindet in Wilhelmsburg, sondern in der Mitte stattfinden muss. Dazu komme ich später noch mal. Warum? Weil wir in der Mitte Wilhelmsburgs die gute Infrastruktur haben. Hier haben wir die S-Bahn, hier haben wir die Geschäfte, hier haben wir das Einkaufszentrum, hier haben wir die Schulen und die Kindergärten. Alles das müssten wir an den Rändern erst künstlich schaffen. Und im Übrigen sind die Ränder, vor allem natürlich auch der östliche Rand, eigentlich auch das ganz große Potential von Wilhelmsburg, nämlich dieser wunderbare Mannschaftsraum, und diesen Landschaftsraum wollen wir nicht gefährden. Sie wissen möglicherweise, dass wir drei Themenschwerpunkte mit dieser IBA verfolgen. Vielleicht lassen Sie mich noch mal einen Satz sagen zu, zur Internationalen Bauausstellung.

Internationale Bauausstellungen haben ja in Deutschland eine Tradition seit 1901. Hamburg ist Gastgeber der siebten internationalen Bauausstellung seit 1901. Und bei jeder IBA ist es eigentlich immer wichtig, dass Sie auf der einen Seite, sich auf die konkreten Probleme vor Ort bezieht, auf der andern Seite aber auch beispielhafte Lösungen bringt, die für andere Städte für eine internationale Öffentlichkeit auch von Bedeutung und von Interesse sind. Sonst wäre es keine internationale Bauausstellung. Und diesen Spagat muss man eben immer hinbekommen in einer Bauausstellung. Man darf nicht wie so 'n Ufo einfliegen in eine Stadt und sagen "Hallo, wir sind die internationale Bauausstellung. Auf der andern Seite kann man sich aber nicht nur mit lokalen Themen beschäftigen, sondern muss auch Themen in den Vordergrund rücken, die eben international auf, von Bedeutung sind. Und ein solches Thema von diesen Dreien, die wir hier eigentlich in Wilhelmsburg sehen, ist das Thema der internationalen Stadtgesellschaft. Herr Baumgarten hat das vorhin schon angeschnitten, dass die IGS das in einer gewissen Weise thematisiert, im landschaftsplanerischen Sinne. Und wir tun dies eben im baulichen Sinne, im städtebaulichen und architektonischen Sinne. Und dies vor allem in zwei Bereichen, nämlich einmal im Bereich der Bildung, und einmal im Bereich des Wohnens- und des Wohnumfeldes. Deswegen will ich Ihnen von den fünf Projekten, die wir gegenwärtig hier in der Bearbeitung haben, auch nur zwei kurz vorstellen. Nämlich als erstes die Bildungsoffensive mit den fünf Bildungswerften oder den fünf IBA-Werften. Diese IBA-Offensive ist ein Schlüssel der internationalen Stadtgesellschaft, weil nur über die Bildung die Teilhabe am Gemeinwesen stattfindet. Das weiß man

so abstrakt, aber wenn man es dann konkret belegt bekommt, ist es immer wieder sehr sehr eindrucksvoll. Dass es tatsächlich so ist, dass die Menschen über die Bildung sich mit ihrem, mit ihrer Gesellschaft, mit ihrem Gemeinwesen, mit ihrem Stadtteil beschäftigen. Es gibt hier von vielen, vielen Initiativen, viele Vertreterinnen und Vertreter dieser Initiativen sehe ich hier im Publikum, über 20 an der Zahl. Es sind eine Reihe von Projektvorschlägen in den letzten Jahren entwickelt worden, im letzten Jahr konkretisiert worden. Und 5 sogenannte IBA-Werften sind jetzt auf dem Weg, die ich aber gar nicht im Detail hier darstellen kann wegen der Zeit. Aber, nochmal, ein ganz wichtiges Projekt, um hier tatsächlich auch dieses Ziel einer Nicht-Parallelgesellschaftsstruktur, sondern einer wirklich identitätsstiftenden, internationalen Gesellschaft, Stadtgesellschaft zu erreichen. Das zweite große Themenfeld in diesem Bereich ist das Wohnen, ich hatte es erwähnt. Auch hier haben wir, denke ich, ein sehr interessantes Projekt mit der SAGA/GWG im letzten Jahr entwickelt, nämlich das Weltquartier im Reiherstieg viertel 850 Wohneinheiten der SAGA/GWG. Hier leben mehr als 31 Nationen. Im letzten Jahr hat es hier einen sehr breiten Beteiligungsprozess gegeben, der auch durchaus unkonventionelle Wege ging. Es wurde nicht gesagt: Kommt zu uns, wir erklären Euch, was los ist, sondern wir sind in die Wohnungen rein gegangen zu den Menschen. Das kann man bei 850 Haushalten noch mal machen. Das ist bei 20.000 dann schon etwas schwieriger, deswegen mussten wir Sie dann doch heute hier hin einladen. Der Sachstand ist, es gibt eben jetzt gewissermaßen einen, eine Auswertung dieser Planungswerkstatt und dieses Beteiligungsverfahrens. Und jetzt geht es konkret in eine Entwurfswerkstatt hinein. Dieser Prozess wird von internationalen Architekten im Moment ausgearbeitet. Und, was uns eben auch hier sehr wichtig ist, dass es verschiedene Punkte in diesem Prozess gibt, wo dann auch die Bewohnerinnen und Bewohner wieder zu Wort kommen. Und wir hoffen natürlich, dass es hier tatsächlich gelingt, diese Wohnungen und dieses Wohnumfeld so zu gestalten, dass die Menschen sich hier eben zu Hause fühlen und hier eine neue Heimat entwickeln. Das wäre eigentlich das Ziel. Nochmal zum Thema Bildung. Es gibt ein Flaggschiff, wenn man das mal so nennen darf oder ein Leuchtturmprojekt, kann man an der Stelle ruhig mal sagen, ansonsten sind wir sehr zurückhaltend mit dem Begriff Leuchtturmprojekte. Aber im Rahmen der Bildungsoffensive ist das Tor zur Welt sicherlich ein besonderes Projekt. Nicht nur, was den finanziellen Einsatz dort angeht, denn immerhin werden dort drei Schulen neu gebaut, sondern auch, was die

Inhalte angeht, denn hier soll wirklich eine Schule neuen Typs entstehen, die von morgens acht bis abends 22 Uhr aufhat. Nicht, dass Sie jetzt denken, die Kinder müssen nun jetzt da 14 Stunden lang lernen- so schlimm ist es jetzt nicht. Aber es ist ein Stadtteilzentrum, wo immer ein Angebot ist an die Eltern, an die Kinder, an die Mütter. Kunstangebote, Kultur, Sciencecenter, selbst ein Businesscenter, wo quasi wirtschaftliche Projekte realisiert werden. Alles das soll hier mit neuen pädagogischen Konzepten thematisiert werden. Und natürlich, wir sind ja auch eine Bauausstellung, und so soll hier natürlich auch ein neuer Schultypus entstehen. Ein kleines Projekt, was relativ weit gediehen ist, was ich hier aber nicht weiter erwähnen will, ist das Baugemeinschaftsprojekt openhouse am Reiherstieg, ungefähr 60 Wohneinheiten, die hier entstehen werden. Das erste Baugemeinschaftsprojekt in Wilhelmsburg. Ich Wechsel zum zweiten Themenschwerpunkt. Auch hier ganz kurz natürlich auch angesichts der Zeit. Statt im Klimawandel ein großes Thema, was Wilhelmsburg ja nicht nur seit heute beschäftigt, das wissen Sie. Ein Thema, was man hier auch mit besonderer Sensibilität angehen muss. Wir haben hier eine Reihe von Projekten, die wir in den nächsten beiden Tagen zur Diskussion stellen werden, nämlich auf dem IBA- Energielabor, wozu Sie überall die Plakate und Einladungen gesehen haben. Ich denke, hier liegen auch noch einige aus. Dort werden wir in diesen beiden Tagen, werden wir mit internationalen Fachleuten ein Energiekonzept diskutieren, das auf drei Säulen basiert, die wir hier modellhaft realisieren wollen in Wilhelmsburg. Die erste Säule ist: Wir wollen besonders energieeffiziente Projekte machen, d.h. wir wollen durch besondere Technologien, durch Verbundsysteme, durch Kraft-Wärme-Kopplung, durch besondere Technologien, die Energie extrem effizient nutzen. Das ist das, die eine Säule. Die zweite Säule ist: Wir wollen lokale Energieressourcen und regenerative Energieressourcen nutzen. Wir wollen keine großen Fernwärmenetze 00:42:18-8 [...]00:50:22-7 Und wir werden in diesem Jahr auch wieder, in kleinerem Umfang, muss ich ganz deutlich sagen, Kunst- und Kulturaktionen durchführen, und zwar speziell auch diejenigen, d.h. wir führen sie gar nicht durch, um das nochmal ganz deutlich zu sagen, sondern wir unterstützen die Veranstalter, die sich dort gebildet haben für diese Kulturaktion. Was wir aber auch machen wollen, wir wollen in diesem Jahr auch stärker in eine nachhaltige Förderung von Kunsträumen einsteigen, indem wir ein kleines Programm zur Atelierförderung aufstellen. So jetzt mach ich schluss. Ich glaube, Sie haben ohne Ende Stoff für die Arbeitsgruppen. Dankeschön, dass Sie so aufmerksam zugehört haben. 00:51:04-9

Moderatorin: (Arbeitsgruppen werden thematisch und organisatorisch vorgestellt)
[...] 00:54:45-8

Arbeitsgruppe: Thema: Wird Wilhelmsburg bezahlbar bleiben? 00:00:01-9

Moderatorin: [...] Was wichtig ist, das hat die Petra Bäuerle ja auch schon ganz am Anfang gesagt, es geht um Bürgerdialog und um all das, was im Stadtteil und darüber hinaus so an, an Ängsten und Befürchtungen, an Bedenken ist, das muss hier auf den Tisch, damit der Bürgerdialog funktionieren kann. Das denke ich mal, ist heute Abend das Wichtigste. Damit wir nicht, wie häufig in, bei diesem Thema, ja in, in diese Spekulationen uns, in Spekulationen uns verlier`n, fänd ich das sehr wichtig, wenn wir, wenn man, wenn's gelingt, die Diskussion so konkret wie möglich zu haben. Also, Apell an jeden, der hier mit diskutiert, um es konkret zu sagen, wenn hier über, über Angst vor Aufwertung und Befürchtungen, was Mietpreissteigerungen usw. anbelangt, ganz konkret sagen, worum es eigentlich geht. Also wenig Spekulation und möglichst so an den Fakten orientieren. Wir haben so 'n paar Leute, die uns sehr interessante Auskünfte zu diesen Entwicklungen geben können. Ja, Herr Loose sitzt da von der SAGA [...] 00:01:44-2 . Die Thesen, die Sie vorhin im Saal gesehen haben, zu den einzelnen Arbeitsgruppen, hier noch mal vorzustellen zu dem Thema und der Fragestellung dieser Arbeitsgruppe, und das wird Frau de Buhr von der IBA. Ich hab` vorweg so 'n paar kleine Schlaglichter, also, das, was, was man so, was man sehen kann im Stadtteil, was man so hört. So kleine, ja, kleine Schlaglichter aus der Situation. Da wäre z.B. Veringstraße-Mitte, in der Nähe von der Bushaltestelle, Wohnblock der SAGA, da stand vor, weiß ich nicht Monaten, ein, ein Hängeschild: EIGENTUMSWOHNUNG. Zweites Schlaglicht in der Fährstraße ein Wohnblock, ein Transparent, eine Fassade, da steht drauf: IBA VERSENKEN, WOHNRAUM VERSCHENKEN. Ein drittes Schlaglicht: ENDLICH LATTE MACHIATO IN WILHELMSBURG. Ein kleines, ein kleiner Werbezettel für eine CAFE- Neueröffnung, Reiherstieg viertel. Noch ein Schlaglicht: RIALTO KINO VOGELHÜTTENDEICH LEERSTAND SEIT UMGEFÄHR 1985. Das ist so, mal `nen bisschen so, so kleine Eindrücke, was tut sich, im, im Stadtteil. `N paar kleine Denkanstöße, vielleicht auch für Diskussionsanschlüsse bestimmt. Aber erstmal jetzt

Sabine de Buhr mit, mit den Thesen so prägnant und kurz wie möglich zu erläutern, dass wir dann Diskussionsstoff haben. 00:03:35-0

Mitarbeiterin der IBA: Ja, herzlich willkommen. Ich hab` mir das so gedacht. Ich, wir haben in der IBA uns mal Gedanken zu diesem Thema gemacht, und ich hab' mir überlegt, dass wir, dass ich die Themen heute vortrage und Sie auch mit Zahlen überholpern werde, weil es geht ja auch darum, dass man immer die Befürchtungen, die hier so durch den Stadtteil schweben, einfach auch mal Zahlen begründet oder nicht begründet. Und einfach auch mal so die Realität versucht abzubilden. Wir haben deswegen, den Markt beobachten wir ständig. Wir haben eine Immobilienmarktanalyse durchgeführt, um zu gucken wie verändert sich der Immobilienmarkt. Was war, was wird, und was könnte werden. Und wir haben darüber hinaus, haben wir jetzt auch fürs Reiherstieg viertel mal einen Marktmietenmonitor durchgeführt, um zu sehen, wie verändern sich die Mieten, angefangen von 2004 bis 2007 in Wilhelmsburg, Aber das werd` ich, das sind eigentlich, ist das Zahlenmaterial, was wir haben. Und darüber werde ich Ihnen heute so 'n bisschen berichten, damit dies Thema "Schöner, attraktiver, Aufwertung und Verdrängung" auch mal in bisschen auf Zahlen basiert wird und nicht immer nur als Befürchtung durch den Stadtteil wabert. These 1 ist also "Wilhelmsburg wird dichtgemarkert über IGS immer schöner attraktiver, lebenswerter. These, damit verbunden ist unsere Aussage aber auch durch die Maßnahmen der IBA, IGS wird Wilhelmsburg auch attraktiver für die Wilhelmsburger selbst. Es wird aber auch interessanter für neue Bewohner und neue Betriebe, die nach Wilhelmsburg kommen. Also, wie Sie wissen, wird mit den beiden Gesellschaften fließt unheimlich viel Geld nach Wilhelmsburg. Es werden, wird dann, also wie Peter Baumgarten gesagt hat, der neue Stadtpark gebaut, es werden bis 2013 ca. 1600 neue Wohnungen in Wilhelmsburg gebaut. es gibt die neuen Bildungseinrichtungen und die neuen Verkehrskonzepte, die Wilhelmsburg versuchen zu entlasten, d.h. das Leben für die Wilhelmsburger wird attraktiver, gleichzeitig wird es, ist auch das Ziel der IBA, dass es eben auch interessant wird für neue Menschen, die nach Wilhelmsburg ziehen sollen. Und ganz interessant ist dazu die Erkenntnis, Wilhelmsburg gehört zu den großen Einwohner-Gewinnern in Hamburg, also laut statistischem Landesamt ist in der Zeit von 1998-2005 die Einwohnerzahl in Wilhelmsburg um 2500 Menschen gestiegen. Das sind 6% und doppelt so stark

gestiegen, wie z.B. im Hamburger Vergleich. Also Wilhelmsburg ist attraktiv. Es kommen neue Menschen dazu. Woher kommen diese Menschen? Die Menschen kommen jetzt nicht aus den Stadtteilen nördlich der Elbe, sondern es sind Wanderungsgewinne, die überwiegend aus Fernwanderungen kommen, d.h., Menschen aus anderen Regionen Deutschlands kommen dazu und Menschen aus dem Ausland kommen nach Wilhelmsburg. Und wir wissen auch, dass der Anteil der Ausländer am Bevölkerungswachstum einen hohen, ein hoher Anteil darstellt und der andere, der Ausländeranteil heute liegt bei 34%. In Hamburg sind es 15%. Und er steigt proportional in Wilhelmsburg auch stärker an. Unsere zweite These ist "Aufwertung ist per se nicht schlecht." Das hängt mit der ersten zusammen. Das ist auch ein Wunsch der IBA/IGS, dass die Aufwertung, eine Aufwertung stattfindet, denn wenn wir dieses ganze Geld nach Wilhelmsburg, in Wilhelmsburg investieren, und das verpufft sozusagen, und Wilhelmsburger Eltern und Familien ziehen nachwievorn weg, dann kann man auch sagen, viel Geld ist investiert worden, und hat aber eigentlich zu keiner Steigerung der Lebensqualität geführt. Und unsere Aussage ist auch, dass man Aufwertung eben nicht nur allein auf steigende Mieten reduzieren darf, sondern eben auch verbinden muss mit diesen wünschenswerten Effekten, wie z.B. neue Infrastrukturanangeboten, sicherlich, neue Dienstleistungen kommen nach Wilhelmsburg. Und die Bildungslandschaft wird auch verbessert. These 3 ist ganz interessant, das ist ja auch heute angesprochen: "Trotz der Aufwertung bleibt Wilhelmsburg bezahlbar." Diese Auswertung der Zahlen hat ergeben, dass Wilhelmsburg ist günstig. Es bleibt günstig, aber es holt auf. Wilhelmsburger Mieten, die steigen leicht an, aber sie steigen in einem relativ niedrigem Niveau an. Die Angebote an Bestandswohnungen in Wilhelmsburg sind derzeit 2,50 Euro pro Quadratmeter günstiger als im Hamburger Durchschnitt. Seit 2005 steigen die Mieten in Wilhelmsburg, im Reiherstieg viertel leicht an. Im Hamburger Durchschnitt fallen sie etwas. Aber der Hamburger Durchschnitt liegt auch ganz oben, und von dort geht es `n bisschen runter. Ich sag` hier noch kurz von wo bis wo sie steigen. In Wilhelmsburg, also sie steigen seit 2005 um durchschnittlich von 5,39 Euro auf 5, 59 Euro. Im Reiherstieg steigen die Mieten oder sind die Mieten gestiegen von 5,29 Euro auf 5,39 Euro. Und in Hamburg fallen sie in, von 7, 73 auf 7,54 Euro. Also es gibt eine etwas unterschiedliche Bewegung, die sich nur in kleinen Tendenzen widerspiegelt, aber Wilhelmsburg ist günstig, bleibt günstig, aber es holt auf, und das ist der Prozess, der wahrscheinlich, der hat schon vor den, vor den, mit dem Sprung

der, über die Elbe angefangen, also schon vor, bevor die Gesellschaften hier Platz genommen haben, aber es ist eine Entwicklung, die sich schon abzeichnet.

Allerdings wird es, das ist auch eine These von uns, wird der Anstieg der Mieten nicht explosionsartig stattfinden. Das hängt allein damit zusammen, dass der Anteil der Sozialwohnungen sehr hoch ist in Wilhelmsburg. der liegt in Wilhelmsburg bei 44 % im Vergleich zu Hamburg, da liegt er bei 18 %. Und die Wohnungen, die aus der Bindung fallen, sind auch sehr viel geringer, als die z.B. im Vergleich zum Hamburger Durchschnitt. Zum Thema "Eigentum". Eigentum- wer hier Eigentum hat, das Eigentum bleibt im Vergleich zum Hamburger Durchschnitt günstig. Die Kaufpreise von Wohneigentum befinden sich in Wilhelmsburg bei derzeit 1200 Euro pro Quadratmeter und liegen damit 37 % unter dem Hamburger Durchschnitt. Und befinden sich noch am unteren Ende der gesamstädtischen Preisspannung. These 4: "Wilhelmsburg wird kein zweites Ottensen, St. Georg und kein Schanzenviertel." Das ist die These, die darauf abzielt, einmal zu verdeutlichen, dass Wilhelmsburg kein homogener Stadtteil ist. Es gibt total unterschiedliche Quartiere hier, die auch die unterschiedlichen Wohnbedürfnisse für die, für verschiedene Zielgruppen abdecken. Wilhelmsburg ist ca. 12 x so groß wie Ottensen insgesamt. Und das Quartier, was eher vergleichbar ist mit Ottensen und den andern, die schon den Prozess durchlaufen haben, ist eben das Reiherstieg viertel. Und das zeichnet sich auch schon bisschen ab, unterliegt einem gewissen Aufwertungsdruck, aber es wird aufgrund der Tatsache, dass es eben Verkehrslicht so, doch relativ schlecht angebunden ist an die Innenstadt und an die S-Bahn. Nicht diesen, nicht so attraktiv werden, wie z.B. Ottensen, das direkt am Altonaer Bahnhof liegt und die Baustruktur mitbringt und eigentlich auch einen guten, eine, eine gute Lage in der Stadt für junge Studenten, die dann dort sich nieder gelassen haben. Die 5. These "Verbesserung der Bildungsangebote verbessert den Wegzug der Familien." Das ist eben auch so mit der Aufwertung verbunden. Das wurde ja eben auch deutlich gemacht, ist eben auch die Bildungsinitiative, die ja dazu führt, die Familien, die Familien hier zu halten. Bislang war es eigentlich immer so, da haben wir auch auf die Zahlen gesehen, dass Wilhelmsburg immer so 'n Charakter einer Durchgangsstation hatte. Es ist von den Leuten, die zuziehen, ist es eigentlich 'ne Anlaufstelle für junge und neue Bewohner Wilhelmsburgs, die aber dann, also in der, im Alter von 15-29 Jahren, die nach der Familiengründung, wenn ihre Kinder schulpflichtig werden, den Stadtteil wieder verlassen. Und damit dann in dieser Zielgruppe auch negative Wanderung dann zu

Gunsten des andern Hamburgs stattfinden. Also mit der Bildungsoffensive wird versucht, diese, diese negativen Wanderungs- dieser Familien zu stoppen und auch zu sagen und klar zu geben, wir, auch mit Kindern könnt Ihr in Wilhelmsburg dort leben und Euern Kindern auch `ne gute Schulbildung zukommen lassen. These 6 am Ende heißt "Verdrängung- gegen Verdrängung kann man auch was tun." In der Vergangenheit wurde in Wilhelmsburg sehr wenig gebaut und auch sehr wenig verkauft. Also der Immobilienmarkt war, war jetzt, war, stagnier.., stagna, stagnierte etwas. Pro Jahr wurden im Schnitt nur 32 Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern gebaut und nur 55 Geschosswohnungen errichtet, d.h., es wurde, auch, es war, das Angebot wurde immer knapper, wenn man nochmal überlegt, dass immer mehr Menschen nach Wilhelmsburg ziehen. Und die Nachfrage steigt dann bei fast gleichbleibenden Wohnungsbeständen, erhöht eben auch den Nachfrage Druck auf den Mietenmarkt oder auch auf dem Wohnungsmarkt. Die Strategie der IBA ist es einfach mit diesen neuen Wohnungsangeboten auch diesen Nachfrage Druck zu nehmen. Und 1600 Wohnungen auch an unterschiedlichen Standorten in Wilhelmsburg zu bauen. Auch im Reiherstieg viertel werden neue Wohnungen gebaut, hier am IGS-Park, da werden, also überall in diesen unterschiedlichen Quartieren werden neue Wohnungsangebote für neue Zielgruppen nach Wilhelmsburg gebaut, damit eben der Druck auf den vorhandenen Wohnungsbestand auch `n bisschen nachlässt. Dankeschön. 00:14:29-2

Moderatorin: Ja, vielen Dank. Ich muss jetzt erst nochmal was Technisches fragen. Wir haben hier zwar Mikros, aber ich glaube es ist übertrieben, wenn wir die benutzen. Wie sehen Sie das? 00:14:46-8

(Publikum zustimmend) 00:14:46-8

Dann leg` ich sie weg. Dann machen wir`s so rum. Ich denk` auch, es ist besser. Ja, wenn man das alles so hört, fragt man sich ja, ist ja eigentlich alles in Ordnung. Was gibt`s denn da noch zu kritisieren? [...] und möchte Sie auffordern, dieser Frage mal nachzugehen. Also, was ist, was sind, worin bestehen ganz konkret die Befürchtungen, wie sich der Stadtteil verändert. Und ey, ja... 00:15:16-9

(Mann ca. 40, nicht-deutscher Herkunft unterbricht): Was ist das- ein...? 00:15:18-7

Moderatorin: ...Eben nur zu Ende reden... 00:15:21-2

Mann ca. 40, nicht-deutscher Herkunft: Ja... 00:15:22-0

Moderatorin: Und, und vielleicht diese beiden Punkte mal zu nennen. Das ist einmal die Frage: Wird Wilhelmsburg zu teuer? Und das andere ist die Frage nach dem Wert. Also was, was steckt eigentlich hinter diesem Wort Aufwertung, und was soll hier in wert gesetzt werden nach, nach Ihrer Ansicht? So jetzt hab`i ch Sie und hier warn auch schon zwei Mann. Bitte! 00:15:43-1

Mann ca. 40, nicht-deutscher Herkunft: Mein Name ist (...). Ich wollte wissen, was wird Wilhelmsburg in Zukunft? Ein Park oder ist ein Immobilienprojekt? Mehr Grün oder mehr Zement? 00:15:56-9

(kicherndes Raunen geht durch den Raum) 00:15:59-3

Moderatorin: Vielleicht muss man einfach den Experten fragen... 00:16:01-9

Mann ca. 40, nicht-deutscher Herkunft: Ja, weil, ich bin froh, es gibt ein Park, und jetzt ich höre, es kommen zu viel Gebäude, genau, wo wir grün haben. 00:16:16-2

Moderatorin: Sagen Sie mal `n Beispiel? 00:16:17-7

Mann ca. 40, nicht-deutscher Herkunft: Bitte? 00:16:17-7

Moderatorin: Sagen Sie ein Beispiel! Wo wir grün haben... 00:16:21-1

Mann ca. 40, nicht-deutscher Herkunft: Ich habe ja gerade gehört, dass wird gebaut, werden Gebäudes gemacht. ich weiß, jetzt haben wieder eine, eine, eine Fläche, eine grüne Fläche, das sind, entspricht, weiß ja nicht wie viel, aber in Zukunft: Es wird weniger mit diese Projekt oder mehr? Oder besser? Oder...? Das, das will ich wissen. 00:16:42-8

Moderatorin: Ja, also eh... 00:16:46-4

Mann ca. 40, nicht-deutscher Herkunft: ...Werden wir mehr Zement oder mehr Grün? 00:16:50-1

Mitarbeiterin der IBA: Beides, wir kriegen mehr Zement und kriegen aber auch ``nen schönen Park. 00:16:57-5

Mann ca. 40, nicht-deutscher Herkunft: Ja? 00:16:59-4

Mitarbeiterin der IBA: Ja. Und, wenn Sie Wilhelmsburg im Vergleich zu den anderen Hamburger Stadtteilen mal vergleichen, dann ist die Einwohnerdichte pro Quadratmeter viel viel geringer als in anderen Hamburger Stadtteilen. Also, Wilhelmsburg ist eine relativ dünn besiedelte, dünn bebaut. Also bis auf das Reiherstieg viertel, wo eigentlich eher so, wo`s so urbane Qualitäten hat. Dagegen Kirchdorf-Süd, da, aber, wenn Sie sich mal Wilhelmsburg im Ganzen angucken und den ganzen Wilhelmsburger Osten sehen, und dieser neue Park, der da entsteht, der liegt ja eigentlich nachwievor trotz IBA und trotz der Neubauwohnungen, die da entstehen, das Grüne an der Insel. 00:17:47-8

Moderatorin: Ich weiß jetzt nicht, wer jetzt zuerst war? 00:17:52-8

Mann, ca. 50, arbeitslos, deutsch: Wir haben ja in Wilhelmsburg sehr viele ALG II-Empfänger. Für die wird es, zumindest das Wohnen gar nicht mal so ein Problem sein, denn es hat sich ja eine Veränderung in der Verwaltungs-, im Verwaltungsverfahren getan, und zwar, früher gab es ja bei Mieten bestimmte Miethöhen, Mietobergrenzen, die nicht überschritten werden durften. Heute wird ja der Mietzuschuss gebunden einmal an die Fläche, an die Quadratmeterzahl aber auch an den Mietspiegel, d.h., wenn der Mietspiegel in Wilhelmsburg insgesamt steigt, denn wird auch mehr A-Geld, mehr an Miete bezahlt. Insofern dürfte an Verdrängung in dem Bereich gar nicht mehr so in dem Maße stattfinden. Wo ich allerdings große Befürchtungen habe, ist, nicht, dass ich hier nicht wohnen kann, sondern, dass ich mir das Leben hier nicht mehr leisten kann. Denn ich kann heute schon nicht am sozialen Leben so teilnehmen, wie ich`s gerne möchte, denn `n

Kaffee für 2,50 Euro kann ich mir definitiv nicht leisten. `n Becher Kaffee im Waldhaus für 80 Cent ja, aber nicht für 2,50. Und das nimmt immer mehr zu, auch in Wilhelmsburg. Wenn ich sehe, dass ein, ein Kaffee Latte 2 Euro oder so oder mehr kostet, dann sind das Grenzen, dann kann ich `s mir nur einmal im Monat leisten. Wenn ich höre, dass Discounter weggehen aus Wilhelmsburg z.B. Lidl, im Reiherstieg viertel Lidl, am Veringhof, das Haus ist baufällig, die sollen da weg. Frage, wo kommt, kommt da ein neuer Discounter hin und wo? Penny will so schnell wie möglich aus der Zeitnerstraße aus dem Gebäude raus, sobald es nur kann. Dann bleibt nur noch Aldi am Zoll. Etwas weiter weg. Für das ganze Reiherstieg viertel. Und man muss sich das mal überlegen. Also müssen auch für die Infrastruktur Möglichkeiten gefunden werden, damit auch in Wilhelmsburg nicht nur Wohnen, sondern auch leben kann, und zwar mit dem Geld, das ich bekomme. Und er zweite Punkt ist, was mir in Wilhelm..., auch im Rahmen IBA/IGS fehlt, das ist ein, wir haben eine Bildungsoffensive. Wir brauchen auch eine Beschäftigungsoffensive, denn, es ist zwar schön, wenn wir hier jetzt alle tolle Schulen haben, aber toll wäre es auch, wenn man in Wilhelmsburg arbeiten könnte. Und die Menschen, die mir tagtäglich begegnen, sind oftmals einfach arbeitslos. Und es nützt mir nichts, wenn ich Ingenieursberufe hier oder Ingenieursstellen bei, bei Airbus habe, denn die Menschen, die auf der Straße leben, sind keine Ingenieure. Das sind einfache Menschen, die aber hier in Wilhelmsburg früher als Hafenarbeiter im Hafen gearbeitet haben und heute arbeitslos sind. Oder in Logistikcentren früher `n Stabler gefahren sind und heute nichts mehr zu tun haben. Was soll mit den Menschen geschehen? Die sollten auch irgendwann wieder Arbeit finden. Also muss man ein Gesamtkonzept finden zwischen, dass ich hier leben- und arbeiten kann. Wohnen, da ist die ALG für, die schafft das. 00:21:03-1

Moderatorin: Ja, vielen Dank. Ich denk` wir sammeln nochmal `n bisschen mehr. 00:21:10-8

Mann, ca. 30, arbeitslos, deutsch: Ich hab` überlegt, also, warum, warum soll sich hier, warum soll diese Aufwertung, die sonst in andern Stadtteilen stattgefunden hat, hier nicht funktionieren? Funktionieren im Sinne von den Leuten, die Stadtentwicklung betreiben. Also warum soll es hier anders sein? Warum in Wilhelmsburg? Das, das leuchtet mir erstmal nicht ein. Also, das, was ich jetzt seit 7

Jahren gesehen hab`, ist `ne große Veränderung. Also ich wohn` seit 2001 hier im Reiherstieg viertel und sehe die, die Veränderung im Stadtbild, die äußeren Veränderungen, die erstmal zum Teil dann die Fassaden betreffend ist. Es sind erstmal nur die Fassaden, die dort verschönert werden. Und Gebäude, vielleicht auch kleine, kleine Anfänge von irgendwelchen Möglichkeiten der, von irgendwelchen Möglichkeiten als Arbeitsplätze überhaupt entstehen. Aber ja, das, das jetzt, dass das hier nicht passieren wird, das, das glaub` ich erstmal nicht. Also, ich sah` nur, dass einerseits der äußere Anschein so im Stadtbild von, vom Reiherstieg viertel speziell, weil das ja die Ecke ist, die nun `n bisschen mehr angesagt ist, sich verändert, aber gleichzeitig auch als Straße und, unter den Leuten, die wenig Einkommen haben, sich garnichts verändert, sondern, dass (...). Und ich glaube auch, wenn die Schulpolitik sich verändert, und die Bildungspolitik sich grundsätzlich verändert, warum soll sich das dann hier anders auswirken? Das frag` ich mich. 00:23:19-5

Frau, Mitte 30, Soziologin: Ich bin (...), wohne in der Fährstraße seit knapp 2 Jahren und bin also Teil dieses Aufwertungsprozesses wahrscheinlich, weil die Miete, die wir zahlen, höher ist, als die, die der Vermieter bezahlt hat. Ich würd` gern 2 Sachen sagen. Einmal was Formales und einmal was Inhaltliches. Hier wird zum Bürgerdialog aufgerufen, und wir sollen über das Thema Gentrifizierung, Aufwertung offen diskutieren. Dann fangen Sie hier an damit, Fakten auf den Tische zu legen, also vermeintliche Fakten, die eigentlich die gefühlte Bedrohung sozusagen erstmal von vorne herein neutralisieren sollen, ja? Also so, wir sagen jetzt mal, dass es gar nicht stimmt, dass hier Aufwertung passiert, dann wissen Sie von vorne herein Bescheid und müssen sich gar keine Sorgen mehr machen. So. Das finde ich so formal, vom, vom prozeduralen her `n bisschen problematisch, weil in dem Moment ist die Diskussion nicht mehr offen, auch wenn, Sie oder Du sich trotzdem noch trauen, die gefühlte Bedrohung oder die wahrgenommene Bedrohung zu äußern, auch ohne oder gegen die Fakten. Die Fakten finde ich nicht so harmlos. Sie haben ja gesagt, das klingt doch eigentlich erstmal alles ganz gut. Das find` ich nicht. Also, weil auch zwischen 2004 und 2007, es geht ja gerade erst los, ist schon `n Mietenanstieg festgestellt worden. Also es passiert- faktisch auch. Auch, wenn er nur moderat ist, und auch wenn er prognostiziert moderat bleibt, ist das `ne Prognose. Man weiß nicht, ob sich das exponentiell entwickelt oder ob das jetzt irgendwie

schön moderat weitergeht. Also, ne, Wilhelmsburg holt auf und, wie schnell das geht, kann man kaum sagen, weil die Offensive an Marketingkampagnen, an Bildern, die geschaffen werden, um das Image der Inseln aufzuwerten, ist ja massiv. Also, ich meine, da macht Scholz & Friends ja wirklich `nen hervorragenden Job. Da komm` wir jetzt schon zu dem Zweiten, was ich gerne sagen möchte, wo es dann ums inhaltliche geht. Die ganze Aufwertung ist ja gewünscht, also, ne? Das ist ja "wachsende Stadt- Metropole Hamburg- wachsende Stadt", das Leitbild kennen Sie wahrscheinlich oder vielleicht einige von Ihnen. Hamburg muss Flächen intensivieren. Da geht`s um Steuereinnahmen usw. um Leuchtturmprojekte. Und die IBA ist ja nun eins dieser Leuchtturmprojekte. Und, wenn man sich die, dieses Leitbild "wachsende Stadt" mal genauer anguckt und auch die IBA- Konventionen, finde ich, wird ganz deutlich, das hier Aufwertung gewünscht ist, so, und auch die Verdrängung durchaus gewünscht ist. Und da muss man sich halt noch fragen, irgendwie geht das überhaupt? Kann Gentrifizierung künstlich hervorgerufen werden? Das wär` noch `n letzter Punkt. Oder ist das von vornherein, also erstmal ist es, ist es im Sinne der Bürger? Klar, das ist, muss man sich überlegen und zweitens, kann es überhaupt funktionieren? Also ist `ne Gentrifizierung überhaupt künstlich herbeiführbar? Muss man dann sehn. Vielleicht geht´s sowieso in die Hose.

00:25:57-4

Moderatorin: Ja, vielen Dank für den Beitrag. Also jetzt kommen wir so rein in die Knackpunkte. (...) Vielleicht wäre es ganz gut, wenn man da schon mal `ne Verbindung hinkriegt. Oder auch, wo man jetzt schon mal aufeinander eingehen kann. 00:26:15-9

Mann, ca. 60, deutsch: Soll ich das mal machen? Erstmal bin ich Ihnen dankbar für Ihren Beitrag. Ich glaube nicht, dass Verdrängung gewünscht ist. Wenn man sich anguckt, dass es Zahlen gibt von 15.000 neuen Einwohnern für Wilhelmsburg, was `n Senatskonzept ist, bis zu 50.000 die, die Handelskammer möchte. Da würd`ich allerdings schlucken. Dann heißt das nicht, dass dadurch automatisch `ne Verdrängung stattfindet. Dass die Verbesserung von Bildungsangeboten den Wegzug von Familien verhindert, das kann man sich wirklich bei den ganzen Bemühungen, die in der Tat da sind, natürlich erst nur mittelfristig vorstellen. Das geht nicht so. Und das, was jetzt in der Bildungsoffensive stattfindet, das wird die

Bildungsinhalte und die ganzen Bildungsprozesse, wenn das funktioniert, wie
 angedacht, ziemlich verändern. Das, da bin ich schon von überzeugt. Und das findet
 in der Diskussion, in der Intensität der verschiedenen Bildungseinrichtungen,
 Sozialeinrichtungen, findet zurzeit in keinem Stadtteil so intensiv statt, wie in
 Wilhelmsburg. Das heißt nicht, dass sie schnelle Ergebnisse bringen. Am
 spannendsten finde ich den Satz "Gegen Verdrängung kann man was tun". Das,
 was wir heute an Zahlen gehört haben, das, was bisher in den Anstiegen der Mieten
 noch nicht so intensiv war, das macht den, bei den einen Vertrauen erzeugen, und
 bei den andern trotzdem die Ängste, von denen Sie gesprochen haben, auch
 sozusagen wegdiskutieren. Aber vorhin hat der Kollege was zu Beschäftigung und
 Einkommen gesagt, und das finde ich `ne zweite Dimension. Weil selbst, wenn ich
 sage, ich kann im Stadtteil leben und mein festes Einkommen habe, was im
 Zweifelsfall ja in Wilhelmsburg ja unterdurchschnittlich ist. Dann kann ich an den
 ganzen Prozessen, die hier stattfinden, aufgrund meines geringen Einkommens eben
 nicht teilhaben. Also das Thema ist nicht nur "Verdrängung" meines Erachtens,
 sondern "Teilhabe, aktive Teilhabe". Und, wenn man in den letzten Wochen in die
 Zeitungen geguckt hat, im Hamburger Abendblatt war `n Bericht, dass im Reiherstieg
 viertel 31 % der Haushalte überschuldet sind. Und da finde ich, haben wir den
 Knackepunkt. Das heißt, wenn wir davon ausgehen, dass allein IBA und IGS
 nominell fast 200.000.000 Euro in den Stadtteil bringen, Da sind natürlich auch
 Grundstückskäufe und und und dabei. Das ist schon klar, aber auch die
 Folgeinvestition plus das, was in den Sanierungsgebieten noch läuft, plus das, was
 über die Bildungsinitiative in den Stadtteil kommt, also an Veränderungen,
 Investitionen, dann finde ich, gibt es da `n positiven Ansatzpunkt, über den wir
 diskutieren sollten, nicht hier, aber weiterhin. Also z.B., wenn die, `n ganz plastisches
 Beispiel, wenn die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt nach Wilhelmsburg
 kommt, werden, glaube ich, fast 2000 Menschen hier arbeiten. Die brauchen `ne
 Kantine. Und dann ist die Frage, welche Menschen arbeiten in der Kantine. Und ich
 glaube, diese Fragen, es gibt `ne Liste von Beispielen, die man jetzt schon nutzen
 kann. Wie gelingt es, wirklich die Menschen, die hier vor Ort sind mit ihren
 traditionellen Qualifikationen oder auch unterqualifiziert, da gezielt in Arbeit zu
 bringen, das müsste `n Fokus werden. Und das ist ja vorhin gesagt worden, im
 Sommer soll es ne `n Workshop geben zum Thema "Kreativökonomie". Und ich
 glaube, das ist ganz wichtig, zu gucken, das, was in den nächsten Jahren passiert.

Herr Loose sitzt hier, den würd'ich direkt ansprechen. Die Wohninvestition im Weltquartier: Wie kann man die nicht nur auf der Gebrauchswertebene, also bessere Wohnen für die Menschen nutzen, sondern auch, wie können bei dem Prozess der Baumaßnahmen, die in den 2 stelligen Mio.-Betrag gehen, Menschen aus dem Stadtteil beschäftigt werden. Das wär der Weg zum Leuchtturmprojekt. In andern Ländern gibt es das? In Großbritannien ist das üblich. In Deutschland sagt man immer, ja, wegen der Aussteigungsbedingungen geht das nicht. Und da finden ich, müssen wir und können wir `n neuen Weg finden. `N letzten Satz noch, es gibt `ne Arbeitsgruppe aus verschiedenen Beschäftigungs- und Bildungsträgern, die sich genau da konkrete Gedanken macht, die dann auch in den Workshop der IBA mit eingebracht werden. Aber das Thema ist nicht nur, die Mietanstiege gering zu halten, sondern Qualifikation und Beschäftigung der konkreten Menschen hier zu verbessern. 00:30:14-5

Moderatorin: Ja, Dank. Ich würde trotzdem gerne diesen, diese Frage, „ist Verdrängung gewollt“, noch so `n bisschen am Köcheln halten, also für die nächsten, die sich jetzt gemeldet haben, hier nochmal so `n Hinweis, da noch mal kurz drauf einzugehen und dann im nächsten Schritt nochmal von andern Entscheidungsträgern oder eben auch bei denen, die hier `ne wichtige Rolle bei der , bei der zukünftigen Entwicklung spielen, auch noch mal zu kommen. 00:30:43-1

Mann, Mitte 50, deutsch: Also ich will mal den ersten Satz erstmal so, sage ich hier (...) Wilhelmsburg wird schlechter bezahlbar, für die, die da sind, das hat sie deutlich gemacht. Das ist einmal bei den Wohnungen. Das, das andere auch bei den Lebenshaltungskosten hier im Stadtteil. Und bei den Wohnungen spielt es natürlich nicht nur für die `ne Rolle, die Alg., die über ALG das Geld bekommen, sondern, wenn sie dann in Arbeit kommen, können sie es dann bezahlen? Also Wilhelmsburg wird weniger bezahlbar, Bindestrich, würde es denn für die, die da sind, auch schöner und attraktiver Fragezeichen? Denn, dass es attraktiver und schöner wird, haben Sie einfach vorausgesetzt. Das ist ja die Frage, ob es das wirklich wird, wenn solche Projekte wie Eistraße kommen im Jahr 2040 könnten wir ja die Reichsstraße auflösen, dann ist das ja erstmal `ne Vision, aber noch kein Projekt. Das Problem sah`ich darin, dass die IBA, dass es nicht einfach `ne moralische Frage ist, ob die IBA Gentrification und teurere Wohnungen haben will oder teurere Mieten haben will,

sondern die IBA braucht eine Steigerung der Mieten und der Kost..., eh, der Mieten und der Immobilien, weil sie nur auf diesem Weg Investoren anlocken kann. Das könnt Ihr auf den Seiten der IBA genau sehen und genau dafür ist die Studie von Empirikern gemacht worden, wo gefragt wurde, wie kann man das erreichen, dass diese Mieten, die etwas höher werden, d.h., was müssen wir dafür tun, damit das hier attraktiver ist, zu investieren, denn es ist ja nicht so, dass die IBA baut, dass hat Herr Hellweg ja erst sehr deutlich gesagt, sondern sie müssten Investoren anlocken, die sich Gewinn davon versprechen, dass sie hier bauen. Und dafür muss das Preisniveau erstmal angehoben werden. Das ist nicht, ist auch nicht als unmoralisch, aber das ist einfach ein Fakt, wer in die IBA etwas investieren will, kann sich`s nicht zu den Preisen, die hier derzeit bezahlt bezahlt werden. Dann, dann kriegt sie keine Investoren, die hier her kommen und sagen, wir bauen `n tolles Haus, wenn ihr die IBA dann lediglich den Bonus für (...) oder etwas dazu. Das heißt diese (...) von höheren Kosten und der IBA ist so herum, dass die IBA das braucht, um selbst etwas darstellen zu können. Und dann müssen wir fragen, welche, welche Möglichkeiten und welche Risiken gibt es? Also, ich denk` man muss wirklich sagen, wenn, wenn etwas besser wird für die Menschen, die da sind, wird es wahrscheinlich auch teurer. Das kann man wahrscheinlich nicht verhindern. die Frage ist nur, ob es nur symbolisch aufgewertet wird, und dafür hat die IBA im letzten Jahr sehr viel getan. Um `ne symbolische Aufwertung zu machen, ohne `ne mat..., ohne es, dass es hier irgendeinem in Wilhelmsburg deshalb besser geht. Symbolische Aufwertung meine ich, man macht ganz viele Feste, man, man macht Scholz & Friends, wirbt überall für Wilhelmsburg. Und die Immobilienbesitzer haben auch drauf reagiert. Sie, ich kann Ihnen `ne ganze Reihe von Quellen zeigen, und die gesagt haben, ja langsam wirkt es, die Preise steigen. wir haben `ne Chance, weil diese IBA da ist. 00:33:59-2

(Publikum klatscht) 00:33:59-7

Moderatorin: Ja, danke. Als nächster ist Herr Loose dran. Das passt jetzt eigentlich ganz gut, aber ich glaub`, wir müssen jetzt mal so `n bisschen den Bogen zu schlagen. Herr Loose ist hier SAGA-Vertreter für die SAGA in Wilhelmsburg und kann auch für das Gesamtunternehmen (...) wahrscheinlich sprechen. Es gibt ja immer ein Argument, was immer gerne angeführt wird, bei, bei diesem Thema Verdrängungsangst, Vertreibungsangst. Und das ist das, dass Wilhelmsburg den

höchsten Anteil (...) an Wohnungen hat in Hamburg. Ein sehr, relativ sehr hohen Prozentsatz. Also in einem Segment von ungefähr 24 %; HAT Sabine den Buhr vorhin ausgeführt, handelt sich hier um öffentlich geförderten Wohnbau mit bestimmten Beschränkungen, was Mietpreise anbelangt. Und das wird auch in der Zukunft so sein, denn wir haben hier zwei Sanierungsverfahren laufen, also (...) - Bürger-Platz ist das eine in der Wilhelmsburger Mitte und Reiherstieg Süd, also im Reiherstieg Viertel. Also in diesem Entwicklungsbereich gibt es dann eben bestimmte Regulatorien, die eben Spekulation vermindert, die Preisanstieg bremst oder 'n bisschen dämpft. Aber es gibt ja immer noch den privaten Markt, auf den der Vorredner ja eben auch abgesetzt hat. Wie sieht's aus, Herr Loose, wie sehen Sie das Thema, das jetzt in vielen Beiträgen schon drin war. Wie verändert sich Wilhelmsburg für die, die schon da sind, die nicht viel Geld haben, die angewiesen sind auf, auf, ja Wohn. wohnortnahe Versorgung, Einzelhandel, aber trotzdem zu günstigen Preisen? (...) 00:35:40-4

Mitarbeiter der SAGA/GWG: Als ich die Thesen gesehen hab', hab' ich mich zunächst mal geärgert über These 2, weil da steht "Aufwertung ist nicht per se schlecht!" Ne? Da hab' ich gesagt, das ist quatsch. Es muss eigentlich heißen "Aufwertung ist gut und zwingend notwendig." Ich bin seit 2001 in diesem Stadtteil, und ich kann mich erinnern, anfangs, wo man gesagt hat, dass man für Wilhelmsburg Verantwortung trägt, dann war das immer mit 'nem Negativimage verdingt, und zwar so massiv, dass viele auch Bürger hier gezwungen waren, sich zu rechtfertigen, wieso die denn gerade hier wohnen und nicht woanders auf der Welt, weil in Wilhelmsburg sei es doch so schrecklich, dass man gar nicht da wohnen könne. Das sind nicht Einzelfall-Wahrnehmungen, sondern habe ich von ganz vielen Bürgern gehört. Dann haben wir das große Glück gehabt, da geh' ich mal jetzt ganz bewusst auch als Interessenvertreter, dass Wilhelmsburg so 'n bisschen in den Focus der Stadtentwicklung geraten ist, und das eine ganze Reihe von Anstrengungen passiert sind, um Wilhelmsburg aufzuwerten. Das war jetzt auch zwingend notwendig, nicht nur gewesen, sondern weiter noch. Das wird Folgen haben. Die erste Folge ist mal, ich brauch' mich heute gar nicht mehr zu rechtfertigen, dass ich hier arbeite. So. Jedenfalls nicht mehr so intensiv wie früher. Ich stell' mir das wohltuend vor, auch für Leute, die hier lange verhaftet sind als, ja als, als, als Bürger dieses Stadtteils (...). Zweiter Punkt ist, wie wird das sein mit der

Mietpreisentwicklung? ich denke, es gibt nicht dieses Wilhelmsburg, sondern Sie sagten gerade, Wilhelmsburg ist ein großer, breit aufgefächerter Stadtteil mit ganz vielen Rastern. Da gibt es Bereiche, die steigen im Preis an. Na und? Und es gibt welche, die steigen nicht an, weil wir auch unterschiedliche Marktsituationen haben. Wilhelmsburg hat `nen hohen Anteil preisgebundener Wohnungen -punkt. Da sind wir an Kostenmieten gebunden, und zwar alle diejenigen, die damals die Förderung in Anspruch genommen haben und das für `nen ganz langen Zeitraum. So, für diese Wohnungen, ich hab` die Zahl jetzt nicht, ich kenn nur unsere eigenen, aber da müsste man vielleicht noch mal in die Stadtteilprofile gucken, da steht das, glaube ich, sogar drin. Für diese Wohnungen sind jetzt erstmal Preissprünge ausgeschlossen, und zwar bis zum Ende der Preisbindung. Das ist der eine Punkt. Der zweite Punkt ist, wir haben ja `nen relativ starken Bestand des kommunalen Wohnungsunternehmens. Das hat `nen Gesellschafter, und der Gesellschafter erwartet eigentlich zwingend `ne Preispolitik, die sich maximal am Mittelwert orientiert- im Schnitt. Nun kennen wir alle den Statistiker, der im durchschnittlich 30 cm tiefen Fluss ertrunken ist, aber es ist ja erstmal `ne Aussage. So. Wir haben jetzt noch etwas, und das finde ich eigentlich ganz toll, weil das `nen wunderbares Beispiel ist, wie auch IBA preisdiscipliniert und Aufwertung wirken kann, und das ist nämlich dieses Weltquartier. Das, was wir im Weltquartier versuchen, ist einfach, aus einem Bestand, der so ist, wie er ist, Zwischenkriegsbauten, irgendwie kein Glücksstandard, weil alle schon gut ausgestattet, weil `ne gute Ausstattung heißt für mich, wir haben `nen Bad, ne, wir haben `ne Heizung, wir haben auch Isolierglasfenster. Das war`s dann aber auch. Also keinen Glücksstandard. Was wir jetzt versuchen ist, aus diesem Bestand, der auch ganz exemplarisch ist für ein Siedlungsgebiet, jetzt dieses Weltquartier zu kreieren, und das wird `ne Aufwertung kriegen. So. Das ist der eine Punkt. Der zweite Punkt, es wird aber über diese Aufwertung, weil das ganze wird ja auch öffentlich gefördert, eine zusätzliche Preisbindung geben, die es heute nicht gibt. Das ist nämlich frei finanziert. So damit wird eigentlich der Anteil der preisgebundenen Wohnungen gesteigert. Das find` ich erstmal gut. So, ich hab` das Mietenkonzept mir jetzt noch mal angesehen, auch in Vorbereitung dieses Abends hier. Und kann Ihnen sagen, nach dem jetzt gültigen Mietkonzept, das ist aber auch noch nicht so, dass wir es insgesamt umsetzen, wenn wir im Schnitt in 15 Jahren bei 6 Euro 15 liegen im Quadratmeterpreis, netto, kalt für diese Wohnungen. Das finde ich, ist nicht so, dass es breitere

Bevölkerungsschichten aus dem Quartier bringt. Das aber vor dem Hintergrund von Aufwertung. Und das wäre ohne die IBA in dieser Form wahrscheinlich gar nicht möglich gewesen. Insofern ganz viele Facetten (...). Wir haben hier ja z.B. auch Einfamilienhaus-Gebiete, die waren bisher schwer marktgängig. Und wer das mitgekriegt hat bei der Ökosiedlung, der weiß ja auch, dass da Investoren durchaus ihre Probleme hatten, nicht, ihre Objekte zu veräußern. Und dafür finde ich's zwingend notwendig und äußerst wünschenswert, dass jetzt auch mal die Nachfrage ein bisschen anspringt, weil das hat doch auch wohltuende Wirkungen. Das bringt ein bisschen Geld in den Stadtteil. Dieses Geld steht ja wieder zur Verfügung, nicht? Das wird ja nicht sonstwo bleiben, also es sind auch Leute, die hier leben und dann einkaufen. So, und dann gibt's aber auch ganz viele, die hier Bürger sind und aus der Händlerkultur kommen und über regionales Anbieten von Produkten auch ihren Lebensunterhalt organisieren. Schauen Sie auch nur im Reiherstieg viertel, was wir da an Kleinbetrieben haben, auch an Händlerbetrieben. Ich stelle mir das eigentlich ganz witzig vor, und das wird wohltuende Effekte haben. Aber es wird ein differenziertes Bild geben, auch das ist klar. Und es wird anders sein als vorher, Veränderungen (...) ist da- eindeutig. Aufwertung ist da- eindeutig. Und ich sage, es gibt Segmente, da wird es deutlich teurer und es gibt welche, die bleiben relativ preisstabil. Also ganz preisstabil bleibt gar nichts auf der Welt. Das ist halt mal so, ne. Aber ich sehe auch immer noch ein, langfristig, eine große Differenz zwischen Hamburger- und Wilhelmsburger Mietpreisen. 00:41:33-1

(Eine junge Wilhelmsburgerin beschwert sich über steigende Nebenkosten und darüber, dass direkt vor dem Mehrfamilienhaus, in dem sie wohnt, der Bau einer KiTa und eines Seniorenheimes geplant ist. Herr Loose von der GWG antwortet darauf) 00:46:22-1

Moderatorin: Drei Wortmeldungen. Ich würde gerne jetzt nochmal den Bogen jetzt schlagen, der auch schon mal angesprochen worden ist, und zwar den Zusammenhang zwischen Bildung, Beschäftigung und Gesamtaufwertung. Vielleicht noch mal an die nächsten Redner die Bitte, darauf noch mal einzugehen. Wir müssen dann auch langsam in die, in die Schlussrunde kommen. Ich glaube, Sie waren jetzt als erster dran. 00:46:48-6

Mann, Ende 40, arbeitslos, deutsch: Ich möchte noch mal `n ganz konkretes Beispiel nennen zu der Frage "Ist Wilhelmsburg bezahlbar?" Wenn die IGS fertig ist im Jahre 2013, gehe ich davon aus, dass es wie bei allen internationalen Gartenschauen Eintrittspreise dafür gibt. Ich weiß von einer (...) bei mir im Frühstückclub, die hat einen Kleingarten, einen Kleingarten, der liegt innerhalb des IBA/IGS- Geländes. Sie kann natürlich umsonst in ihren Kleingarten. Sie hat zu mir gesagt, wurde ihr versichert. Problem wird es schon mit den Verwandten, ihren Freunden natürlich (...). ich werde mir einen Eintritt, derzeit könnte ich es mir nicht leisten. Vielleicht habe ich ja in 5 Jahren Arbeit. Ich hoffe ja noch. Wenn ich dann immer noch arbeitslos sein sollte, könnte ich mir einen Besuch der IGS, und damit des ganzen schönen Parks und Geländes, so schön, wie er ist, definitiv wahrscheinlich nicht leisten. Und da bin ich nicht alleine. Das sind ganz viele mit mir zusammen, gerade bei der Wilhelmsburger Tafel. Da gibt es, kenn ich ganz viele Menschen, die das IGS Gelände, dann ab 2013 definitiv nicht mehr nutzen können. Gibt es da (...)? 00:48:04-0

Moderatorin. `Ne gute Frage. Haben wir denn einen Vertreter der IGS überhaupt in der Runde sitzen? Müssen wir ander-, anderweitig weiterleiten dann. 00:48:13-4

Frau, Mitte 30, Soziologin:...vielleicht können wir das nachher noch mal fragen, weil ich finde das `ne super wichtige Frage. Auch wie lange das geschlossen ist und so, weil das hat auch ganz viel mit Exklusion zu tun und, wer darf dabei sein und wer nicht, und für wen ist das eigentlich? Und, weiß ich nicht, für wen soll das auch zugänglich sein? 00:48:29-2

Moderatorin: Ja, (...) in den Schlussbericht. Herr Frommer! 00:48:34-2

Mann ca. 50, Regional-Politik: Ja, einmal, finde ich `nen ganz wichtigen Punkt, Herr Schenk. Das ist nämlich, glaube ich, das eigentliche Problem, sozusagen der Teilhabe, nicht so, nur am Prozess selbst, sondern auch im Endeffekt an dem, was dann produziert wird, mit den vielleicht dann auch positiven Konsequenzen. Der Dame dort mit dem Bereich Bahnhofsviertel möchte ich dringend anraten, einmal im Sanierungsbeirat tatsächlich nachzufragen, weil ich war gestern Abend dort zu Gast.

Mir sind diese Punkte da nicht über den Weg gelaufen. Ich glaub', da gibt's `ne Fehlinformation. Ich möchte aber eigentlich meine Wortmeldung kurz nutzen, um einmal an die Ursprünge des heutigen Abends vielleicht zurück zu erinnern. Das waren nämlich Begebenheiten vor über 8 Jahren oder rund 8 Jahren im Zusammenhang mit einem Todesfall, nämlich dem kleinen Wolkan. Und damals hat sich ein runder Tisch gebildet, weil sich damals endlich sozusagen Bevölkerungsübergreifend Parteiübergreifend, ideologisch, konfessionell übergreifend, eine Gruppe an Menschen, eine große Gruppe an Menschen gefunden hat, die artikuliert haben, was Ihnen im Stadtteil fehlt, und warum sie vielleicht in Teilen gerade auf dem Sprung sind, wegzugehen und, warum sie vielleicht noch `ne Chance suchen, hier zu bleiben. Und diese, sozusagen dieser runde Tisch damals, der dann in der Zukunftskonferenz ja geendet ist, hat klar artikuliert, wo die Probleme liegen. Und Aufgabe der Politik z.B. war es ja auch, genau diese Probleme aufzugreifen und zu überlegen, wie können wir positive Entwicklung für einen Stadtteil herbeiführen. Ein wesentliches Thema war natürlich das Thema Bildung, deswegen bin ich der festen Überzeugung, dass es sinnvoll und richtig ist, dieses Thema für Wilhelmsburg ganz oben anzuhängen. Ein wesentliches Problem war, Problem war aber auch die soziale Struktur innerhalb des Stadtteils. Da dürfen wir bitteschön die Augen nicht verschließen. die soziale Struktur, die es vielen Menschen schwer gemacht hat, hier zu bleiben. Und was wir uns nicht erlauben können mittel- und langfristig für einen zentralen Standort ist, glaube ich, dass `ne Segregation stattfindet, dass wir immer mehr Leute haben, die nach außen gehen. Da muss man überlegen, welche Maßnahmen gibt es. Die IBA ist eine große, ich steh' hinter dem Projekt. ich finde es auch sinnvoll und richtig. Die IBA löst ein zweites Projekt ebenfalls. Ich bin aber nicht der Überzeugung, dass es ohne sozusagen (...) - Verschlechterungen, Herr Loose hat sie auch angesprochen, vielleicht auch im (...) - Bereich gehen wird. ich möchte hier aber auch mal ganz ausdrücklich eine Lanze brechen für private Investoren. Gerade im Bahnhofsviertel ist es gelungen, ein ewig altes Problem, nämlich die Buntestraße 24-30 durch einen privaten Investor, ohne IBA, zu lösen. Dieser Investor investiert dort über 7 Mio. Euro und ist trotzdem an eine Mietpreisbindung natürlich gebunden, obwohl es nicht in einem Sanierungsgebiet liegt, weil er Teilbeträge aus anderen Bereichen gelingt. Der Investor hat im Endeffekt jetzt erstmal 21 Jahre nichts davon. es ist aber falsch anzunehmen, dass generell, wenn privates Kapital in einen Stadtteil fließt, dieses

negative Folgen haben wird. Wir müssen uns über Veränderungen auseinander setzen, aber ich glaube, das gelingt auch in jedem anderen, oder wird auch in jedem anderen Stadtteil in Hamburg passieren. Im Übrigen auch außerhalb Hamburgs. Wir müssen gemeinsam an einer Lösung finden, die es allen möglichen Gruppen auf der Elbinsel möglich ist, hier weiter vernünftig zu leben. Und dazu gehören natürlich Hartz IV-Empfänger genauso wie Eigenheimbesitzer in Kirchdorf oder Landwirte im Wilhelmsburger Osten. Und das ist eigentlich das, was uns eigentlich vor 8 Jahren wichtig war, auf dieser Elbinsel zu erhalten. Und ich sage mal ganz ehrlich, ob da 5000 Leute mehr kommen oder 500 Leute mehr kommen. Alle, die nach dem Jahr 2000 gekommen sind, sind uns herzlich willkommen, aber ich glaube, wir sollten uns bei allen Diskussionen immer wieder daran zurück erinnern, was der eigentliche Ansatz dieser gesamten Geschichte gewesen ist, und darauf, da möchte ich gerne appellieren, da auch weiter dran zu arbeiten. 00:52:29-3

Moderatorin: Ja, vielen Dank. Jetzt ist Klaus S. von der IGS GmbH gekommen. Und vielleicht können wir diese Frage, können Sie sich noch `n Moment gedulden? Und dann, habe Sie Beide jetzt noch im Blick. Es tauchte die Frage auf oder das Problem auf, dass viele Menschen in Wilhelmsburg, die Hartz IV- Empfänger sind, sich den Eintritt für die IGS nicht werden leisten können. Was gibt es da für Pläne, also wie, wie kann man Eintrittspreise so staffeln, dass die Wilhelmsburger, die in Zukunft den Volkspark des 21. Jhd. dann nutzen wollen, wenn die IGS, wenn die große Ausstellung vorbei ist, wie können die dann trotzdem (...) schwellenlos rein in den Park? Also, um den schon vorher mal kennen zu lernen. Sagen Sie mal was dazu! 00:53:16-6

Mitarbeiter der IGS GmbH: Also, wir haben uns über Eintrittspreise noch keine Gedanken gemacht. Wir haben im Moment andere Sorgen. Jede Gartenschau hat `ne Kalkulation, die davon ausgeht, wie viel Besucher werden voraussichtlich kommen? Wie ist das Preisgefüge in der Umgebung? Was kostet es, zum HSV zu gehen? Was kostet es in den Heidepark Soltau zu gehen? Und daran orientieren sich dann auch die Eintrittspreise für die Gartenschau. Als Grundeintrittspreis von Menschen, die von irgendwo mit ´ner Busreise oder so nach Hamburg kommen. Wir wissen, dass wir in einem ganz besonderen Stadtteil sind. Und wir werden diesen Park für ein halbes Jahr der Öffentlichkeit entziehen, indem da ein Zaun drum

gemacht wird, den sonst die Wilhelmsburger nutzen und danach auch wieder nutzen werden. deswegen werden wir genau an dem Punkt nicht sagen können, wir werden den Standard-Eintrittspreis für die Wilhelmsburger nehmen, sondern es wird dort `ne andere Preisgestaltung geben. Wie die aussieht, kann ich nicht sagen. 00:54:18-7

Moderatorin: Gut, aber Sie können ja, also diese, diese Hoffnung, dass es da `ne Staffelung gibt einfach mal mitnehmen. 00:54:25-0

Mitarbeiter der IGS GmbH: Ja. 00:54:25-1

Moderatorin: (...) Und so lange das noch nicht geklärt ist, ist ja, ist ja vielleicht noch die Chance, es zu machen. Ich hab` heute im (...) gelesen, es gibt ja jetzt diese, es gab diese Ausstellungsideen für die Veddel und den Spreehafen. Es wird `ne Ausstellung geben im Museum Ballinstadt mit den Ergebnissen, und für diese Ausstellung sollen alle Veddeler und Wilhelmsburger Eintritt frei haben. Und wenn ich mich erinnere, hat`s in den letzten Monaten immer mal wieder Initiativen gegeben, wo auf der Veddel, ja, mehr auf der Veddel in dem Fall, aber auch unter Wilhelmsburgern, wieso müssen wir eigentlich auf, in der Ballinstadt den vollen Eintrittspreis bezahlen. Das ist doch wohl hier, das gehört zu uns, das ist unser Thema. Das ist so ein Weg mal, finde ich ganz elegant, dass eben sowas auch, auf sowas endlich mal zu reagieren und so. Da gab`s ja viel, viel solche Vorschläge in der Vergangenheit. Also, man kann was machen. So. Jetzt, Moment, Sie waren zuerst, und dann, wenn Sie haben, dann ist Herr Loose dran. 5 Minuten haben wir noch gut. 00:55:27-7

Mann, Mitte 50, deutsch: Also ich glaube, würd` `n bisschen anknüpfen an das, was Herr Frommern gesagt hat. Man muss den Blickwinkel etwas verändern, also der, die IBA hat jetzt im ersten Jahr, das kann man kritisieren oder auch, da gibt`s auch Gründe dafür, hat den Blick sehr stark nach außen gerichtet und hat gesagt, wie könne wir, wie kann Wilhelmsburg attraktiv werden für Leute von außerhalb? Und sehr viele Projekte sind genau darauf ausgerichtet: Wie können hier irgendwelche Leute herkommen? das war so die Idee von der Handelskammer damals, da

werden's 50.000 mehr und ähnliches. Und ich glaube, man muss umgekehrt den Blick auf die Menschen richten, die hier sind und sagen, wie kann es für die hier attraktiver werden und besser werden. Und in dem Augenblick, wo's für die attraktiver und besser ist, werden andere automatisch kommen. Das heißt, die Insel ist nur gut, wenn die Menschen, die hier sind, sich hier wohl fühlen und hier, hier gerne sind. Dann ist sie auch attraktiv für andere, wenn die Menschen, die hier sind, sagen, für uns ist es ganz schlecht, dann ist sie auch nicht für andere attraktiv. Also man muss wegkommen, das war natürlich immer im Hintergrund auch der Zeit von 2001, 2004 mit Schill usw., da gab es auch 'ne relativ breite Fraktion, die quasi sagte, wir wollen einen Teil von Ausländern raus haben, ne? Das muss man sehen, dass das der Hintergrund war. Und den Slang hat die IBA nie gehabt, jetzt, das sehe ich sehr deutlich. Und ich find' auch, dass das, was beim Weltquartier, soweit ich's gesehen hab', 'n ganz guter Ansatz war. Aber stärker drauf achten bei allen Punkten, was nützt es wirklich den Menschen, die hier sind? Und es muss konkret erfahrbar und erkennbar sein: Das nützt mir, wenn ich hier lebe und nicht nur, wenn ich nach Hamburg fahre und dann irgendwie in Hamburg in 'nen Schiff steige, mit dem ich hier her fahren kann und wieder nach Hamburg zurück fahr' und hinterher mit dem Fahrrad herfahren muss, damit ich wieder zu Hause bin. 00:57:16-0

Moderatorin: So, ja vielleicht noch 'ne kleine Anregung jetzt zu dem Beitrag: Wie kann das gelingen? Also was, was muss hier geschehen, damit dieses Vertrauen hergestellt wird? Also das ist ja bei vielen, die sind üblicherweise sehr schwach vertreten, diejenigen, die diese Befürchtungen haben, ganz einfach, weil's ihnen an ihrem sowieso schon knappen Geldbeutel fehlt. Also in der Regel hat man ja eher den Effekt, dass man, dass man Fürsprecher hat, die dann für andere reden, aber es ist ja 'nen Problem. Es ist ja auch artikuliert worden. Also was, was kann in diesem Prozess bis 2013 getan werden, um dieses Vertrauen herzustellen? Vielleicht noch mal so als Hinweis für die nächsten Rednerinnen und Redner. 00:57:58-3

Mann, Mitte 50, deutsch: Da kann man vielleicht auch noch mal das aufgreifen, was Herr Gottfried Eichers gesagt hatte, ne? Was kann das in Wilhelmsburg noch konkret nützen, was hier passiert? 00:58:05-9

Moderatorin: Ja, da haben wir schon ganz konkrete Vorschläge, die wir auch mitnehmen (...) 00:58:12-4

Frau, Mitte 30, Soziologin: Ich jetzt? Ich wollt ganz kurz noch mal was zu der Ableitung dieser Events IBA und IGS, aus welchem theoretischen Hintergrund die so kommen, sagen. Also ich hab`, meine Wahrnehmung ist, dass das nicht aus dem Hintergrund kommt, wie Zukunftsrat, wie Sie das sagen, sondern dass das auch in allen Verlautbarungen immer der Hintergrund ist, Metropolenkonkurrenz, Leitbild-Wachsende Stadt, es steht überall drin. Und sie, sie schreiben es, sie sagen es, es geht um eine, das ist eine, eine Entwicklung "Sprung über die Elbe" Das geht, das wird alles vor dem Hintergrund des Leitbildes wachsende Stadt, da geht's um Metropolenkonkurrenz und nicht darum, die Ideen des Zukunftsrates umzusetzen... 00:58:52-1

Mann ca. 50, Regional-Politik:...Nee, nicht Zukunftsrat... 00:58:56-0

Frau, Mitte 30, Soziologin: ...Entschuldigung. Zukunftskonkurrenz, ich hab's eben durcheinander gebracht. Verzeihung. Und das ist `ne andere Stoßrichtung einfach. Das ist `ne andere, anderer theoretischer und ideologischer Background- total. 00:59:05-5

Mann ca. 50, Regional-Politik: Ja, aber das ist. Ich kann es hier nur so deutlich sagen, ich hab` den Prozess von 2000 bis heute wirklich intensivst mit gemacht. Und natürlich ist Metropole Hamburg- wachsende Stadt, ein Leitbild Hamburgs. Aber unabhängig davon, ging es für den Stadtteil Wilhelmsburg bereits seit damals um Zielsetzungen, die damit nichts zu tun hatten. Ich will nicht bestreiten, dass das ineinander greift, aber das halte ich auch nicht für schlimm oder schädlich. Ganz im Gegenteil. Eine wachsende Stadt bedeutet auch zunehmende Arbeit. Und Arbeit brauchen wir, das haben wir heute öfter gehört. Und, wenn ich mir mal die Statistik genau anschau, dann sehe ich, dass natürlich nicht Wilhelmsburg deutlich proportional, aber überproportional beteiligt ist an dem Zuwachs an Arbeit. Die Zahlen sind deutlich besser gestiegen. Das ist noch nicht ausreichend... 00:59:56-5

(Ein Mann unterbricht):... Im 1 Euro-Bereich- vielleicht -ja. 00:59:59-3

Moderatorin: So... 01:00:04-7

Frau Anfang 40, deutsch: Ja, ich hab´ nochmal so ganz kleine konkrete Fragen oder Hinweise. Und zwar finde ich das ja sehr positiv, dass die SAGA hier einen hohen Wohnungsbestand hat und auch ´nen hohen Gewerbebestand, also Gewerberaum, Ladenräume usw. Frage ist, wie läuft das mit der Mietensteigerung in den Gewerberäumen? Weil die unterliegen ja keiner Mietpreisbindung. Wenn aber die Leute, also die kleinen türkischen Gemüsehändler z.B. einfach die Mieten jetzt schwieriger wuppen können, dann werden natürlich die Preise höher usw. usf. So kann durch das Angebot, was hier dann nicht mehr existiert, kann natürlich auch ´ne gewisse Verlagerung der Einkaufsmöglichkeiten entstehen bzw. die Leute, für die Leute wird´s schwieriger, sich hier günstig zu versorgen. Das ist so die eine Frage. Dann noch mal der Hinweis, ich wohn´ selber auf St. Pauli und wir haben die Sanierung in ´nem großen Teil schon hinter uns, und auch die Leute aus Eimsbüttel und Ottensen. Ich denke, dass mehr Leute aus den Bereichen aus Wilhelmsburg flüchten müssen, weil hier die Mieten doch deutlich günstiger sind. Wie, wie wird das eingeschätzt? Und die dritte Frage ist, es gibt ja ein städtebauliches Instrument, d.h., soziale Erhaltungsverordnung, da kann man unter bestimmten Voraussetzungen versuchen, die lokale Bevölkerung, also die Leute, die hier wohnen, ´n bisschen mehr zu halten. Weil es gibt ja eben 44 % SAGA- Bestand und es gibt noch ´n paar andere Mietgebundene Segmente, aber es gibt natürlich auch den privaten Bestand. Also, es geht ja nicht darum bei der sozialen Erhaltungsverordnung, überhaupt nichts zu verändern, sondern es kann ´ne kleine dämpfende Wirkung haben, und das würd´ mich interessieren, wie darüber nachgedacht wird. 01:01:59-8

Moderatorin: Ja danke. 01:02:01-3

Frau Anfang 40, deutsch: Das könnte vielleicht Vertrauen bringen. 01:02:03-9

Moderatorin: Ja, wer könnte dazu was sagen hier aus der Runde? Also wie gesagt, Herr Loose von der SAGA kann (...) beitragen. 01:02:06-5

Mitarbeiter der GWG/SAGA: Ja ´n paar Sachen könnte ich sagen... 01:02:15-4

Moderatorin: ...Bitte? 01:02:15-8

Mitarbeiter der GWG/SAGA: `N paar Sachen könnte ich sagen... 01:02:16-6

Moderatorin: Ja, dann tun Sie`s bitte! wir haben jetzt glaube ich, eigentlich gar keine Zeit. Gibt es noch wichtige Worte, jemand, der dringend was loswerden möchte? Ansonsten (...) Ich hab` hier noch ``nen halben Finger gesehen. Ok, also dann haben Sie die Ehre, hier das Schlusswort zu verkünden. 01:02:37-1

Mitarbeiter der GWG/SAGA: Das finde ich klasse. Also erstmal, es ist mit dem Gewerbebestand leider so, wie Sie sagen. Wir haben ja kaum Gewerbe hier, sondern das sind ´n paar einzelne Läden, die in der Hauptsache in der Veringstraße sind, dann aber auch im südlichen Bereich. Und die werden heute kaum noch nachgefragt von Ladenbetreibern, und zwar allein deshalb, weil sie auch zu klein sind und, weil sie von der Fläche, von der Lage her überhaupt nicht ausreichen, um darauf `ne Existenz auszuüben. Und, was wir haben, das sind eher Dienstleistungsbereiche und dann aber auch soziale Infrastruktur. Das finde ich aber nicht schlecht, wenn die Anmietung entsprechend ist, und da haben wir für gesorgt, dass sie so ist. Ansonsten ist aber die Hälfte unseres Bestandes mittlerweile raus aus der Preisbindung, was mich überhaupt nicht hindert, die Preise auf normalem bezahlbarem Niveau zu halten, das muss ich auch dazu sagen. Und die Programme, die wir jetzt eingespielt haben, führen gerade dazu, sie wieder in die Preisbindung, zumindest zu einem erheblichem Anteil mit zu überführen, um gleichzeitig die Aufwertung zu machen, siehe Beispiel (...). 01:03:39-2

(Die letzten 3 Minuten wurden nicht transkribiert)

